

# 41. LSK

## Ist Bildung eine Ware?

LandesschülerInnen-  
vertretung  
der Gymnasien und  
Gesamtschulen  
Rheinland-Pfalz



29.09 - 01.10.2006 | Lina-Hilger-Gymnasium Bad Kreuznach

Delegiertenunterlagen und Reader

Vorwort Seite 3

Orgatech und Anreise Seite 4-5

Zeitplan Seite 6

Das Wichtigste Seite 7-9

Wo finde ich die LSV? / Impressum Seite 10

Anträge Seite 11-18

Rechenschaft Seite 20-29

READER (*Texte zum LSK-Motto*):

Wie Bildung zur Ware wird Seite 32-34

Bildung - ein Wert für sich? Seite 35-40

Gute und schlechte Argumente gegen Studiengebühren Seite 40-43

Werbung: VerbindungslehrerInnen-Fachtagungen Seite 44

ANHANG:

Alles nur Formalkram? Seite 46

    Protokoll der 40. LSK Seite 47-53

        Satzung Seite 53-57

            Geschäftsordnung Seite 58-61

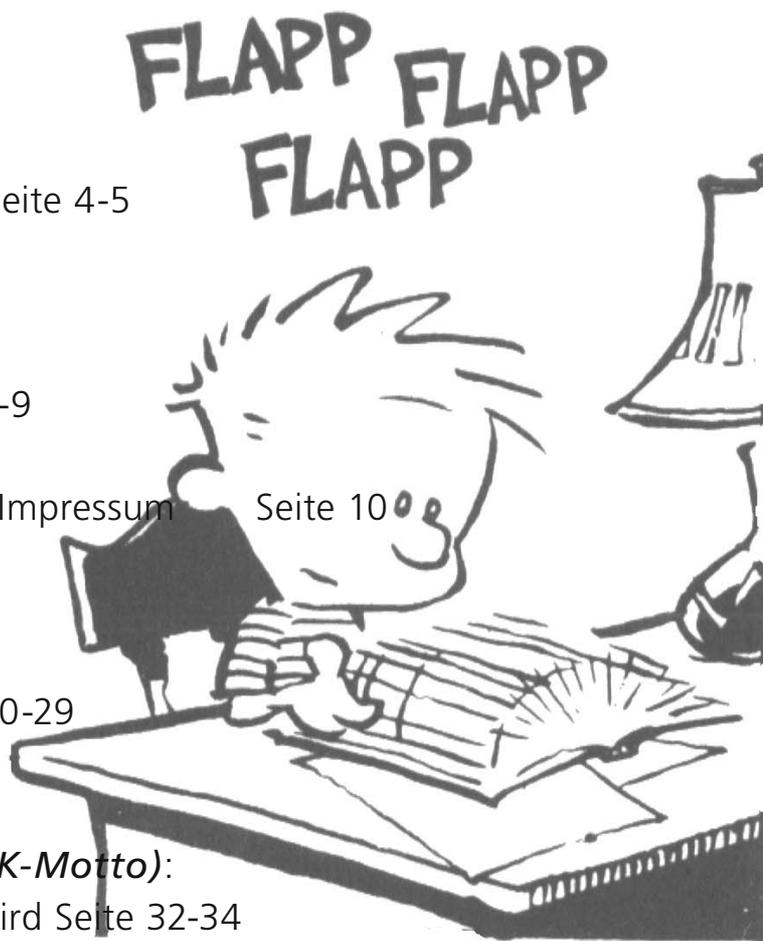
                Struktur Seite 62

            Die RAKe Seite 63

        Abk. und Glossar Seite 64-66

    Bahnverbindungen Seite 67

Werbung: Risiko'07 Seite 68



## Liebe SV-Menschen,

ihr haltet den Reader zur 41. LSK (LandesschülerInnenkonferenz), die vom 29. September - 1. Oktober 2006 am Lina-Hilger-Gymnasium in Bad Kreuznach stattfinden wird, in Händen.



Auf Grund der Einführung von Studiengebühren in fast allen Bundesländern und der immer aktuellen Debatte über Bildungsfinanzierung und Sponsoring haben wir diese LSK unter das Motto: „Ist Bildung eine Ware?“ gestellt.

Gerade für SVen ist es wichtig, sich einmal mit diesem Thema auseinander gesetzt zu haben, da wir SchülerInnen diejenigen sind, die Bildung in Anspruch nehmen, sich später vielleicht einmal einen Studienplatz erkaufen müssen und Unterrichtsmaterial von Firmen gespendet bekommen. Als SchülerInnenvertretung habt ihr die Chance, eure Schule über Bildungsfinanzierung zu informieren, euch dazu zu positionieren und etwas zur Verbesserung der Lage beizutragen!

Neben dieser Thematik habt ihr wie immer die Gelegenheit über andere bildungspolitische Themen zu diskutieren, euch regional zu verknüpfen, neue SV-Kenntnisse mitzunehmen und noch vieles mehr!

Außerdem wird auf der LSK wieder ein neuer Landesvorstand für das Schuljahr 2006/2007 gewählt und das für ihn bestimmte Arbeitsprogramm abgestimmt. Also lasst es euch doch noch mal durch den Kopf gehen, ob ihr nicht Lust habt euch für eine bessere Schule einzusetzen und andere SVen in ihrer Arbeit zu unterstützen... Auf der LSK kann sich schließlich jede/r zur Wahl für den Landesvorstand aufstellen lassen.

Habt ihr eigene Ideen und Vorschläge, welche Aktionen oder Veranstaltungen die LSV nächstes Jahr machen könnte, dann schreibt einen Antrag! Anträge, die nicht mehr mind. 3 Tage vor der Konferenz bei den Delegierten sind, können als Initiativ-Anträge behandelt werden. Dazu gibt es einiges zu beachten, das wird aber weiter hinten alles noch ausführlich erklärt.

Jetzt erst mal viel Spaß beim Lesen - wir sehen uns auf der LSK!

**Marie**

(für den LaVo)

## Anmeldung

Eure Anmeldung vor der LSK erleichtert uns die Planungen erheblich, so dass z.B. mit größerer Sicherheit dafür gesorgt werden kann, dass alle auch genug zu essen bekommen.

Bitte meldet euch auch dann an, wenn ihr vorhabt, nicht die ganze Zeit auf der LSK zu sein!

Anmeldemöglichkeiten:

E-Mail: [info@lsvrlp.de](mailto:info@lsvrlp.de)

Fon: 06131 / 23 86 21

Web: über das Kontaktformular auf: [www.lsv-rlp.de](http://www.lsv-rlp.de)

Die Anmeldung auf der LSK selbst ist ab 17.00 Uhr geöffnet. Wer sich vorher brav schriftlich anmeldet, kann nerviges Warten bei der Dateneingabe vermeiden!

## Finanzen

Der **TeilnehmerInnenbeitrag** zur Deckung eines kleinen Teils unserer Unkosten beträgt **8 Euro**.

Versucht, euch den Betrag von eurer lokalen SV erstatten zu lassen.

Zwei Delegierte pro Schule erhalten **Fahrtkostenerstattung**. Der dafür notwendige Antrag liegt diesem Reader bei, wird aber auch auf der LSK ausliegen oder kann von unserer Homepage heruntergeladen werden ([www.lsv-rlp.de](http://www.lsv-rlp.de)).

Hauptbahnhof

Lina-Hilger-Gymnasium  
Eingang: Ringstraße!

## Unser Tagungsort

Lina-Hilger-Gymnasium

Gustav-Pfarrius-Str. 11

55543 Bad Kreuznach

Web: <http://Lina-Hilger-Gymnasium.bildung-rp.de/>

## Was einpacken?

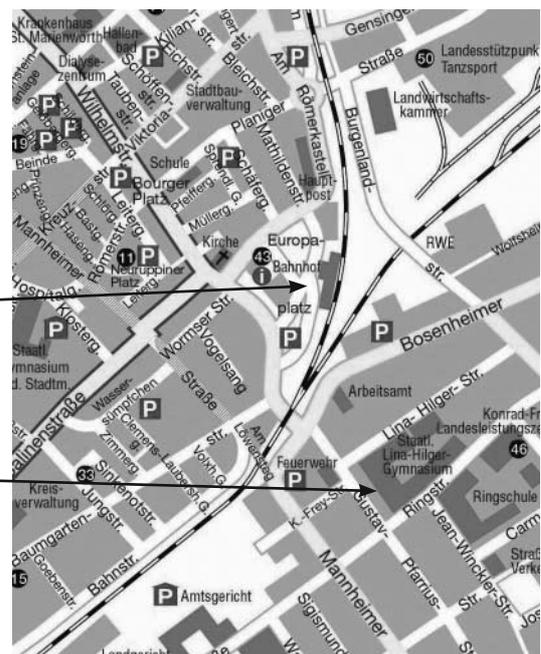
Mitbringen solltet ihr neben euren Delegiertenunterlagen **Isomatte und Schlafsack**, da wir in Klassenräumen übernachten. Zahnbürste, Duschzeug und ein Handtuch sind auch ganz praktisch. Wenn dann noch Platz für Lieblingskuscheltier, Lesestoff und Musik ist - nur zu!

## Kummernummern

(bitte nur in dringenden! Fällen anrufen, z.B. bei Problemen bei der Anreise o.ä.)

0151 - 17 33 10 89 (Dominik)

0170 - 87 80 294 (Charlet)



## Und so kommt ihr zu unserem Tagungsort:



### mit der Bahn

Bad Kreuznach ist Bahnstation an der Strecke Saarbrücken-Mainz. Zugverbindungen von verschiedenen Städten in Rheinland-Pfalz aus findet ihr auf der letzten Seite dieses Readers.

Vom Bahnhof aus wendet ihr euch zu Fuß nach **links in die Wilhelmstraße**, überquert die Eisenbahnbrücke, geht ca. **200 Meter** entlang der **Gustav-Pfarrius-Straße geradeaus** weiter und dann liegt schon auf der **linken Seite** unser Tagungsort, das Lina-Hilger-Gymnasium. Den Eingang zur LSK findet ihr **über den Innenhof**, zu dem ihr gelangt, wenn ihr **am Schulgebäude entlang** lauft und dann **links um die Ecke** in die **Ringstraße** einbiegt.



### Wichtig!

Die LSV zahlt Eure Fahrtkosten (d.h. für beide Delegierte, nicht für Gäste!). Wir können jedoch nur die **günstigste** Zugverbindung erstatten. Deshalb solltet Ihr mindestens bei der Rückfahrt ein **Wochenend-/Rheinland-Pfalz-Ticket** (möglichst zusammen mit anderen) benutzen, wenn es billiger als die normale Verbindung ist. Bei der Anreise mit Autos bitten wir Euch, **Fahrgemeinschaften** zu bilden. Auf jeden Fall wird den Delegierten einer Schule nur die Fahrt mit **einem** Auto zurückerstattet. Auch hier gilt: Nehmt den **kürzesten** Weg!



### mit dem Auto

Vorab: Die Anreise mit dem Auto soll **die Ausnahme** bleiben. Bedingung dafür, dass ihr trotzdem Fahrtkostenerstattung erhaltet, ist, dass ihr Fahrgemeinschaften bildet oder aber auch alleine billiger mit dem Auto als der Bahn reist.

Bad Kreuznach liegt an der **Bundestraße 41**. Von **Mainz** aus fährt man über die **A 60** und dann noch ein kurzes Stück **Bundestraße bis nach KH**. Aus nördlicher Rhein-Richtung (**Koblenz**) wie auch aus südlicher (**Ludwigshafen**) nimmt man die **A 61 Richtung Bingen**, Abfahrt KH, aus Richtung **Trier** kommend fährt man am besten über die **Hunsrückhöhenstraße**, von **Kaiserslautern** aus kann man entweder über die **B 48** oder aber über die **A 63** bis zum **Kreuz Alzey** und dann weiter auf der **A 61** anreisen.

In Bad Kreuznach orientiert ihr euch in **Richtung Stadtmitte / Bahnhof**, fährt auf der **Wilhelmstraße** an letzterem vorbei, **über eine Eisenbahnbrücke** drüber, macht danach notgedrungen (Einbahnstraße) einen **Schlenker nach rechts** in die **Mannheimer Straße**, biegt aber bei nächster Gelegenheit wieder **links** ab und seid in der Straße der Schule (**Ringstraße**).

**Benutzt das Rheinland-Pfalz-Ticket! 23 Euro für 5 Personen!!!**

**Freitag | 29.09.2006**

- bis 17.00 h      Anreise
- 18.00 h          Plenum  
                     > Begrüßung  
                     > Wahl des Präsidiums  
                     > Feststellung der Beschlussfähigkeit  
                     > Beschluss der Tagesordnung  
                     > Genehmigung des Protokolls der 40. LSK
- 19.00 h          Abendessen
- 20.00 h          Einführung in den Regionalen Arbeitskreisen (RAKen)
- 22.30 h          Open End, Film, freie Abendgestaltung

**Samstag | 30.09.2006**

- 09.00 h          Frühstück
- 10.00 h          Vorstellung der Arbeitsgruppen (AGen) im Plenum  
                     („Lernen neu Lernen“, Lernmethodik | Schulsystem | Studiengebühren |  
                     Demokratisierung | Anti-Ra | SV-EinsteigerInnen | Noten)
- 10.15 h          Tagen der Arbeitsgruppen
- 12.30 h          Mittagessen
- 13.30 h          Plenum  
                     > Erste Antragsphase
- 15.30 h          Plenum  
                     > Rechenschaftsberichte und Entlastung der AmtsträgerInnen 2005-06
- 16.00 h          Kaffee-/Tee-/Saftpause und Motivationsspiel
- 16.45 h          Plenum  
                     > Neuwahl des Landesvorstandes 2006/07  
                     > Wahl der Lichtblickredaktion  
                     > Wahl der Bundesdelegierten
- 17.45 h          Plenum  
                     > Zweite Antragsphase
- 19.00 h          Abendessen
- 20.00 h          Treffen in den Regionalen Arbeitskreisen (RAKen)
- 21.00 h          gemeinsame Abendgestaltung (geplant: Live-Band...)

**Sonntag | 01.10.2006**

- 09.00 h          Frühstück
- 10.00 h          Plenum  
                     > Dritte Antragsphase
- 12.00 h          Abschlussplenum
- 13.00 h          Aufräumen, Feedbackbögen ausfüllen, Tschüßsagen, Abreise



Wenn Du schon oft auf LandesschülerInnenkonferenzen warst, dann brauchst Du nun gar nicht weiterzulesen. Schicke einfach Deine Anmeldung ab und komm pünktlich. Wenn Du aber noch nie auf einer LSK warst, dann legen wir Dir die nachfolgenden Zeilen sehr ans Herz.

### 1. LSK - Was ist das?

Eine LSK ist - der Name sagt es schon - eine Konferenz, und zwar eine landesweite Konferenz von Schülerinnen und Schülern. Diese wird von der LandesschülerInnenvertretung (LSV) organisiert und ist für diese enorm wichtig. Warum? Die LSK ist „das oberste beschlussfassende Gremium der LSV“, was schlicht und ergreifend heißt, dass die LandesschülerInnenvertretung das zu tun hat, was auf der LSK beschlossen wird. Aber so weit sind wir nun noch nicht. Also, jede SV eines/r rheinland-pfälzischen Gymnasiums oder Gesamtschule schickt bis zu zwei Personen auf die zwei Treffen der LSK pro Jahr (zumindest soll sie das tun und viele SVen machen das auch...). Dabei dürfen dies nicht irgendwelche Personen sein, sondern zwei von der KSV oder der Vollversammlung gewählte SchülerInnen. Diese handeln im Auftrag ihrer SV, das heißt wiederum, dass das, was sie auf der LSK sagen, als Meinung ihrer Schule gesehen wird.

### 2. Auf zur LSK!

Nun, lassen wir die beiden - oder sagen wir einfach DICH - auf die LSK fahren. Jetzt packst du deinen Rucksack: Kleider, Waschzeug, was zu schreiben, die Delegiertenunterlagen, Isomatte, Schlafsack, etc. Also, du fährst hin (natürlich werden dir die Fahrtkosten erstattet, wie das geht steht unter der Wegbeschreibung) und kommst hoffentlich heil und froh an der LSK-Schule an. Dann gehst du erst einmal zur Anmeldung.

### 3. Warten auf den Beginn - Anmeldung

Dort erwartet dich jemand von uns. Sie bzw. er hält erstmal mit dir einen Schwatz über deine Schule etc. und knöpft dir deine Daten ab. Im Gegenzug bekommst du eine STIMMKARTE (wird noch sehr wichtig, also nicht verlieren). Danach gibt's Kaffee und Snacks, Fotos von der letzten LSK und viele nette Leute, die dir bei Fragen gerne helfen. Bis dann die LSK offiziell vom Landesvorstand eröffnet wird.

### 4. Beginn der LSK - Formalkrams

So, irgendwann hat die Wartezeit dann auch ein Ende, alle werden ins Plenum (so heißt es, wenn sich alle zur Sitzung treffen) gescheucht und ein Mitglied des Landesvorstandes sagt Euch „Guten Tag“, herzlich willkommen, wir wählen jetzt die Präsidentin bzw. den Präsidenten.

Aber warum soll ich da jemanden wählen, den ich gar nicht kenne? So schlimm ist das nicht, denn die Präsidentin/der Präsident leitet zwar die LSK, aber wenn sie/er Mist baut, kann sie/er auch wieder abgewählt werden. Eine Besonderheit ist, dass sich die KandidatInnen zwar vorstellen, Du sie aber nix mehr fragen kannst.

Den oder die Präsi unterstützen einE ProtokollantIn und einE technischer AssistentIn. Diese drei bilden das Präsidium, leiten die LSK. Das besondere ist, dass die drei nichts Inhaltliches sagen dürfen, sondern neutral und unabhängig bleiben sollen, von wegen „Fairplay“ und so.

## 5. Schreckgespenst „Geschäftsordnung“

Ach ja, bevor wir jetzt zu den weiteren Tagesordnungspunkten kommen, ist es unvermeidlich ein paar Worte zur - von Erfahreneren - liebevoll „GO“ genannten Geschäftsordnung zu verlieren.

Bei einer LSK treffen sich über 100 Leute, um über SV, Schülern, Schule und so weiter zu diskutieren. Dies könnte man wild durcheinander machen und hätte vielleicht auch ganz nette Diskussionen untereinander. Aber auf der LSK sollen ja Diskussionen für alle verständlich geführt werden und am Ende soll auch noch was rauskommen. „Strukturierung“ heißt dann das Zauberwort und diese Strukturierung (frei übersetzt: in Bahnen lenken von Diskussionen) geschieht durch die GO.

Die GO wird von drei Grundideen getragen:

- Fairness und Waffengleichheit im Diskussionsverhalten (alle sind gleichberechtigt)
- transparente Diskussionen
- eins nach dem anderen

Man kann darüber streiten, ob diese Ansprüche wirklich befriedigt werden. Aber vorläufig muss und kann man mit der GO ganz gut leben. Am besten liest du sie dir einfach mal durch (die vollständige GO befindet sich im Anhang). Eigentlich enthält sie nur Selbstverständlichkeiten:

- wenn über A gesprochen wird, solltest du nichts zu B, sondern eben über A sagen.
  - wenn dir die Diskussion zu lang wird und stinkt, streckst du beide Arme in die Luft, dann kannst du einen GO-Antrag auf Beendigung der Debatte (Diskussion zu einem Thema), auf Ende der Redeliste (wird niemand mehr dazu geschrieben) und/oder sofortige Abstimmung stellen.
  - der/die PräsidentIn leitet die Diskussion, sagt wer nun reden darf („gibt das Wort“) und verwarnt Störende.
  - bei Abstimmungen darf nur mit der Delegiertenkarte in der Hand abgestimmt werden (vermeidet, dass Gäste selbiges tun...).
- Also schlimm ist die GO nun wirklich nicht, höchstens ungewohnt, dafür aber ungemein hilfreich.

## 6. Antragsbehandlung (Lesungen)

Was ist denn ein Antrag? Die LSK diskutiert über Dinge, die SchülerInnen betreffen. Darum kann jede Schülerin und jeder Schüler aus Rheinland-Pfalz auch verlangen, dass sich die LSK mit einem bestimmten Thema beschäftigt. Beispielsweise will ein K. aus X, dass sein Verkehrsverbund, der halb Rheinland-Pfalz umfasst, ein Schülerticket einführt. Oder jemand will, dass die Bildungsministerin Theater als Unterrichtsfach einführt, Noten abschafft, etc. Weiter hinten in diesen Unterlagen findest Du einen Musterantrag.

Der Möglichkeiten sind keine Grenzen gesetzt. Ob die LSK einem Antrag zustimmt und der Landesvorstand dann etwas dafür tun muss, dass das, was im Antrag steht, auch gemacht wird, hängt dann von der LSK ab. Übrigens muss ein solcher Antrag rechtzeitig bei der LSV eintrudeln (drei Tage vor Beginn der LSK). Ist etwas ganz dringend, kann auf der LSK selbst ein sog. „Initiativantrag“ gestellt werden. Den müssen dann mindestens fünf Stimmberechtigte unterschreiben („unterstützen“) und er kann von der LSK auf die Tagesordnung genommen werden.

## 7. Landesvorstand

Einen zweiten wichtigen Teil der LSK nimmt die Wahl des Landesvorstandes ein. Er besteht aus 5 - 10 von der LSK beauftragten Leuten, die Beschlüsse ausführen und Geschäfte der LSV führen sollen. Da gibt es an Leuten übrigens:

- InnenreferentIn (Kontakt zu Schulen und der LSV-Gremien untereinander)
- AußenreferentIn (Kontakt zu Ministerium und zu Verbänden)
- FinanzreferentIn (sorgt sich um unser Geld)
- ReferentInnen, die zu im Arbeitsprogramm verankerten Themenbereichen arbeiten

Nach der Beendigung der Amtszeit nach einem Jahr muss nun ein neuer LaVo gewählt werden.

Wahlen laufen immer gleich ab:

- > Präsi ruft den Wahlgang auf und bittet um KandidatInnenvorschläge
- > Leute können vorgeschlagen werden (KandidatInnen)
- > Präsi schließt die Vorschlagsliste
- > Vorgeschlagene stellen sich vor
- > Befragung zur Arbeit
- > Präsi ruft die Wahl auf.
- > wenn eine Person geheime Wahl will, wird geheim gewählt, ansonsten mit Handzeichen
- > der Präsi sagt das Ergebnis
- > die Person wird gefragt, ob sie die Wahl annahme,
- > wenn ja: herzlichen Glückwunsch
- > wenn nein: Mist, Neuwahl

Für den Vorstand kandidieren kann prinzipiell jede Schülerin und jeder Schüler. Ein bisschen SV-Erfahrung sollte aber da sein. Allerdings ist alles gar nicht so schlimm, wie immer getan wird. LaVo-Arbeit ist eine sehr hilfreiche und interessante Erfahrung. Die Wahlen zum neuen Landesvorstand finden immer auf der 1. LSK im Schuljahr statt.

### 8. Regionale Arbeitskreise (RAKe)

In den RAKen sind (leider) momentan nur Gymnasien und Gesamtschulen vertreten. Sie sind das Bindeglied zwischen LaVo und den Schul-SVen. Es gibt zehn RAKe in Rheinland-Pfalz, zu denen jede Schule zwei bis drei (je nach RAK) entsendet. Die RAKe dienen zum Erfahrung- und Meinungsaustausch und zur Planung gemeinsamer regionaler Aktionen. Zu welchem RAK deine Schule gehört, erfährst du im Anhang dieses Readers!

### 9. Landesausschuss (LA)

Der LA hat die wichtige Aufgabe, den LaVo zu kontrollieren. Zwischen den LSKen ist er das höchste beschlussfassende Gremium. Im Notfall kann er LaVo-Mitglieder nachwählen. Der LA setzt sich aus 2 Delegierten pro RAK zusammen. Die Sitzungen finden alle 1-2 Monate statt.

### 10. Delegierte zur Bundesebene

Normalerweise wurden auf der 1. LSK im Schuljahr die 2 Delegierten zum Länderrat (LäRa) nebst VertreterInnen gewählt. Im LäRa trafen sich Delegierte aus allen LSVen Deutschlands, um sich auszutauschen und bundesweite Aktionen zu planen. Auf der 2. LSK wurden die 10 Delegierten zur Bundesdelegiertenkonferenz gewählt. Sie war das höchste beschlussfassende Gremium der BSV und fand 1x jährlich statt. Seit 2003 existiert die Bundesschülerkonferenz in der RLP zur Zeit nicht Mitglied ist. Da es trotzdem sehr wichtig ist auf Bundesebene mitzumischen und legitimierte Menschen nötig sind um rheinland-pfälzische Positionen auf Bundesebene zu vertreten, werden auf der 1. LSK im Schuljahr 4 Delegierte für die Bundesebene gewählt.

### 11. Landesarbeitskreise (LAKe)

LAKe können von der LSK zu bestimmten Themen eingerichtet werden. Sie sind ein in regelmäßigen Abständen tagendes Diskussionsforum für interessierte Schüli. Auch hier gilt: **Mehr Infos auf der LSK!!!**

## Wo finde ich die LSV?



**DGB-Haus | 1.Stock**  
**Kaiserstraße 26-30**  
**55116 Mainz**  
**Fon: 06131 / 23 86 21**  
**Fax: 06131 / 23 87 31**  
**Mail: [info@lsvrlp.de](mailto:info@lsvrlp.de)**  
**Web: [www.lsv-rlp.de](http://www.lsv-rlp.de)**

### Bürokernzeiten:

**Di. 10.00 - 17.00 Uhr**  
**Mi. 10.00 - 13.00 Uhr**  
**Do. 10.00 - 13.00 Uhr**  
**Fr. 10.00 - 13.00 Uhr**

### IMPRESSUM

Reader  
 zur 41. LandesschülerInnenkonferenz

LandesschülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz  
 Kaiserstraße 26-30  
 55116 Mainz

fon. 06131 - 23 86 21  
 mail. [info@lsvrlp.de](mailto:info@lsvrlp.de)  
 web. [www.lsv-rlp.de](http://www.lsv-rlp.de)

Satz und Layout:  
 Charlet Flauaus, David Waldecker

Druck: Eigendruck

Bilder: [www.photocase.de](http://www.photocase.de), eigene

Auflage: 350 Stück

September 2006

# Anträge



A 1: Arbeitsprogramm

A 2: Rauchen

A 3: Alkoholverbot

A 4: Bestätigung nur nach Entlastung

A 5: neues LSV-Logo

A 6: BSK-Beitritt

A 7: Feiertage

A 8: Eilentscheidungen LaVo

A 9: Kulturunterricht

A 10: Präsidium



## Hier könnte DEIN Antrag stehen!

### Wie schreibe ich einen Antrag?

Wenn dir ein Thema wichtig ist und du willst, dass sich die LSV damit befasst, kannst du einen Antrag schreiben. Dieser wird dann auf der LSK abgestimmt.

Antragsschluss für diese LSK - so dass satzungsgemäß die Anträge den Delegierten bis drei Tage vor der Konferenz zugehen können - ist **Freitag, der 22. September 2006**. Danach, also auch auf der LSK selbst, kannst du noch Initiativanträge stellen. Das bedeutet, dass dein Antrag, bevor du ihn auf der LSK beim Präsidium einreichen kannst, von mindestens 5 Stimmberechtigten unterschrieben („unterstützt“) werden und das Plenum dann noch mehrheitlich für die Behandlung des Antrages stimmen muss.

Ein Antrag besteht aus vier Teilen:

1. AntragstellerIn: Dein Name, oder auch ein SV-Team
2. Betreff: Beschreibe hier kurz um was es geht, nicht mehr als zwei Zeilen
3. Antragstext: Das ist das Wichtigste überhaupt. Der Antragstext sollte präzise formuliert sein. Hier hinein kommt, wer was Deiner Meinung nach tun soll. Schreibe hier nichts Erklärendes rein („... soll, weil...“), dafür ist nämlich Platz in der
4. Antragsbegründung: Was hier drin steht, wird nicht mit abgestimmt, d.h. wenn in diesem Teil eine Forderung oder Anweisung steht, ist sie nicht gültig/verbindlich. Hier kannst du nur erklären, warum das getan werden soll, was du oben geschrieben hast! Als Beispiel kannst du den (zugegebenermaßen extrem sinnlosen) Musterantrag nehmen!

**Antrag M1 (Achtung, Muster!!!)**

**(Achtung, Muster!!!)**

**(Achtung, Muster!!!)**

#### **AntragstellerIn:**

SV des Präsident-Bernd-Beber-Privatgymnasiums, Mainz

**Betreff:** Polsterung der Schulfußböden

#### **Antragstext:**

Der Landesvorstand der LSV/GG soll sich dafür einsetzen, dass alle Fußböden in Schulen mit Perserteppichen gepolstert werden. Die Teppiche sollen rot sein und kleine Männchen als Muster haben. Die anfallenden Kosten sollen vom Ministerium für Fußbodenbeläge (MFB) gedeckt werden.

#### **Antragsbegründung**

**(wird nicht mit abgestimmt):**

Oft passiert es, dass sich SchülerInnen beim Fall auf die harten Fußböden schwer verletzen. Auch LehrerInnen kommen zu Schaden, wenn sie unwillkürlich stolpern und stürzen. Der dadurch entstehende Unterrichtsausfall kann nicht mehr geduldet werden. Die Farbgebung und das Muster dienen als Auflockerung des Unterrichtsalltags. Graue Linoleumböden hingegen führen oft zu Aggressionen, die den Unterricht beeinträchtigen.

Das MFB hat schon alle Ministerien mit Perserteppichen gepolstert, wir fordern, dies nun auch in der Schule zu tun.

## A 1

### Vorschlag für das Arbeitsprogramm der LSV 2006/2007

**Antragsteller:** der Landesausschuss

**Antragstext:**

Inhalte des Arbeitsprogramms:

#### 1. Basis

- Ein Landesvorstandsmitglied kümmert sich um den Kontakt zu der Redaktion des Lichtblicks und sorgt dafür, dass zwei Ausgaben erstellt werden.
- Mindestens zwei Mitglieder des Landesvorstandes kümmern sich um die Fertigstellung des SV-Handbuchs. Ihnen steht es dabei frei, weitere Experten und Nicht-SchülerInnen Artikel schreiben zu lassen.
- Der Landesvorstand kümmert sich darum, dass ein E-Mail-Verteiler pro RAK erstellt wird.
- Der Landesvorstand kümmert sich darum, dass regelmäßige Schulversickungen mit jeweils aktuellen Broschüren stattfinden.
- Der Landesvorstand soll sich darum bemühen, dass auch weiterhin Grundlagenseminare für SVen aller Schularten angeboten werden.
- Die SSRs sollen gestärkt werden. Außerdem sollen SV-Seminare gleich den VL-Seminaren durchgeführt werden. Geplant sind 4 zentrale Standorte (z.B. Trier, Koblenz, Mainz, Neustadt/Weinstr.)

- Die Treffen des SSP Bad Kreuznach und des SSR Mainz sollen weiterhin besucht und der Kontakt zu den entsprechenden Gremien verstärkt werden.
- Es soll ein Basiskongress durchgeführt werden. Der LaVo soll sich für die Mobilisierung des Risiko-Kongress stark machen.

#### 2. Demokratisierung

- Der Landesvorstand soll ein Konzept erarbeiten, dass eine sinnvolle, realistische Demokratisierung der Schule in Teilschritten vorsieht. Dieses Konzept soll auf der 42. LSK präsentiert werden.
- Projekte, die der Demokratisierung und Partizipation dienen, sollten begleitet werden. (z.B. Enquete-Kommission „Jugend und Politik“)
- Jedes LaVoMi soll die Möglichkeit bekommen sich entsprechend seiner eigenen Spezialisierungen zu engagieren, auch wenn dieses vom Arbeitsprogramm abweicht.

#### 3. Unterricht

- Der Landesvorstand soll ein Konzept zur Suchtprävention erarbeiten, welches auf eine kontinuierliche Aufklärung der SchülerInnen durch den Unterricht ab der 5. Klasse ausgelegt ist. Verbotsgesetzen, wie z.B. dem Rauchverbot an Schulen, soll entgegengewirkt werden. Eine objektive Aufklärung soll im Vordergrund stehen.
- Der Landesvorstand soll eine Broschüre zum Thema Facharbeit und Besondere Lernleistung erstellen.
- Der Landesvorstand soll darauf hinarbeiten, dass die SchülerInnen durch den Sozialkundeunterricht / alternativ über die VertrauenslehrerInnen über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt werden. Ebenso sollen die Partizipationsmöglichkeiten von SchülerInnen in der Schule aufgezeigt werden. Dies kann durch eine angestrebte gesetzliche Reglementierung erreicht werden.
- Der Landesvorstand soll ein Seminar für VertrauenslehrerInnen organisieren, an

welchem die VertrauenslehrerInnen über Rechte und Pflichten der SchülerInnen aufgeklärt werden.

#### 4. Ganztagschulprogramm

- Der Landesvorstand soll auch weiterhin die Treffen des Bundesarbeitskreises „Schüler gestalten Schule“ besuchen.
- Der Landesvorstand soll einen Fragebogen erstellen, der an die GTSen in RLP geschickt wird und von den SchülerInnen beantwortet werden soll, sodass unterschiedliche Problemfelder des GTS-Programms beleuchtet werden. Für diese Problemfelder sollen Verbesserungsansätze gefunden werden.
- Der Landesvorstand soll den Kontakt zu der Servicestelle Jugendbeteiligung in Speyer beibehalten.

#### 5. Bundesebene

- Die exekutiven Gremien (Landesvorstand und Bundesdelegierte) sollen sich für eine bundesweite Interessenvertretung von SchülerInnen einsetzen. Zudem sollen die Treffen der BSK besucht werden.

#### 6. Bildungsfinanzierung

- Der Landesvorstand soll sicher weiterhin an der Debatte um Studiengebühren beteiligen und entsprechende Aktionen gegen Studiengebühren organisieren und selbst durchführen.
- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass eine generelle Lernmittelfreiheit ermöglicht wird.

#### 7. Pressearbeit

- Der Landesvorstand soll sich darum bemühen, dass der Kontakt zu den öffentlichen Medien ausgebaut und erweitert wird.
- Ein Landesvorstandsmitglied soll dafür sorgen, dass min. jeden Monat Pressemitteilungen zu Themen der LSV herausgegeben

werden. Zu aktuellen Debatten sollen entsprechend mehr PMs veröffentlicht werden.

#### 8. Antirassismus

- Mindestens ein Vorstandsmitglied soll regelmäßig die Treffen des Netzwerks für Demokratie und Courage besuchen.

#### 9. Sommercamp

- Die LSV soll auch 2007 wieder ein Sommercamp durchführen.

#### 10. Kontakt

- Der Landesvorstand soll nach Möglichkeit zu folgenden Organisationen Kontakt aufbauen bzw. verbessern:
  - den etablierten Parteien
  - dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend
  - den LandeschülerInnenvertretungen von Hessen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Bayern
  - dem Landeselternbeirat/Bundeselternbeirat
  - der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
  - der DGB-Jugend
  - dem AStA Mainz und weiteren Studierendenvertretungen
- Der LaVo soll sich um ein Bündnis für spezielle Projekte bemühen. Dabei sollte versucht werden einen Standartpool mit Gewerkschaften oder Jugendorganisation zu schaffen.

## A 2

Keine Rauchverbote an rheinland-pfälzischen Schulen!

**AntragsstellerIn:** LaVo

**Antragstext:**

Die LandeschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz lehnt ein generelles Rauchverbot an Schulen ab. Der NichtraucherInnenschutz soll aber, beispielsweise durch Einrichtung von spezifischen RaucherInnenarealen gewährleistet werden.

**Begründung:**

Wir halten es gesamtgesellschaftlich betrachtet für richtig mehr für den NichtraucherInnenschutz zu tun. Doch Schulen scheinen uns hierbei nicht der wichtigste Ort zu sein. In fast allen Schulen ist ein guter NichtraucherInnenschutz bereits gewährleistet. RaucherInnenräume für SchülerInnen sind die Seltenheit, schon jetzt überwiegt das Modell des gekennzeichneten Außenareals. So werden kaum andere SchülerInnen belästigt. Dies halten wir für eine gute Lösung. Durch das Rauchverbot an Schulen treten außerdem andere Probleme auf. Zum Beispiel, dass SchülerInnen der Oberstufe das Schulgelände verlassen dürfen und somit außerhalb rauchen können, wodurch wiederum Probleme mit AnwohnerInnen wegen Verschmutzung des öffentlichen Raums auftreten.

Auch die Gesundheitserziehung wird unserer Meinung nicht dadurch behindert, dass andere MitschülerInnen rauchen. Das viel größere Problem ist unserer Meinung nach eine absolut ungenügende Drogenaufklärung. Statt des erhobenen Zeigefingers

sollten hier Fakten und Argumente die Einsicht der SchülerInnen in die tödliche Wirkung von Tabakwaren befördern und somit verhindern, dass noch mehr von ihnen mit dem Rauchen beginnen. Nicht zuletzt fördert eine Tabuisierung die Beliebtheit des Rauchens. Denn Jugendliche wären nicht Jugendliche, wenn sie nicht ihre eigenen Grenzen ausloten würden.

Die Rechte der SchülerInnen sollen nicht noch weiter eingeschränkt werden, denn so geraten Schule und Gesellschaft (und die damit verbundenen Rechte) immer weiter auseinander!

## A 3

Kein Alkohol während des LSK Plenums

**AntragsstellerIn:** LaVo

**Antragstext:**

Während des Plenums soll kein Alkohol im Plenarsaal getrunken werden.

**Begründung:**

Alkoholkonsum während des Plenums ist kontraproduktiv und störend, wenn alkoholisierte Personen auffällig werden. Zudem verleitet es zu frühem Alkoholkonsum während der Arbeit und verhindert somit ein zeitgerechtes Ende des Plenums.

**A 4**

Keine Bestätigung für LSV-Tätigkeiten ohne Entlastung

**AntragsstellerIn:** LaVo

**Antragstext:**

Das Ministerium soll darauf hingewiesen werden, neben dem Glückwunschscheiben zu Beginn des Schuljahres auch wieder regelmäßig ein Bestätigungsschreiben am Ende des Schuljahres zu verschicken. Dieses jedoch erst nach der LSK, an der die Entlastung stattfindet, sodass nur entlastete Personen eine Bescheinigung erhalten.

**Begründung:**

Personen die ihre Arbeit in der LSV nicht ernst nehmen oder nur ihren eigenen Vorteil daraus ziehen wollen, sollen daran gehindert werden sich für den LaVo, etc. aufstellen zu lassen.

**A 5**

Neues LSV-Logo

**Antragsteller und Entwerfer:** LaVo

**Antragstext:**

Die LSK soll aus den vorliegenden Vorschlägen ein neues LSV Logo bestimmen.

**Begründung:**

Das alte Logo ist langweilig. Ein neues Logo erregt mehr Aufmerksamkeit und bewirkt evtl. eine Identifikation mit der LSV :-).

**A 6**

BSK-Beitritt

**AntragsstellerIn:** LaVo

**Antragstext:**

*Die 41. LSK möge beschließen:*

Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz strebt einen Beitritt in die Bundesschülerkonferenz an.

**Begründung:**

Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz hat es bisher strikt abgelehnt der Bundesschülerkonferenz beizutreten. Dies hatte mehrere Gründe:

- Der undemokratische Aufbau der Bundesschülerkonferenz
- Das unklare Selbstverständnis der BSK (Vertretung oder KMK-artige Organisation?)
- Politische Gründe (Kein Gender-Mainstreaming, ...)
- Das Konsensprinzip
- Starke Dominanz einzelner Persönlichkeiten in der BSK
- Ein existierender Block von Nicht-Mitgliedsländern als starkes Gegengewicht zur BSK
- Historische Gründe

Diese Gründe scheinen uns in dieser Form nicht mehr in diesem Maß gegeben und/oder weniger relevant. Zusätzlich muss von einer veränderten Rahmensituation ausgegangen werden.

Der undemokratische Aufbau der BSK ist unserer Meinung nach immer noch gegeben.

Es existiert nach wie vor kein Kontrollgremium zur BSK. Noch immer werden pro Land zwei Delegierte entsendet, die ohne jegliche Vorgabe von den LandesschülerInnenvertretungen entsendet werden.

Auch das unklare Selbstverständnis besteht nach wie vor, obwohl eigentlich der offizielle Name der BSK klar macht was die BSK darstellt: die „ständige Konferenz der Landesschülervertretungen der Länder Deutschlands“ (KLLD). Wir wollen mit einer klaren Definition der BSK beitreten. Somit sehen wir die BSK ganz klar als KMK-artige Organisation, nicht als Vertretung der

SchülerInnen Deutschlands, sondern als Koordinationsorgan.

Die politischen Gründe sind ebenfalls noch existent, wir glauben aber, dass es der beste Weg ist, die BSK in diesem Kontext von innen heraus zu reformieren.

Auch das Konsensprinzip ist noch vorhanden. Dies sehen wir als lästiges Element der BSK, aber nicht als elementares Problem.

Mit dem Beitritt kritischer Länder in die BSK wird das Konsensprinzip unserer Meinung nach nicht mehr haltbar sein und automatisch fallen.

Die starke Dominanz von bestimmten Persönlichkeiten ist ebenfalls noch vorhanden. Allerdings wird dieses Jahr ein neuer BSK-Vorsitzender gewählt. Außerdem ist es ebenfalls möglich mit anderen kritischen Ländern dem Vorstand beizutreten. Denn inzwischen ist ein weiteres kritisches Land (Bayern) der BSK beigetreten. Zusammen mit Hamburg ist es nun möglich entscheidenden Einfluss in der BSK zu gewinnen. Wir sehen somit eine gute Chance die BSK jetzt in eine gute Richtung zu lenken und in einem positiven Sinne zu verändern. Zu verlieren haben wir nichts, denn ohne Bayern ist das Gegengewicht nicht stark genug um effektiv in Opposition zur BSK zu handeln.

## A 7

### Feiertage

**Antragsteller:** Eric, Max und Simon

**Antragstext:**

*Die 41. LSK möge beschließen:*

Die LSV RLP setzt sich dafür ein, dass anstatt an den christlichen Feiertagen, an solchen die für alle Gültigkeit haben, schulfrei zu geben ist. Beispielhaft sind hier der Weltkindertag, Sylvester und Neujahr, der Holocaust Gedenktag, der Tag der Presse-

freiheit, der Tag des Sieg über das Naziregime, der Tag der Arbeit oder der Internationale Frauentag. Auch sollen sich die Ferien nicht länger an den „großen“ christlichen Ferientagen, also Ostern und Weihnachten ausrichten, sondern (wie es bei den Sommer- und Herbstferien bereits der Fall ist) an den tatsächlichen Jahreszeiten (Winter und Frühjahr).

**Begründung:**

Erfolgt mündlich

## A 8

### Schnelle Entscheidung

**Antragssteller:** Patrick

**Antragstext:**

Die 41. LSK möge beschließen, dass der LaVo wichtige tagespolitische Dinge über das Arbeitsprogramm stellen kann. Die Wichtigkeit eines Themas soll im LaVo abgestimmt werden. Der Pressereferent soll die Freiheit bekommen, Abstimmungen auf 24 Stunden an zu setzten.

**Begründung:**

Leider sind dem LaVo oft die Hände gebunden, wenn es um Tagespolitik geht. Der LaVo muss sich an sein Arbeitsprogramm, bzw. an den Beschlüssen der LSKen halten. Oft wurden Themen aber noch bei keiner LSK diskutiert oder die Beschlüsse sind total veraltet. Bei beispielsweise Pressemitteilungen kann der LaVo nicht bis zur nächsten LSK warten. Bis zu dieser Zeit sind Themen veraltet und die Öffentlichkeit kennt nicht unsere Meinung zu diesem Thema. So geraten wir immer mehr in Nichtbeachtung und wirken Unglaubwürdig. Wir müssen als LSV flexibel und schnell bleiben.

**A 9**

## Religionsunterricht

**Antragssteller:** Patrick**Antragstext:**

Die 41. LSK möge beschließen, dass sich die LSV RLP für einen sog. „Kulturunterricht“ anstatt des Religions- bzw. Ethikunterrichts bis einschließlich der 8. Klassenstufe einsetzt. In diesem Unterrichtsfach sollen religiöse und kulturelle Fragen erarbeitet und geklärt werden. Es muss darauf geachtet werden, dass alle Religionen gleich behandelt werden. Hierzu kommen auch Tagesaktuelle Kulturereignisse und ihre Gründe. Ab der 9. Klassenstufe soll es den SchülerInnen frei stehen, auch einen „normalen“ Religionsunterricht zu besuchen, Kulturunterricht soll aber weiter erhalten bleiben.

**Begründung:**

SchülerInnen werden meistens in eine Religion hinein geboren und lassen somit derzeit die Entscheidung bei ihren Eltern ob, bzw. welchen Religionsunterricht sie besuchen sollen. Dieser Unterricht ist leider sehr subjektiv aufgebaut und bietet nur wenig Raum für eigene, freie Gedanken. Somit sollte ein Unterrichtsfach, anders als auch Ethik, geschaffen werden, dass objektiv an verschiedene Anschauungen angeht. Zusätzlich muss mensch sagen, dass Religionen viel mit bestimmten kulturellen Gebräuchen oder Errungenschaften zusammen hängt. Also muss auch die Kultur eingebunden werden. Weiter besteht aber die Möglichkeit, dass Menschen an Religionen glauben. Ab der 9. Klassenstufe sollten SchülerInnen genug Informationen über Religionen gesammelt haben, dass sie selbst sagen können, ob sie daran glauben und/oder sich speziell in bestimmten Religionen weiter bilden lassen wollen.

**A 10**

## Präsidiumsplätze für Nicht-Delegierte

**Antragssteller:** Patrick**Antragstext:**

Die 41. LSK möge beschließen, dass ab der 42. LSK Präsidiumsplätze auch von nicht LSK-Delegierten besetzt werden können.

**Begründung:**

Pro Schule werden höchstens 2 Delegierte zur LSK geschickt. Wenn jetzt beide ins Präsidium wollen, verliert eine gesamte Schule ihre Stimmen wegen Engagement ihrer Delegierten. Da das Präsidium objektiv bleiben muss und sich nicht zu Themen äußern darf, sollten diese Posten auch Gäste übernehmen dürfen. Diese haben sowieso kein Stimmrecht, haben so aber die Möglichkeit aktiv mit zu arbeiten.



## Eric von Dömming

Hallo erstmal!

Ich bin das Eric. Ich mag gerne leckeres Futter, zum Beispiel Pizza, oder Käse mit Weißbrot. Ich bin eigentlich sehr pflegeleicht, aber wenn ich Menschen nicht kenne, bin ich hin und wieder etwas bissig. In diesem Jahr bin ich 18 geworden und hoffe dass ich von euch für meine treuen Dienste bei der LSV mit einer Entlastung belohnt werde.



Ich beginne am Besten bei den Terminen, die ich wahrgenommen habe (Zumindest die, die in meinem Kalender stehen... so ganz lässt sich das wohl nicht mehr rekonstruieren. Gerade die Termine vor dem Dezember habe ich nicht mehr so ganz).

Hier also eine Auflistung der Termine:

- 1.12. Treffen mit Konstantin Bender (fzs)
- 2.-4.12. Progress (Professionalisierungskongress)
- 5.12. GEW – Tag der Bildung
- 9.12. Enquete-Kommission 14/3
- 11.12. Landessausschuss-Sitzung
- 14.12. Ahnen-Gespräch, SSR-Sitzung
- 16.-17.12. SV-Seminar in Neuerburg (Eifel)
- 20.12. NDC-Sitzung
- 21.12. Landesarbeitskongress Basiskongress
- 27.12. LSV-Ehemaligentreffen
- 28.12.05 Bundeskongress Orga-Vortreffen
- 5.1.06 Treffen mit Konstantin Bender (fzs)
- 11.1. Neujahrsempfang Grüne
- 13.1. RAK5-Treffen

- 13.-15.1. Besuch der Wahl-Mitgliederversammlung der LSV Bayern
- 20.-22.1 Besuch des Bundesarbeitskreis Bildungspolitik von JungdemokratInnen / Junge Linke
- 26.1. NDC-Sitzung
- 28.1. Bildungswerk-Treffen und Bundeskongress-Orgatreffen
- 30.1. Ganzttagsschulkongress in Mainz
- 17.-19.2. LSR Hessen
- 24.-26.2. Bundesarbeitskreis SchülerInnen gestalten Schule
- 3.3.-5.3. Bildungswerk Seminar zur Organisation der Bundeskongressreihe
- 9.3. NDC-Treffen
- 10.-12.3. LandesschülerInnenkonferenz
- 24.-26.3. MoBiZ-PilotInnen-Schulung
- 10.4. NDC-Treffen
- 28.-30.4. LaVo-Klausur
- 5.-7.5. Bundesarbeitskreis SchülerInnen gestalten Schule
- 12.5. RAK5-Treffen
- 19.-21.5. MoBiZ Moderationsseminar
- 28.5. Erweiterte, öffentliche LaVoSi
- 2.-5.6. Open Ohr
- 23.-25.6. LSR Hessen
- 17.-23.8. Sommercamp
- 12.9. Rede auf der PKT-Demo

Ich war auch noch in Oppenheim bei einem SV-Seminar, auf dem Landeskongress und Veranstaltungen der JuSos und so manchem anderen, wann habe ich aber leider vergessen. Neben diesen „Events“ war ich natürlich nicht untätig. Ich war bei allen LaVoSis anwesend und auf fast allen LA-Sis (ich habe glaub ich eine verpasst, höchstens aber zwei). Ich war auch bei allen Sitzungen des SSR Mainz um die LSV zu vertreten. Außerdem habe ich alle Lichtblick-Redaktionstreffen besucht und die letzte Lichtblickausgabe mit Simon, Jan und Max so gut wie im Alleingang herausgebracht.

Neben den normalen Aufgaben im LaVo war ich im Laufe des Schuljahres noch für verschiedene Referate zuständig. Bis zur LaVo-Klausur war ich Außenreferent (wie mensch an meiner Terminliste vielleicht erahnen kann). Im Rahmen dessen war ich auch bei allen Terminen mit unserer äußerst lebenswürdigen Bildungsministerin Doris,

wovon ich leider aber nicht mehr die Termine weiß. Danach war ich Pressereferent und hatte den Job Patrick in sein neues Amt als Außenreferent einzuarbeiten.

Im Rahmen meines Pressereferats habe ich mehrere Pressemitteilungen herausgegeben, die ihr ja wahrscheinlich, wenn ihr im Verteiler seid, gelesen habt. Wenn nicht, findet ihr sie auch auf [www.lsv-rlp.de](http://www.lsv-rlp.de). Nebenbei habe ich dann auch noch kommissarisch das Finanzreferat übernommen, da Frank und Georg ab der Hälfte des Schuljahres absolut gar nichts mehr getan haben.

Ich habe nach der Übergabe des Außenreferats weiterhin alle Landeschülerräte in Hessen besucht (bis auf einen), was mensch ja auch auf der Terminliste sieht. Im Übrigen habe ich hin und wieder auch unseren GFs in der LGS geholfen bei Verwaltungskrams und so (zumindest hoffe ich, dass sie es als Hilfe empfunden haben...).

In meinem Arbeitsbereich Anti-Ra muss ich leider gestehen, dass ich ziemlich untätig war. Ich war zwar auf beinahe allen NDC-Sitzungen, aber ansonsten lief da von meiner Seite auch nicht viel. Ein Konzept gegen den Wahlkampf der NPD an Schulen haben Lisa und ich zwar nicht ausgearbeitet, dafür haben wir es gleich umgesetzt. Ich habe einen Hauptteil des Organisationsaufwandes für die Demo gegen Rechts im Dezember gemacht. Und da es sowieso schon sehr gutes Material gegen den NPD-Wahlkampf gab, fanden wir die Notwendigkeit zu Handeln nicht mehr so groß (zumindest für uns andere Themen wie die Wahlprüfsteine im Vordergrund standen). Den LAK Anti-Ra hab ich auch nicht gemacht, was unter anderem an einer etwas misslungenen LaVo-internen Kommunikation und sehr doofen Zufällen lag (jaja, das Internet...).

Das Demokratisierungskonzept habe ich angefangen. Der LaVo hat aber, weil das ja ein sehr weites Feld ist, beschlossen eine Broschürenreihe daraus zu machen. Die bisherigen Konzepte werde ich deshalb auch dem neuen LaVo zukommen lassen und ihn ein bisschen darin einarbeiten.

Bevor ich es vergesse: auch mehrere Anträge für die LSKen habe ich im Namen des LaVo und von mir selbst geschrieben, manche kamen durch, manche nicht. Sonst bleibt mir nichts mehr außer euch eine wunderschöne LSK zu wünschen,

Euer Eric  
(noch Lichtblick-Redakteur und LaVoMi)

## Georg N. Bundy

Liebe Aktive,

nun ist mein LaVo Jahr vorbei und ich kann mich leider nicht persönlich verabschieden, da ich seit einer Woche an der ESB Reutlingen studiere und dieses Wochenende etliche Veranstaltungen sind.



Um euch über meine Tätigkeit im LaVo zu berichten, möchte ich mich kurz fassen. Daher werde ich nicht alles im Detail erwähnen und deshalb grob über meine Arbeitsbereiche berichten.

Als LaVoMi war ich ebenso Finanzreferent der LSV 2005/2006. Dazu war ich Beauftragter für den regionalen Arbeitskreis um Kaiserslautern und Beauftragter für die Enquete-Kommission. Auch am Gespräch mit unserer Bildungsministerin Frau Ahnen war ich anwesend.

Den regionalen Arbeitskreis haben wir näher an das Ziel der Reaktivierung geführt. Prinzipiell ist er auch schon aktiv. So haben wir ein Emailnetzwerk mit etlichen Aktiven und auch schon einige Treffen in Kaiserslautern hinter uns gebracht. Es ist aber weiterhin sehr wichtig, dass man sich auch in Zukunft um unseren RAK kümmert.

Die Enquete-Kommission, an deren Sitzung ich auch zusammen mit Frank Eymann anwesend war interessant. Ebenso das anschließende Gespräch im Abgeordnetenrestaurant mit Mitgliedern der Kommission. Abschließend hat die Enquete-Kommission viele wichtige Themen aufgegriffen und erkannt, dass das Politikbewusstsein bei vielen jungen Leuten noch stark ausbaufähig ist. Wir begrüßen demnach, dass die Kommission einige Empfehlungen hinsichtlich Partizipation, Transparenz und Interaktion ausgesprochen hat.

Die Finanzen der LSV sind soweit auch in Ordnung. Mit den Mitteln, ca. 40.000€, sind wir nach letztem Stand ziemlich gut angekommen.

Im Dezember habe ich dann noch die Gelegenheit wahrgenommen, am Seminar „Moderation für Fortgeschrittene“ in Erbach teilzunehmen.

Eine angesetzte Unterschriftenaktion für Sozialkunde ab der 5. Klasse scheiterte schließlich aufgrund eines Gespräches mit Frau Ahnen, in der sie Bedenken bezüglich der Umsetzung äußerte, und ebenso wegen einer Abstimmung im LaVo.

Zu den LaVo Sitzungen war ich so gut es ging anwesend. Allerdings hätte eine bessere Koordinierung und Abstimmung innerhalb des LaVo sicherlich zu mehr Teilnahmen beigetragen, nicht nur von mir, sondern auch von anderen LaVoMis. An der letzten LSK habe ich dann auch sonntags teilgenommen. Ebenso war ich an den Einarbeitungstagen anwesend.

Allen, die im LSV Jahr 05/06 mitgearbeitet haben, möchte ich an dieser Stelle danken und viel Glück wünschen. Alle, die erst

jetzt beginnen, sich in der LSV zu engagieren, wünsche ich viel Spaß, Motivation und Durchsetzungskraft. Auch euch viel Glück!

Liebe Grüße,  
Georg

## Marie Preis

Hallo liebe 41. LSK,

ich bin Marie Preis und seit 2 Jahren im Landesvorstand. Als Einstieg in mein 2. LaVo Jahr nahm ich natürlich an den Einarbeitungstagen teil und wurde dort



als Innenreferentin gewählt. Somit hatte ich die Aufgabe die Arbeit des LaVos zu koordinieren. Dafür musste ich auch sämtliche Einladungen zu Landesvorstandssitzungen und LSKen schreiben(ich gebe zu, ich hab's mal zu spät gemacht, was uns aber nicht am Arbeiten gehindert hat).

Natürlich nahm ich an den Sitzungen und LSKen für die ich einlud auch selbst teil und leitete sie (LSKen nicht). Für eine LSK musste selbstverständlich auch Vorarbeit erforderlich und so schrieb ich das ein oder andere Programm, suchte AG ReferentInnen, schrieb Anträge und organisierte vor Ort. Auch an einigen Landesausschusssitzungen nahm ich als LaVoMi teil. Zudem gehörte

es zu meiner Aufgabe die Verschickungsanschriften zu verfassen und zu strukturieren. Ich setzte mich für die Basis Arbeit ein indem ich ein SV-Seminar in Neuerburg mitgestaltete und versuchte unseren RAK am leben zu halten, was jedoch im Frühjahr nicht mehr gelang. Dieses Jahr geht's aber wieder los mit RAK 8!!! Immerhin hatten wir ein RAK-Wochenende organisiert und noch ca. 3 Treffen.

Auch an einem Gespräch mit Bildungsministerin Doris Ahnen nahm ich teil und an einem Treffen ehemaliger LSVlerInnen. Zu Beginn des Jahres existierte auch noch der LAK (Landesarbeitskreis) BAK (Basiskongress) dort versuchten wir einen Basiskongress zu organisieren. Jedoch schloss sich die LSV mittlerweile einer Bundesweiten Kongressreihe an und organisiert Risiko'07 (rheinlandpfälzischer SchülerInnenkongress). Für diesen hat sich ein Organisationsteam gebildet was sich schon jetzt an die Organisation macht, dass im März auch wirklich was Tolles stattfindet! Ach ja, ich bin auch in diesem Orga - Team und werde dort auch nach meiner Amtszeit weiterarbeiten, da das Team unabhängig von der LaVo Arbeit ist. Mein Aufgabenbereich ist mit Mia und Anke das Programm.

In dem Bereich Ganztagschule war ich tätig indem ich zwei Bundesarbeitskreisen (BAK) in Wetzlar und Eisenach besuchte, den Ganztagsschulfragebogen mit Mia entwarf und den Kontakt zur Serviceagentur „ganztägig -lernen“ RLP hielt. Da ich dort auch angestellt bin und für den Bereich Partizipation von SchülerInnen zuständig bin, organisierte ich, gemeinsam mit der reg SAG Hessen, ein MobiZ-Ausbildungsseminar und war daran auch als Teilnehmerin beteiligt. Ich gestaltet einen GTS Workshop beim SSR (StadtSchülerRat) in Darmstadt (auch mit Mia:-) und war Teilnehmerin am GTS Kongress in Mainz.

Als Vertreterin der LSV war ich noch auf dem 5. Bürgerkongress in Mainz, auf dem Progress in Bielefeld, an dem OpenOhr-Festival Stand in Mainz, und auf Treffen mit Vertretern des Ministeriums und der

LeherInnenfortbildung um die Seminarreihe für VerbindungslehrerInnen und SVen zu planen. Die Seminarreihe steht nun mit 5 Zentralen Orten fest und ich werde dort auch AGen halten. Das Sommercamp war zwar nicht mein Arbeitsbereich, aber ich konnte dem Sog des Sommers nicht standhalten und half eifrig bei der Planung und Durchführung. Über das Sommercamp des Vorjahres findet ihr übrigens einen tollen Artikel von Mia und mir im Lichtblick :-)

Wir haben auch gemeinsam die Änderung der Schulordnung kommentiert. Der Höhepunkt meiner LSV „Karriere“ ;) war wohl der Fernsehauftritt im SWR bei einer Diskussion über Schulkleidung!

Ich werde mich hiermit aus meinem Amt verabschieden :-( und die Zeit als normale LSV-Konsumentin genießen! Viel Spaß und Erfolg im nächsten Jahr! (Bei den Einarbeitungstagen bin ich natürlich noch da und auch an Risiko und den Seminaren usw. usf. bin ich anzutreffen) Adios!

## Mia Adrian

Hallo,

Mein Name ist Mia Adrian, ich bin 17 Jahre alt und gehe im Moment in die 12. Klasse der Integrierten Gesamtschule Mutterstadt. Auf der 39. LSK wurde ich in den Landesvorstand gewählt, in dem ich jetzt ziemlich genau ein Jahr LaVoMi bin.



Nachdem ich als SV- und LSV-Frischling letzten Herbst eingearbeitet wurde, habe ich mit den anderen zusammen in folgenden Bereichen gearbeitet:

## Sommercamp

Hauptsächlich habe ich mich in meiner Funktion als LaVoMi um die Organisation und Umsetzung, des Sommercamps '06, der LSVen RLP und Hessen gekümmert. Neben zahlreichen Treffen mit dem Organisationsteam, an denen wir Campingplatz, Finanzen, Programm und ähnliches beschlossen haben, war ich für die Gestaltung des Plakates und die Kreativworkshops vor Ort zuständig.

Im „Lichtblick“ könnt ihr außerdem einen Artikel von Marie und mir vom Sommercamp '05 finden.

## Basis und Struktur

Außer der 39. LSK gab es natürlich eine 40. (Jubiläum!!!) und die 41. (jetzt), für welche ich bei der Organisation und Umsetzung beigetragen und erste Programmentwürfe verfasst habe.

Für den kommenden Rheinland-Pfälzischen SchülerInnenkongress im nächsten März (Risiko 07) werde ich noch über die Arbeit als LaVoMi hinaus im Organisationsteam für das Programm und das Werbedesign zuständig sein.

In meinem zuständigen RAK 8 fand ein Seminar statt und wenige Treffen. Für eine geplante Homepage habe ich mögliche Gestaltungen und eine Struktur entworfen und Ergebnisse aus dem RAK-Wochenende digitalisiert. Leider ist unser Regionaler Arbeitskreis im Laufe der Zeit ziemlich eingeschlafen und brauch jemanden, der ihn wieder zum Leben erweckt.

Auf dem „OpenOhr-Festival 06“ in Mainz betreute ich mit anderen zusammen einen Stand der LSV.

In den im Oktober und November stattfindenden SchülerInnenvertretungs- und VerbindungslehrerInnenseminar werde ich AGen halten.

Der Bereich Ganzttagsschule ist im Laufe des Jahres leider zu kurz gekommen. Die geplante Umfrage für Ganzttagsschulen (GT-Sen) hat es über die Fertigstellung des Fragebogens nicht hinausgeschafft und so hast du, egal ob du an einer GTS bist oder nicht, diesen leider nie zu Gesicht bekommen. Gemeinsam mit Marie habe ich beim Stadtschülerrat (SSR) einen Workshop zum Thema „Ganzttagsschule“ gehalten. Parallel zur LSV habe ich das von der „Serviceagentur ganztätig lernen“ veranstaltete Seminar für die „Mobile Zukunftswerkstadt“ (kurz: mobiZ) besucht und mich dort zu einer so genannten „mobiZ-Pilotin“ (also jemand, der eine mobiZ durchführt) ausbilden lassen. Überdies hinaus nahm ich an einer Moderatorenausbildung für die mobiZ-Piloten/innen teil.

Über die Faschingstage besuchte ich den „Bundesarbeitskreis – Schüler gestalten Schule (BAK-SGS)“ zum Thema „Außer-schulische Kooperationspartner“ in Wetzlar.

Ansonsten bin ich dem alltäglichen LaVoMi-Dasein nachgegangen: Monatliche Landesvorstandssitzungen, Einarbeitungstage oder eine dreitägige LaVo-Klausur im Frühling. Letzten Winter setzte ich mich zusammen mit anderen aus dem Vorstand mit unserer Bildungsministerin Doris Ahnen in einem Gespräch auseinander.

Auf dem Professionalisierungskongress (progress) letzten Dezember in Bielefeld, haben wir uns mit LSVen anderer Bundesländer ausgetauscht, neue Kontakte geknüpft und wie ich beispielsweise ein Seminar über „Lobbying“ oder einen Vortrag über „Kooperation von Jugendarbeit und Schule“ besucht.

Zusammen mit den anderen LaVoMis setzte ich mich mit unserer Bildungsministerin Doris Ahnen in einem Gespräch auseinander, zudem es ein passendes Protokoll gab. Um Änderungsvorschläge für die neuste aber damals noch nicht beschlossene Version der Schulordnung zu machen, arbeiteten Eric, Marie und ich die Synopsis der Schulordnung durch.

Letzten Winter fand außerdem ein LSV-Ehemaligentreffen statt, zu dem ich wohl auch bald als Gast gehen werde ;).

Das war's eigentlich auch schon. Zufrieden kann ich sagen, dass ich ein tolles Jahr hinter mir liegen habe. Ich habe in dieser Zeit unheimlich viel gelernt, was man in der Schule selbst nicht finden kann: von Rhetorik über Schulkritik, Lobby-Arbeit und, und, und. Noch dazu habe ich eine Menge netter Leute aus ganz Deutschland und vor allem aus RLP kennen gelernt. Ein ganz dicker DANK geht auch an unsre zwei weltbesten GFs, Don und Charlet, die es sicher nicht immer einfach mit uns hatten.

Ich hoffe doch, dass es für das nächste Jahr, viele engagierte Menschen aufstellen werden, denn Schule ist noch lange nicht so wie wir sie uns wünschen. Es gibt viel zu tun!

## Sophia Zimmermann

Ein liebes Hallo an euch alle!

Für die, die nicht wissen wer ich bin, ein paar kurze Infos:

Ich heiße Sophia Zimmermann, bin 18 Jahre alt und komme aus RAK2.



Ich wurde auf der 39. LSK in Koblenz in den Landesvorstand gewählt. Vorher war ich mit der LSV in keinerlei Kontakt. Alles kam sehr

überraschend, plötzlich und gewaltig auf mich zu. Unglaublich wie schnell das Jahr zu Ende gegangen ist, denn jetzt ist auch für mich die Zeit gekommen meinen Rechenschaftsbericht zu schreiben.

Als erstes möchte ich sagen: trotz schlechterer Schulnoten und chronischer Freitag-Abwesenheit in der Schule war es ein TOLLES Jahr! Ich glaube, dass ich stets versucht habe meine Arbeit so gut wie möglich zu machen und hoffe, dass es genau so oft hingehauen hat. Eines der Referate zu übernehmen habe ich mich damals nicht getraut, da ich ja noch absolut neu war.

Ich versuche gar nicht erst mein Jahr nach Terminen zu ordnen, denn wie ich jetzt beim Brainstorming gemerkt habe, ist doch einiges zusammen gekommen.

Ich weiß, dass es mit den Einarbeitungstagen in Mainz anfang, bei denen ich auch teilgenommen habe. Bis auf einmal, war ich bei allen LaVoSis anwesend. Den Kontakt zu den anderen LaVoMis habe ich das ganze Jahr über durchgehend, auch privat gehalten, um immer auf dem neusten Stand der Dinge zu sein und ein gutes Klima zum Arbeiten zu haben. Auch die unendlich vielen Mails die über den Verteiler kamen hab ich gelesen und beantwortet. Ich war auf der LA-Sitzung und den LaVo-Klausur-Tagen in Odenheim, auf denen wir viel gearbeitet haben.

Mit anderen LSV-Menschen zusammen war ich bei „Progress“ in Bielefeld. Auch wenn es nicht zu meinem direkten Aufgabenbereich gehört hat, habe ich viel Kontakt zu anderen LSVen gehabt; Progress war dafür die perfekte Gelegenheit. Somit war ich dann auf dem LSR in Hessen und habe den Kontakt zu Bayern und Hamburg rege gehalten.

Ich war für den Bereich Merchending zuständig und dabei raus gekommen sind die neuen Feuerzeuge und Kulis.

Da RAK2 schon seit langer Zeit tot ist, habe ich mich bemüht ihn wieder zum Leben zu erwecken und habe ein Treffen organisiert.

Leider hatte es nicht den Erfolg, den ich mir gewünscht hatte. Ich werde weiter daran arbeiten, auch wenn ich kein LaVoMi mehr sein werde.

Ebenso war ich zuständig für RAK 3. Ich war auf drei Treffen im letzten Jahr, war bei der Aktion „Rock im RAK“ anwesend und war Ansprechpartnerin für Fragen.

Desweiteren war ich bei der Zeugnisaktion in Koblenz dabei und habe dabei geholfen viele Zeugnisse in die Luft steigen zu lassen. Mit anderen LaVoMIs war ich in Hessen Erbach und besuchte das „Power to the people Seminar“, um mich im Bereich Rhetorik schulen zu lassen.

Ich war bei beiden Ahnen Gesprächen dabei und hab beim zweiten auch ganz viel mit ihr geredet und ihr Kulis geschenkt :-)  
Ebenso erschien ich zusammen mit Anke und Benni als Vertreterin der LSV beim Neujahrsempfang von Kurt Beck. Und wenn irgendwer weiß, wie der Wein Nr.6 wirklich hieß: bitte, bitte melden!

Kurz nach Weihnachten war ich auf dem LSV-Ehemaligen Treffen in unserer LGS. Am nächsten Tag hatte mein Bruder Geburtstag und es war sehr anstrengend den ganzen Tag immer noch total rest-trunken durchzustehen ...

Für die 40. LSK in Mainz habe ich für den Reader Texten mitgeschrieben und zusammen mit einem Referenten eine AG gehalten und beim Auf- und Abbau fleißig mitgeholfen. An der LSK haben wir einen Einsteiger-Lavo gewählt. Ein Mitglied davon habe ich betreut.

In meinem Arbeitsbereich lag auch die Ganztagschule. Ich bin regelmäßig zu den Treffen des Bundesarbeitskreises (BAK) „Schüler gestalten Schule“ gefahren. Mit dem (BAK) war ich bei „Prora06“ und war beim Ganztagschulkongress in Berlin. Auch nach meiner Zeit als LaVoMi werde ich weiter die Treffen des BAKs besuchen und bezüglich Ganztagschulen weiter arbeiten.

In Neuwied habe ich an einer Waldorfschule ein SV-Seminar gehalten und zum Sommer hin habe ich zusammen mit dem Orga-Team das Sommercamp organisiert. Dies hat sehr viel Zeit in Anspruch genommen, aber verdammt viel Spaß gemacht!

Ich war, außer einmal, bei jedem Treffen dabei und habe auf dem Camp noch aktiv mitgearbeitet, Tagesverantwortlichkeiten übernommen und selber Workshops geleitet. So, ich glaube das ist alles was mir eingefallen ist.

Ich habe eine Menge tolle Menschen in der Zeit kennen gelernt. Viele von ihnen will ich nicht mehr missen müssen und hoffe wir bleiben alle noch weiter in Kontakt. Tja, und jetzt kommt das Abitur auf mich zu und die Schulzeit geht dem Ende zu. Ich hoffe das irgendwann mehr Schülis Gehör für unsere Arbeit haben und es zu schätzen zu wissen. Und irgendwann wird die Schule so sein, wie wir sie wollen. Ich glaube fest daran.....

Danke für die schöne und lehrreiche Zeit!

Und P.S : „Do you know the funky chicken?“

Die fehlenden LaVo-Rechenschaftsberichte von:

**Anke Loser**  
**David Reichert**  
**Frank Eymann**  
**Lisa Deipenbrock**  
**Patrick Zwiernik**

werden voraussichtlich auf der LSK vorliegen, bzw. mündlich gehalten werden.

## Bundesebene:

zur Bundesebene werden 4 Menschen delegiert, in Analogie zum alten BSV-Modell, dass zwei Delegierte und zwei StellvertreterInnen vorsah.

## Benjamin Judith

Liebe LSV-Aktiven,

wieder endet ein erfolgreiches Jahr für die LandesschülerInnenvertretung; meine Zeit in ihr neigt sich dem Ende zu und nach zwei Jahren LSV-Arbeit fällt es mir wahrlich nicht leicht den Hut zu nehmen.

War es für mich sehr einfach im Jahr 2004/05 viel Zeit und Mühe in die LSV zu stecken, so blieb mir letztes Jahr dieses Glück vergönnt.

Nur noch vereinzelt traf man mich auf der LSV-Bühne. Schon bei meinem Antritt als Bundesdelegierter warnte ich, nicht mehr den Aufwand betreiben zu können, wie man ihn wohl in der Vergangenheit von mir gewohnt war. Im Endeffekt kam es noch schlimmer! Zuerst musste ich mich dem Druck des Abiturs beugen, später war es mein Arbeitgeber – ich genoss keine „Ferien“ nach dem Abitur – der mir einen Strich durch meine Rechnung machte. Mein Versprechen, nach dem Abitur wieder aktiver zu werden, konnte ich deswegen leider nicht einhalten.

Es würde mich freuen, an dieser Stelle wieder eine lange Auflistung von Arbeitstreffen, Sitzungen und Workshops anhängen zu können, leider fällt die Liste dieses Mal ziemlich kurz aus: Ich war für die LSV im vergangenen Jahr im Bundesarbeitskreis aktiv und lud zu einem Treffen des Regionalen Arbeitskreis VII ein. Weiter besuchte ich den „Pakt für die Jugend“ und ein Treffen der „Förderung von Jugendengagement in Sachsen-Anhalt, Corona Freistil“. Auch auf den Einarbeitungstagen des letzten LaVos war ich mit von der Partie. Die Landesvorstandssitzungen und Landesausschusssitzungen besuchte ich leider nur mangelhaft

vereinzelt. Letztes Wochenende half ich bei der Organisation vom GTS-Kongress in Berlin und zukünftig trage ich Sorge für die Pressearbeit bezüglich des rheinland-pfälzischen Kongress im Mai.

Zum Schluss möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei einigen Leuten zu bedanken. Ein ganz besonders herzlicher Dank gilt den beiden weltbesten Geschäftsführern, die fast göttlicher Natur immer über die LSV wachen, immer ein offenes Ohr besitzen und tolle „übernatürliche“ Arbeit leisten. Außerdem möchte ich mich beim LaVo und LA für ihre Arbeit und ihr Verständnis in Bezug auf meine eingeschränkte Arbeitsmöglichkeit bedanken. Auch den lieben Menschen bei der SJB, der DKJS, den anderen LSVen und allen, die ich vergessen habe, möchte ich meinen Dank aussprechen: Es war eine schöne, wenn auch gleichzeitig sehr arbeitsintensive Zeit.

Vielen Dank,

Benni

Der fehlende Bundesebenen-Rechenschaftsbericht von:

## Lisa Deipenbrock

wird voraussichtlich auf der LSK vorliegen, bzw. mündlich vorgetragen werden.

## Hannah Zimmermann

Hallo Ihr!

Ich bin Hannah, 17 Jahre alt, besuche die MSS 12 und gehe auf ein Inselgymnasium in der Nähe von Bad Honnef. Am 10.-12.03.06, also vor einem halben Jahr, habe ich meine zweite LSK besucht und mich als stellvertretende Länderratsdelegierte wählen lassen, mit dem Anspruch für erst mal ein halbes Jahr in die SV Arbeit auf Landes- und Bundesebene reinzuspinnern, da ich auch an meiner Schule sehr interessiert und engagiert die SV mitgestalte.

Aber nun erst mal ein paar persönliche Dinge über mich, bevor ich von meiner Arbeit in der LSV berichte.

Neben der LSV verbringe ich meine Zeit vor allem mit Musik, ich spiele Klavier, Gitarre (E- und Western) und Altflöte und gebe auch selber Unterricht. Mein Musikgeschmack ist relativ weit gefächert, von Klassik über kubanische Musik bis hin zu Metal, Rock, Ska, Drum&Bass und elektronischer Musik und ruhiger Filmmusik wie „Die Fabelhafte Welt der Amelie“. Wenn ich einmal am Wochenende nicht im Auftrag der LSV unterwegs bin, gehe ich gerne mit Freunden nach Bonn in eine gemütliche Hippiekneipe, suche Antiquare auf um in alten Büchern schmökern zu können, klimpere im Musicstore in Köln auf den Gitarrenseiten und beobachte die Menschen, während ich in einem Café sitze. Außerdem reise ich sehr gerne durch Deutschland, schaue mir Städte an, besuche Freunde und genieße den verlockenden Duft von Freiheit. (Ich komme nämlich aus einem Kuhdorf im Westerwald, wo es kaum öffentliche Verkehrsmittel gibt und der nächste Bahnhof 25 km entfernt liegt, man also folglich in seiner Freiheit sehr beschränkt ist!!) Ach ja und jetzt bin ich an unserer Schule im Schülersprechteam und freue mich sehr auf die kommende Arbeit und werde versuchen sehr aktiv etwas zu verändern und zu verbessern!

Nun aber zu meiner LSV Arbeit:

Als stellvertretende Länderratsdelegierte war es meine Aufgabe die bundesweiten Treffen der BSK zu besuchen und dort (da wir nur einen Gaststatus haben, also kein Stimmrecht) Entscheidungsprozesse mitzugestalten und bildungspolitische Positionen zu formulieren.

In meiner Amtszeit hat eine BSK am 07.-09.04.06 stattgefunden, die ich auch besuchte. An diesem Wochenende wäre meine zweite BSK, doch ich habe mich entschieden hier auf der LSK anwesend zu sein. Ich habe auf dieser einen BSK in Mannheim jedoch einen sehr guten Einblick in die Struktur der bundesweiten Schülerkonferenz bekommen und dann auch die Kritik und die vie-

len Diskussionen über nötige Veränderungen und einen möglichen Beitritt viel besser verstehen können und das Geschehen interessiert verfolgt und bin nun sehr gespannt welchen Beschluss wir zum Thema BSK Beitritt auf der jetzigen LSK fassen werden.

Da auf Bundesebene, außer einem Treffen weniger Bundesdelegierter, die auch auf der 40. LSK anwesend waren, nicht viel mehr war, habe ich versucht so gut wie alle LaVoSis zu besuchen um auch einen Einblick in die Arbeit des Landesvorstands zu bekommen und war auch auf der LaVo-Klausur in Odernheim. Zur Unterstützung des LaVos habe ich mich mit zwei weiteren LaVoMis mit dem Thema Suchtprävention auseinandergesetzt und dazu eine Position formuliert, die nun fertiggestellt ist.

Ich habe zwei Seminare besucht, die mich als MobiZ-Pilotin ausgebildet haben, denn das Thema Ganztagschule hat mich interessiert und ich habe dort einiges über Moderation, Rhetorik, Projektmanagement und vieles andere lernen können. (Falls ihr mehr über MobiZ wissen wollt, spricht mich an oder schaut auf der Internetseite [www.ganztageig-lernen.org](http://www.ganztageig-lernen.org) nach)

Ich habe außerdem eine Mitgliederversammlung des SV-Bildungswerkes besucht, bei der leider nur sehr wenige anwesend waren.

In der Seminarreihe für VertrauenslehrerInnen bin ich beteiligt und werde selber in einem Seminar eine AG halten.

Da mich das Thema Vernetzung von StudentInnen und SchülerInnen angesprochen hat und ich mehr machen wollte, als nur die wenigen Treffen auf Bundesebene zu besuchen, habe ich auf der LaVo-Klausur entschlossen, Kontakt mit dem FZS aufzunehmen, was mir zunächst nicht gelang. Auf dem Sommercamp der LSV ergab sich jedoch endlich eine Begegnung mit StudentInnen, denn in einem Arbeitskreis mit eben dem Thema Vernetzung gelang es, gemeinsam einen Flyer zur Aufklärung über Studiengebühren, Sozialabbau, Lehrstellen-

mangel etc. zu gestalten, ein erster Schritt in die gemeinsame Arbeit. Das Campus Camp der hessischen Studenten in Darmstadt nahm ich dann als Anlass diese Vernetzung weiterzuführen, Einblick in die Gestaltung der Protestkulturtag zu bekommen, und außerdem Kontakte zu Vertretern der Asten zu knüpfen. Hier entdeckte ich dann auch wieder eine Möglichkeit mich bundesweit zu engagieren und auf einer anderen Ebene, nicht BSK, die LSV Rheinland-Pfalz zu vertreten.

Da ich ja als Quereinsteigerin nur ein halbes Jahr die Möglichkeit hatte in der LSV mitzuwirken und mir diese Zeit viel zu kurz schien und ich die Möglichkeiten mich einzubringen, zu engagieren und etwas zu verändern noch viel mehr ausschöpfen möchte, würde ich gerne nun für ein Jahr in den Landesvorstand gehen und hoffe darauf, von euch entlastet zu werden.

Auf jeden Fall bin ich sehr dankbar für dieses halbe Jahr in der LSV, denn ich habe das Gefühl mich sehr stark weiterentwickelt zu haben, habe viel mehr und konkreter als in der Schule Lebenserfahrung sammeln können und konnte immer wieder auf neue nette Menschen treffen!! Auch wenn es oft sehr stressig für mich war aufgrund meines abgelegenen Wohnortes (Asbach!!!) die verschiedenen Veranstaltungen zu besuchen, habe ich es meist schaffen können und es nicht bereuen müssen, mich auf die „Strapazen“ der Anreise einzulassen!

Ich kann die Arbeit in der LSV jedem empfehlen und hoffe sehr darauf auch dieses Jahr die Möglichkeit zu bekommen aktiv zu werden!

## Simon Faller

Hallo!

Ich bin der Simon, 19 Jahre alt und gehe in Mainz in die zwölfte Klasse des Schlossgymnasiums.

Ich wurde am 10. März diesen Jahres zum stellvertretenden Bundesdelegierten gewählt. Zu meiner Schande muss ich gestehen, dass ich auf Bundesebene nicht sonderlich aktiv war. Zum einen lag das daran, dass ich nun mal nur Stellvertreter war, zum anderen daran, dass ich von vielen Terminen nichts mitgekriegt habe. Versäumnisse von meiner Seite räume ich dabei natürlich ein.

Als Ausgleich habe ich aber den LaVo in seiner Alltagsarbeit unterstützt, in den letzten Monaten öfters mit den hessischen Studis zusammengearbeitet und ein bisschen was für meinen RAK getan.

Ein kleiner Auszug aus meinem Terminkalender:

- 2.12.05 Demo gegen Rassismus in Mainz
- 5.12.05 Tag der Bildung GEW
- 11.12.05 LA-Sitzung
- 12.5.06 RAK 5 Treffen
- 2.6.-5.6.06 Open Ohr
- 17.8.-23.8.06 Sommercamp
- 25.8.06 ABS (Aktionsbündnis gegen Studiengebühren) Treffen in Frankfurt
- 2.9.-3.9.06 Protest Camping (Vernetzung mit hessischen Studies) in Darmstadt
- 12.9.06 Protestkulturtag in Wiesbaden

sowie diverse LaVoSis, alle Sitzungen vom Stadtschülerrat (SSR) Mainz und ein Gesprächstermin mit Bildungsministerin Ahnen. Außerdem habe ich als Lichtblickredakteur zusammen mit Max, Eric und Jan den Lichtblick herausgebracht.

viele Grüße,  
Simon



# Reader



## Wie Bildung zur Ware wird

Von David Hachfeld

18. Juni 2002, Düsseldorf: 30.000 Studierende aus ganz Nordrhein-Westfalen protestieren gegen die Landesregierung, sie durchbrechen die Bannmeile und blockieren den Landtag. Einigen gelingt es sogar, in das Gebäude einzudringen, in dem das Landesparlament über die Einführung von Studiengebühren diskutiert. Doch scheint der Kampf gegen die drohenden Gebühren nur ein Teil ihres Protests zu sein: auf ihren Transparenten stehen nicht nur Slogans gegen Studiengebühren, sondern auch: „Bildung ist keine Ware“, „Wir sind keine Konsumenten“ und „Stoppt GATS“.

Bildung als Ware? Studenten als Konsumenten? Was soll das heißen? Wie kommt man überhaupt darauf, dass Bildung eine Handelsware, ein käufliches Produkt sein könnte? Doch die Demonstranten wissen, warum sie diese Forderungen auf ihre Plakate geschrieben haben. Was auf den ersten Blick absurd klingen mag, ist längst Realität. Bildung ist zu einer Ware geworden, mit deren Vertrieb viel Geld verdient wird. Um das zu verstehen, lohnt es sich, die Entwicklungen



der letzten 20 Jahre genauer unter die Lupe zu nehmen.

### Rückblick

Die Transformation des öffentlichen Bildungswesen in einen auf Profit ausgerichteten

Dienstleistungssektor beginnt im Großbritannien der 80er Jahre: mit der Wahl Margaret Thatchers zur Premierministerin erfährt der Bildungssektor wie auch alle anderen Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge eine radikale Neuausrichtung nach neoliberalen Muster. Am stärksten treten diese Veränderungen im Hochschulbereich in Erscheinung. Thatcher sorgt dafür, dass die öffentliche Finanzierung der Universitäten drastisch runtergefahren wird. Gleichzeitig erhöhen sich die Studiengebühren ausländischer Studenten: sie sollen sich künftig an der Marktlage orientieren, jedoch mindestens die Gesamtkosten des jeweiligen Studienplatzes abdecken. Ausländische Studenten entwickeln sich so zu einer Einnahmequelle für die durch massive Kürzungen belasteten Bildungseinrichtungen. In den folgenden Jahren verstärkt sich insbesondere durch die Vereinheitlichung des Hochschulwesens der Kampf der einzelnen Einrichtungen um „Marktanteile“. Mit ausgefeilten Werbekampagnen und Rekrutierungsbüros in den Hauptherkunftsländern wird um die Kunden gerungen. Die Hochschulen werden gezwungen, sich stärker an Managementkriterien zu orientieren und auch das Vokabular verändert sich: die Ausbildung soll vor allem effizient sein, die Kosten, die das Studium eines Studenten verursacht, werden in der unternehmerischen Sprache zu „Stückkosten“, die es zu reduzieren gilt, und das Profil der Bildungseinrichtungen soll stärker vom Markt und den möglichen Gewinnchancen bestimmt werden. Genauso wie Studierende Kunden werden, werden die Hochschulen marktförmige Unternehmen.

### Dimensionen

In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der in Großbritannien studierenden Ausländer mehr als verdreifacht, in Australien war der Zuwachs noch stärker. Dort machen die Studiengebühren ausländischer Studierender inzwischen durchschnittlich 7% der Universitätshaushalte aus, in manchen Einrichtungen liegt dieser Anteil sogar bei einem Drittel. Bildung ist in dem südpazifischen Land mit einem Umfang von 3,15 Mrd. \$ (etwa 1,79 Mrd. Euro, Stand 1998/99) inzwi-

schen der achtgrößte Exportsektor, denn das profitorientierte Angebot für ausländische Studierende gilt als Export.

Der Bildungsexport beschränkt sich jedoch nicht auf Menschen, die im Ausland studieren. Vor allem in den letzten Jahren haben Bildungsanbieter angefangen, ihr Angebot kommerziell direkt im Ausland anzubieten. Ein großer Teil dieser Exporte findet über das Internet statt. So bietet beispielsweise die University of Southern Queensland einen Teil ihres Angebots auch als Fernstudium an. Daneben gibt es eine ganze Reihe von Anbietern, die ausschließlich Fernprogramme anbieten. So kauft die Cardean University, die von der börsennotierten U.Next.com betrieben wird, Studienprogramme von renommierten Universitäten und bietet diese dann gewinnbringend über das Internet an. Cardean University existiert also nur virtuell als Bildungszwischenhändler.



Studiengänge werden inzwischen auch direkt im Ausland als sogenannte „offshore“-Programme angeboten. Einige Hochschulen eröffnen Filialen in anderen Ländern (Branch-Campus). So betreiben beispielsweise das Royal Melbourne Institute of Technology (RMIT) einen Campus in Malaysia und die RWTH Aachen einen in Thailand, um damit die Zahl ihrer zahlenden Studierende zu erhöhen, also ihren Marktanteil zu erhöhen.

Eine häufiger gewählte Form des „offshore“-Angebots ist das Franchising. Dabei bietet eine lokale Universität einen Studiengang unter dem Namen einer ausländischen Universität an, die dafür einen Teil der Studiengebühren bekommt.

Dieser knappe Abriss über einige Formen des Bildungshandels macht deutlich, dass

Bildung längst zu einer Ware geworden ist, mit deren Vertrieb viel Geld verdient wird. Trotzdem sind die Entwicklungen der letzten Jahre in den Augen der Bildungsexporteur nur der Anfang einer grundlegenden Umgestaltung des Bildungswesens und der Schaffung eines Bildungs-Weltmarkts. Bisher konzentrieren sich die Exporte auf den Hochschul- und den Weiterbildungsbereich, Absatzmarkt ist vor allem Süd-Ost Asien.

Der Gesamtumsatz der exportierten höheren Bildung belief sich 1995 auf 27 Mrd. US\$. Die weltweiten Bildungsausgaben werden jedoch auf über 2 Billionen US\$ jährlich geschätzt, wobei der bei weitem überwiegende Teil dieser Dienstleistungen bisher öffentlich organisiert und damit nicht auf Profitmaximierung ausgerichtet ist. Von der Umgestaltung des gesamten Bildungswesens nach marktwirtschaftlichen Kriterien versprechen sich Bildungsanbieter und Kapitalanlagefirmen hohe Profite. Das große Interesse an der Kommerzialisierung und Liberalisierung des Bildungssektors erklärt sich genau dadurch: wenn Bildung zur Ware gemacht wird und weltweit gehandelt werden kann, dann lässt sich damit auch Geld verdienen, und zwar nicht gerade wenig.

#### Das GATS-Abkommen als Druckmittel

Ein Mittel, um diese Kommerzialisierung voranzutreiben, ist das GATS (General Agreement on Trade in Services). Dieses Abkommen der Welthandelsorganisation WTO soll den Handel mit Dienstleistungen weltweit liberalisieren und handelsbehindernde Regulierungen abbauen. Zur Zeit wird das GATS neu verhandelt. Konzentrierte es sich bisher auf Dienstleistungssektoren, die vorwiegend in privater Hand sind, so geht es nun um die Einbeziehung von bisher vorwiegend staatlich geleisteten Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung.

Wird Bildung dem GATS unterstellt, so beginnt in diesem Bereich der Wettbewerb unter den verschiedenen Anbietern. Das Prinzip der Marktöffnung sorgt dafür, dass jeder Bildungsanbieter unbeschränkt seine Dienstleistungen auf den Markt bringen

und Tochterunternehmen oder Filialen in anderen Ländern gründen kann. Das Prinzip, dass alle Unternehmen, inländische wie ausländische, gleichgestellt werden müssen, sorgt dafür, dass staatliche Zuschüsse nur noch dann möglich sind, wenn sie jeder Anbieter bekommt, egal ob transnationaler Bildungskonzern oder Dorfschule. Bildungseinrichtungen, die nicht auf Profit ausgelegt sind, wird es dann kaum noch geben.

### Situation in Deutschland

Die Kommerzialisierung des Bildungswesens ist in Deutschland noch nicht sehr weit fortgeschritten. Zwar gibt es inzwischen eine ganze Reihe von kommerziellen Anbietern wie zum Beispiel die GISMA in Hannover, eine Tochter der Krannert Graduate School of Management der Purdue University, doch führen diese bisher eher ein Nischendasein.

In einer Studie des konzernnahen Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) werden dafür vor allem zwei Gründe genannt: das öffentliche Bildungswesen ist qualitativ und quantitativ zu gut ausgebaut und bietet kaum Lücken oder Engpässe, in die ein privater Anbieter vordringen könnte. Der zweite Grund ist die immer noch nicht vollständig abgeschaffte Gebührenfreiheit des Studiums in Deutschland. Würde das GATS für den Bildungssektor uneingeschränkt gelten, würde sich das schnell ändern. Eine kostenloses, qualitativ hochwertiges Studium würden es dann nicht mehr geben.

### Doch was passiert, wenn Bildung zur Ware wird?

Mit der Umgestaltung des Bildungswesens nach marktwirtschaftlichen Kriterien hat sich auch der Bildungsbegriff verändert. Galt Bildung im 19. und 20. Jahrhundert - zumindest der Idee nach - als grundlegendes Menschen- und Bürgerrecht und als Bedingung der persönlichen Entfaltung des Einzelnen, so wird heute ein anderer, der neoliberalen Ideologie entsprechender Bildungsbegriff propagiert: Bildung als

Investition. Dieser Ideologie folgend muss jeder Mensch selbst bestimmen, wie viel Geld er in seine Ausbildung oder in die seiner Kinder investieren



will. Je mehr investiert wird, so wird suggeriert, um so mehr wird man später durch eine höhere Berufsstellung und ein entsprechend größeres Einkommen herausbekommen. Am weitesten fortgeschritten ist diese Vorstellung von Bildung wohl in den USA. Wer es sich leisten kann, richtet bei der Geburt seiner Kinder Sparprogramme ein, wie z.B. das Coverdell Education Savings Account (ESA). Jährlich wird eine Summe von bis zu 2.000 US\$ eingezahlt, die dann für die Ausbildungskosten zur Verfügung stehen. Der Großteil der amerikanischen Studierenden muss das Studium jedoch über Kredite finanzieren. Steigende Studiengebühren haben inzwischen dazu geführt, dass ein Collegeabschluss für viele Familien mit geringem Einkommen praktisch unbezahlbar geworden und auch ein wachsender Teil der Mittelschicht in den Sog der Verschuldung geraten ist. Der Druck auf die Studierenden, ihr Studienfach vor allem nach den späteren Verdienstmöglichkeiten auszuwählen, ist daher enorm, schließlich muss sich die Investition ja lohnen.

Der Ideologie, die Bildung als eine käufliche Ware und als Investition versteht, liegt ein sehr beschränktes und problematisches Menschenbild zugrunde: der Mensch als homo oeconomicus, dessen Ziel es ist, mehr zu bekommen: mehr Geld, mehr Profit, mehr Lohn. Der Mensch wird hauptsächlich in seiner Funktion als egoistisches Wirtschaftssubjekt gesehen. Doch einen solchen Menschen gibt es zum Glück nicht. Eine Ideologie, die dennoch versucht, einen Menschen auf diese Eigenschaften zu reduzieren, ist gefährlich, ein Bildungssystem, das dieser Logik folgt, dient nicht den Menschen, sondern der Profitmaximierung.

Wenn Bildung keine Ware, sondern ein elementares Menschenrecht sein soll, zu dem jeder Mensch gleichberechtigten und

freien Zugang hat, ist es allerhöchste Zeit, aktiv zu werden. Dies gilt jedoch nicht nur für SchülerInnen und Studierende, sondern für alle, die nicht in einer Welt leben wollen, die für einen Menschen geschaffen ist, den es nicht gibt.

### **Bildung ist ein Menschenrecht, keine Ware!**

Quelle:

<http://www.attac.de/gats/hintergrund/bildung.php>

## **Bildung – ein Wert an sich?**

Die aktuelle Analyse des Sozialreferats, No. 5

Studierende und andere kritische Bürger, die sich Gedanken über die derzeitige Politik im universitären Ausbildungswesen machen, warnen regelmäßig: Die Bildung darf nicht den Bach runter gehen. Studierende verleihen diesem Anliegen Nachdruck, in dem sie Papp-Särge, die die Bildung repräsentieren durch die Gegend schleppen oder bei Minusgraden ins kalte Nass springen, was eine Metapher für „Die Bildung geht baden“ sein soll. Wenn man bereit ist, eine Erkältung in Kauf zu nehmen, dann muss der Gegenstand, für den man sich da so ins Zeug legt, etwas sehr Bedeutsames sein. Ein Grund, sich anzuschauen, ob die Vorstellung der Bildungsfans was taugt.

In einem muss man den Studierenden und ihren kritischen Mitbürgern durchaus recht geben: Das universitäre Ausbildungswesen erfährt seit einiger Zeit eine Umstrukturierung, die man unter dem Oberbegriff der Neusortierung und Effektivierung der Eliten zusammenfassen kann: Studiengebühren sollen den Studierenden Beine machen bzw. vor dem Studium abschrecken,

Juniorprofessuren machen wiederum ihren Lehrern Beine und die Bedingungen zum Forschen, Lehren und Lernen werden durch Kürzungen erschwert. Vielmehr sollen die Wissenschaftler wirtschaftliche Drittmittel einwerben, um ihre Kosten abzudecken, was dann notwendig bedeutet, dass sich die Wissenschaftler direkt dem Kommando wirtschaftlicher Interessen unterordnen müssen, was aber im übrigen *nicht* heißt, dass die Unterordnung der Wissenschaft unter ökonomische Interessen vorher nicht bestand. Doch dazu unten mehr.

Die Reaktion der Bildungsfans auf diese Maßnahmen ist aber nicht geprägt von analytischem Vorgehen über die Ursachen der Maßnahmen und den damit verbundenen Härten, sondern von emphatischer Parteinahme für „Die Bildung“. Es heißt da „Rettet die Bildung!“ oder „Gegen Bildungsklau!“ oder „Für den Erhalt von dem xyz-Fachbereich“ oder man kombiniert alles und garniert das Ganze dem Rekurs auf das „Humboldtsche Bildungsideal“. All diesen Vorstellungen ist gemein, dass Bildung so etwas *wie einen Wert an sich* darstellt, der bei den ganzen Maßnahmen wohl ziemlichen Schaden nimmt.

Beliebt ist in letzter Zeit auch die Parole „Bildung ist keine Ware“ sowie ähnliche sich gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung wendende Formulierungen. Auch hier ist die Vorstellung unterwegs, dass eine dem Gewinnstreben unterworfenen Bildung *einen Verderb* dieser bedeuten würde. Dieser Standpunkt pflegt eine arge Skepsis gegenüber dem Markt ... aber offenbar keine gegenüber dem Staat, wenn er das Bildungswesen organisiert. Doch auch dazu unten mehr.



**Zunächst sei klargestellt: Bildung ist ein Mittel – und sonst gar nichts!**

Das folgende scheint banal, ist aber zur Klärung der Bildungsfrage notwendig: Menschen sind vernunftbegabt, sie können sich freiwillig Zwecke setzen und die für den Zweck notwendigen Mittel beschaffen, sich derer bedienen, um dann den Zweck zu erreichen.

Beispiele: Jemand setzt sich den Zweck a) die Haare zu schneiden, b) zu rauchen, c) die Weltordnung nach den nationalen Interessen zu gestalten oder d) Deutschlands Stellung in der Welt voranzutreiben. Dazu werden dann die geeigneten Mittel gesucht: a) eine Haarschneidemaschine, b) Zigaretten oder ähnliches Rauchzeugs, c) z.B. ein Militär oder Diplomaten, deren Verhandlungsmasse meistens ersteres ist d) z.B. Schaffung finanzieller Spielräume im Staatshaushalt durch eine Agenda 2010.

Bildung ist auch nur ein Mittel zu einem Zweck. Beispiele: Jemand will den Schlauch seines Fahrrads reparieren, dann beginnt er/sie zu lernen, bildet sich darin, wie das geht und schwuppdiwupp fährt er/sie wieder durch die Gegend. Manchmal will jemand einem anderen Menschen mit einem schicken Essen imponieren, dann lernt er/sie eben, wie man beispielsweise einen Pizzateig macht und den dann belegt. Oder: Ein Mensch will jemandem, der sich woanders aufhält, eine Nachricht zukommen lassen und lernt dann schreiben, verschafft sich also Kenntnis des Alphabets. Oder man will, dass das nationale Militär dem Gegner besonders gut und effizient vernichtet, dann werden die Soldaten und Panzergrenadiere im Schießen besonders geschult.

*Immer wird Bildung, also das Verschaffen von Erkenntnissen über diverse Gegenstände durch andere oder eben autodidaktisch als Mittel für einen Zweck gebraucht.*

**Die Bildungsfans sehen das anders**

I.

Es muss zunächst unterschieden werden: Es gibt Bildungsfans, die *machen* Bildung

zum Mittel *ihres* Zwecks. Der Unterschied zu dem oben beschriebenen – der übrigens sehr wichtig ist, weil aus ihm einiges für die Organisation des Bildungswesens folgt! – ist den folgenden Zitaten auszumachen: „Zwischen Kindergarten und Hochschulabschluss entscheidet sich die Zukunft jedes Einzelnen. Nur wenn wir da erfolgreich sind, lassen sich die Zukunftschancen in einer Wissensgesellschaft nutzen und **die Wettbewerbsfähigkeit erhalten.** [...] **Deutschland stützt seine Wettbewerbsfähigkeit** auf das Wissen und Können der Menschen. Deshalb hat das Bundesbildungsministerium den Bildungssektor mit Zukunftsinvestitionen deutlich gestärkt.“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung „Wir beflügeln Visionäre“; Hervorhebungen Sozialreferat)

Besser und zynischer als die Vorsitzende der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft Eva-Maria Stange kann man das gar nicht ausdrücken, als sie einen Verbesserungsvorschlag für das Bildungswesen machte: *„Die Köpfe der Kinder und jungen Menschen sollten uns mindestens so viel wert sein wie der Straßenbau.“* („Kinderbetreuung jetzt ausbauen!“ GEW Presseerklärung 12.3.2004). *Bildung ist hier nicht Mittel, sich für einen Zweck Kenntnis zu verschaffen, sondern für das Fortkommen Deutschlands in der Staatenkonkurrenz. Da es sich bei Deutschland um eine Nation handelt, die den Zweck hat, auf ihrem Territorium kapitalistisch wirtschaften zu lassen (Geldvermehrung per Gewinnmaximierung als Zweck), hat das Folgen für die Organisation des Bildungswesens.* [1]





Erstens wird Bildung – meist nach einem Vergleich mit anderen Nationen, es geht ja darum, diesen Konkurrenten voraus zu sein – nach den nationalen Anforderungen für eine kapitalistische Bewirtschaftung organisiert, **und zwar als eine abhängige Variable davon!**

Und da stimmt der Vergleich mit dem Straßenbau, dass es kracht! Wo die meisten Autobahnen und gut gepflasterten Straßen hingebaut sind, da braucht man nicht lange nach rauchenden Schloten oder gläsernen Finanzinstituten zu schauen! Wo nur ein paar alte Einfamilienhäuser stehen und neben einigen Familien ein paar Hunde, Katzen und Hühner wohnen, da gehen die Stoßdämpfer der PKWs wegen des schlechten Kopfsteinpflasters regelmäßig schneller kaputt als die der Städter. Wobei – und das ist der Witz – nie genau gesagt werden kann, wo und wann es vernünftig ist, Straßen zu bauen, denn wo investiert wird, um einen Profit zu machen, *weiß man in einer Marktwirtschaft ja nicht*. Daher wird durchaus in der Regel an einer Stelle eine Straße gebaut, ohne dass klar ist, ob hier jemand investiert, quasi auch als *Bedingung* für kommende Investitionen. Oder es wird auf einem Landstrich investiert, ohne dass es Infrastruktur gibt, dann braucht es eine Weile, bis eine Straße steht (letzteres dürfte eher der Einzelfall sein).

So geht's auch im Bildungswesen. Ersteres schlägt dann – falls niemand die geschulte Arbeitskraft benötigt – in *Arbeitslosigkeit* um und letzteres *zum Beispiel* in einen Informatikermangel wie in den 1990er Jahren, der dann erst später behoben wird (gegebenenfalls durch Inderimport). Dann sind die IT-Firmen pleite gegangen und nun gibt's

eine Informatikerschwemme usw. usw. usw. Genau so funktioniert ein Bildungssektor, der wie der Straßenbau *als Variable nationaler Interessen* organisiert ist. Beschließt die jeweilige deutsche Regierung als nationales Interesse wie beispielsweise in den 60er Jahren, dass es einen Bildungsnotstand gibt, dann wird Bildungswerbung gemacht, finanzielle Anreize gegeben und zack war die Abiturientenquote von 10 auf 30% gestiegen, weil man der Ansicht war, dass es für Deutschlands Fortkommen mehr Akademiker braucht. Jetzt gerade wird der umgekehrte Schluss gemacht! Deutsche Politiker meinen, dass Deutschlands Fortkommen mit weniger oder zumindest wesentlich effektiveren (das heißt: schneller ausgebildeten) Akademikern zu bewerkstelligen ist und beschließen: Studiengebühren, Kürzungen im Bildungsbereich, Bachelor/Master...

Der Skandal an der Sache: Eine Straße hat keine Interessen und Bedürfnisse. [2]

## II.

*„Der wahre Zweck des Menschen [...] ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen [...] Jede als Selbstzweck betriebene Beschäftigung adelt Menschen“*  
Wilhelm von Humboldt

Dann gibt's aber noch jene Bildungsfans, die meinen, dass Bildung kein Mittel ist, sondern *selbst ein Zweck für sich*, ein Selbstzweck eben, für den es einzutreten gilt. Dabei müsste doch eigentlich auffallen, wie verrückt das eigentlich ist, wenn man „die Bildung“, ganz abstrakt ohne einen zugehörigen Zweck lobt, also das „*bilden wofür*“ fehlt. *Ein Mittel ist doch gerade abhängig von dem Zweck, es steht und fällt gerade mit diesem.*

Ein Beispiel: Jemand glaubt nicht, dass die Gesellschaftsvertragsmodelle von Hobbes, Locke, Rousseau und Kant Rechtfertigungen für Herrschaftstechniken wie Absolutismus, Aristokratie, konstitutionelle Monarchie und Demokratie sind. Das hat ihm eine olle Marxistin auf einer WG-Party gesagt. Um die Argumente zu prüfen, muss er sich zu den Gesellschaftsvertragsmodellen schulen lassen und bildet sich für den Zweck der Widerlegung der Marxistin in

der Universität. Käme der Gesellschaftsvertragsinteressierte nun zu einem Lob auf die Schulung in der Uni an sich? Wenn überhaupt, *dann nur über die Zweckerfüllung*, also den Erfolg, nämlich wenn er es schafft, die Marxistin zu widerlegen. Es wäre völlig widersinnig, durch die Gegend zu laufen und Schulungen zum Gesellschaftsvertrag zu loben. Da würde doch jeder fragen: *Wozu? oder anders: zu welchem Zweck* brauche ich das? Wäre Bildung nun ein Selbstzweck, müsste er sagen: Weil Du das brauchst. Und der Gesprächspartner wüsste so viel wie vorher. Aber dieser Mensch würde dann vernünftigerweise sagen: „um die Marxisten zu widerlegen“. Anders herum: Wenn der Zweck nicht erfüllt wird, man damit die Marxisten nicht widerlegen kann, dann käme der Gesellschaftsvertragsinteressierte erst gar nicht auf die Idee, die Bildung für die Kenntnis der Aufklärungsphilosophien zu loben, weil's nix taugt, jedenfalls nicht, um Marxisten zu widerlegen. Dann müsste er nämlich durch die Gegend ziehen und verkünden: „Schulungen zum Gesellschaftsvertrag sind, auch wenn sie Widersprüchen nicht Stand halten, eine gute Sache.“ So ein Käse!

Es lässt sich somit festhalten, dass Bildung als Zweck nicht geht, weil die Frage offen bleibt: „Wofür?“ und damit wiederum klar wird, dass es sich gar nicht um einen Zweck handeln kann, sondern höchstens um ein Mittel.

Aber manche Bildungsfans meinen dann, sich diesem Dilemma vermeintlich abhelfen zu können. Da heißt es dann, es gehe um die „*Persönlichkeitsentfaltung*“ des Menschen oder wie oben der Humboldt meinte, um die „*Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen*“. Damit wird das Problem im Prinzip nur verschoben, vielleicht sogar vervielfältigt. Denn es tun sich nämlich verdammt viele Fragen auf.



Persönlichkeitsentfaltung – weswegen oder wieder: Zu welchem Zweck? Was ist überhaupt eine Persönlichkeit? Wozu taugt die? Ist jemand, der das Alphabet nicht kennt, nur eine halbe Persönlichkeit? [3] Niemand, der sich bildet, etwas liest oder lernt, tut dies des Bildens, Lesens oder Lernens, sondern des Inhalts dieser Beschäftigungen wegen.

### Wieso machen die das?

Bleibt an der Stelle die Frage, wieso die unter II) Genannten auf solche Gedanken denn kommen? Gibt es vielleicht einen Anlass, dem sie sich gegenübersehen, dass sie diesen Fehler machen, also so etwas wie eine Fehlerquelle?

Das Ausbildungswesen ist *unabhängig von den gesellschaftlichen Zwecken organisiert*. Zwar sollen die ausgebildeten Resultate der ansässigen kapitalistischen Wirtschaft zugute kommen, aber über diesen Zweck selbst, Kapitalismus, nicht bestimmen, höchstens zustimmen. Besonders schön ist das am Beispiel der Universität zu illustrieren. Ihre Organisation wird in der deutschen Verfassung bestimmt.

*Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Art. 5 III Satz 1 Grundgesetz*

Der Staat organisiert die *Freiheit der Wissenschaft*, d.h. er setzt die in der Universität Beschäftigten von Lohnarbeit, also dem regelmäßigen Mittel, am gesellschaftlichen Reichtum zu partizipieren, frei, schreibt ihnen zunächst nicht vor, was sie zu erforschen haben. *Umgekehrt ist die Freiheit aber gleichzeitig auch die Unterordnung unter die gesellschaftlichen Prinzipien oder anders: Wer einen Freiraum von etwas gewährt, ins Werk setzt, bestimmt auch die Grenzen dieses Raums, bestimmt, wie weit dieser Raum reicht. Daraus folgt wie bereits angedeutet,*

dass die Wissenschaftler nicht über die Resultate ihrer Forschung also deren Verwendung bestimmen. [4]

Und es folgen zwei weitere wichtige Punkte. Erstens der Druck zur Konformität: Wer eine wissenschaftliche Karriere anstrebt, wird sich kaum mit Gegenständen auseinandersetzen, die unpopulär sind. Damit wird das, was Wissenschaft ausmacht, das planmäßige Streben nach Wahrheit und Erkenntnis über die materielle Wirklichkeit tendenziell durchgestrichen. Oder anders gesagt bzw. gefragt: Was ist, wenn eine richtige Erkenntnis nicht auf Interesse in der Gesellschaft stößt? Zweitens: Wer sich über wissenschaftlich spezifische Themen als Professor o.ä. hinaus äußert oder gar bestrebt ist, aus dem Freiraum Universität heraus zu agieren, wird zurechtgewiesen. Dann heißt es: Das wäre nicht von der Wissenschaftsfreiheit gedeckt bzw. der Wissenschaftler würde sich von der Wertfreiheit der Wissenschaft verabschieden. Ein Beispiel bietet die Freie Universität Berlin. Dort gibt es den Politikprofessor Peter Grottian und als dieser sich mit Mitteln der Universität kritisch zum sog. Bankenskandal äußerte, gab's gleich Mecker vom damaligen Uni-Präsidenten Peter Gaetgens mit den oben genannten Argumenten. Man muss sich das einmal vorstellen (mag man von Grottian halten was man will!): Da beschäftigt sich die Wissenschaft mit nichts weiter als der materiellen Wirklichkeit, aber mit den Erkenntnissen nach außen treten, ist verboten. Anders gesagt: Es wird einem Politikprofessor als solchem verboten, sich politisch zu äußern, wo er doch mit nichts anderem beschäftigt ist, als mit diesem Gegenstand. Die bürgerlichen Verhältnisse treiben da wirklich komische Blüten.

Von einem *affirmativen Standpunkt* zu dieser Organisation des Bildungswesens aus liegt es dann nämlich nahe, ein Verständnis von *Bildung als Selbstzweck* an den Tag zu legen. Denn wenn Bildung von dem gesellschaftlichen Zweck getrennt wird, dann *scheint* es so, als ob sie nur für sich selbst da wäre. Und die Leute, die diesem Skandal noch einen Sinn geben wollen, finden dann schöne Metaphern wie „Bildung als Persön-

lichkeitsentfaltung“ sei es nun von einem v. Humboldt oder von seinen Apologeten. Der eigentliche Zweck des Bildungswesens, nämlich ein Mittel des Vorankommens von Staat und Kapital zu sein, wird dann freilich schon mal übersehen.

Manche aus dem linken studentischen Spektrum meinen, dass es als eine Art Code strategisch ganz sinnvoll wäre, das Humboldtische Bildungsideal und die „Persönlichkeitsentfaltung“ ins Spiel zu bringen, wenn es um aktuelle Bildungspolitik geht. Als Argument wird dann vorgetragen, dass dahinter eine Art subversiver Gedanke steckt, den man eigentlich damit ausdrücken will. Nämlich der, dass man selbst seine Interessen bestimmen kann als „werdende Persönlichkeit“. Daraus leiten radikalere Leute dann eine „Bildung für alle – und zwar umsonst“ ab. So sympathisch all diese Gedanken auch erscheinen: Sie verkennen – mal abgehen von dem Idealismus (s. Fußnote 2) –, dass auch eine Bildung, die allen zugänglich wäre und die dann genutzt würde, keine Garantie für einen vollen Magen und ein Dach über dem Kopf bietet. Das Kapital und der Staat brauchen nur begrenzt Köpfe und Hände, sei es als Arbeiter oder als Elite. Also nix mit Interessensverfolgung oder gar mit garantiertem Erfolg.

Zum Abschluss daher eine Frage: Wäre es nach dem bis hierher Gesagten, nicht angebracht, anstatt nach der „Rettung der Bildung“ zu rufen, die Gründe ihrer derzeitigen Organisation zu analysieren, also die gesellschaftlichen Zwecke, um dann zu schauen, ob diese mit den eigenen Interessen übereingehen? Daraus dürfte sich jedenfalls ein anderer Schluss ziehen lassen, als sich Sorgen um „die Bildung“ zu machen...

Sozialreferat des AstA FU  
[www.sozialreferat.com](http://www.sozialreferat.com)

### Anmerkungen

[1] Eigentlich sind diese Leute also gar keine Fans von Bildung, sondern von Deutschland. Dieser Standpunkt soll hier aber aus folgendem Grund nicht unerwähnt bleiben: Leute von diesem Schlag tun, wo sie auftauchen, nämlich immer so, als wäre Bildung

ihr Zweck, wenn sie mehr „Investitionen in die Bildung“ fordern. In Wirklichkeit geht es aber, wie gesagt, um das Vaterland und sein Vorankommen.

[2] An dieser Stelle sei noch der Hauptzweck des Ausbildungswesens in der freien Welt genannt: Die Sortierung der Leute. Kapitalistische Staaten zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Eliten in Staat und Kapital einer Masse gegenüber stehen, über deren Arbeit sie das Kommando haben. Im Kapitalismus ist dabei, im Gegensatz zu vorbürgerlichen Gesellschaften wie Sklavenhalterordnung und Feudalgesellschaft, nicht von vornherein klar, wer Elite und wer Masse wird. Das Ausbildungswesen mit seiner Chancengleichheit (siehe ausführliche Klärung in Analyse No. 4 – <http://www.sozialreferat.com>) reproduziert das Verhältnis von Elite und Masse mittels *Selektion*, also den Ausschluss der Leute von höherer Bildung und damit auch von höheren Positionen. Anders gesagt: Ein Realschüler wird niemals ein Englischlehrer. Dazu bald auf der genannten Homepage den ausformulierten Vortrag des Sozialreferats „Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie des Ausbildungswesens“ lesen!

[3] Selbst diejenigen, die dann meinen, „Ich lese dies und das nur so für mich“ haben noch einen Zweck: Nämlich den der persönlichen Unterhaltung.

[4] Das führt dann immer zu so merkwürdigen wissenschaftsethischen Debatten, in denen Wissenschaftler jammern, dass sie Folgen ihres Tuns ja so gar nicht in Betracht gezogen haben, z.B. bei Waffen o.ä.

Bei Fragen und Kritik:  
[sozialreferat@astafu.de](mailto:sozialreferat@astafu.de)

Datum: 19. April 2004,  
last update: Apr 20, 2005  
10:52 am

Quelle:  
[http://www.astafu.de/inhalte/artikel/a\\_2004/bildung/](http://www.astafu.de/inhalte/artikel/a_2004/bildung/)



## Gute und schlechte Argumente gegen Studiengebühren

HOCHSCHULPOLITIK

03.02.2005

**Die Debatte um Studiengebühren wird von Befürworter- wie GegnerInnen oft mit eher schlechten Argumenten geführt. Die Online-Publikation UNiMUT aktuell an der Uni Heidelberg möchte keine Studiengebühren und hat nachgedacht, „welche Argumente fortschrittliche Menschen verwenden sollten und welche lieber nicht -- denn schlechte Argumente gibt es doch einige.“ *Studis Online* dokumentiert.**

### Schlechte Argumente

*„Wissen ist der einzige Rohstoff Deutschlands...“*

Das erste Problem dieses Arguments ist, dass es sich auf die platte Ökonomisierung von Bildung einlässt. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass der Wert von Fächern und, schlimmer noch, Inhalten an der durch sie realisierbaren Wertschöpfung gemessen wird. Auch mit wenig Mathematik ist schnell auszurechnen, welche Sorte Uni dabei herauskommt. Das zweite, vielleicht noch wesentlichere Problem: Das Argumentationsmuster des von allen Seiten bedrohten Deutschlands, dessen

BürgerInnen Einschnitte hinnehmen müssen, um es vor dem sicheren Untergang zu bewahren, ist nicht nur hochreaktionär und faktisch absurd, sondern konstruiert auch noch andere Staaten als Bedrohung. Hatten wir sowas nicht irgendwann mal zu den Akten legen wollen? Aber auch der

„friedliche Wettbewerb der Nationen“ bringt es mit sich, dass Missstände aus anderen Ländern (wie eben Studiengebühren oder faktisch nicht existente soziale Absicherung) im Interesse der Nation auch bei uns eingeführt werden „müssen“. Die Folgen solchen Rasonierens kennen wir aus dem race to the bottom, das sich gegenwärtig im Bereich der Rechte abhängig Beschäftigter abspielt und das konsequenterweise damit enden muss, dass die BRD ihre Sozial- und Umweltstandards an die Indiens oder Chinas anpassen muss (und diese die ihren in der Folge weiter „anpassen“ werden, der Konkurrenzfähigkeit wegen).

*„...die Chancengleichheit geht verloren...“*

Hieran ist vor allem der Begriff „Chancengleichheit“ Mist, dessen primäre Funktion ist, die herrschende Ungleichheit zu rechtfertigen. Das geht so: In unserer freien Gesellschaft haben alle die Chance, vom Tellerwäscher zum Millionär zu werden; wer also Tellerwäscher bleibt, ist selbst Schuld und verdient keine Solidarleistung. Angesichts der realen Verhältnisse (vgl. im Bildungsbereich etwa die PISA-Ergebnisse zur sozialen Determination des Bildungsweges) ist das natürlich eine völlige Fiktion, und eine „Chancengleichheit“ wird es schlicht nie geben, ohne allen Menschen gleichen Zugang zu den gesellschaftlichen Reichtümern zu geben. Genau das aber wollen die „Chancengleichheit“-Sager nicht, denn sonst würden sie ja Gleichheit sagen. Ansonsten hat das Argument natürlich die Schwäche, dass es Unis als Mittel zum sozialen Aufstieg definiert, und eben diese Zuschreibung ist das gegenwärtige Hauptproblem der Unis.

*„Das Geld verschwindet eh im Haushaltsloch...“*

Und wenn es das nicht täte, wäre eine Individualisierung der Bildungsfinanzierung ok? Praktisch mag die Analyse ja unangreifbar sein, aber mensch begibt sich damit in eine ausgesprochen prekäre Position, die so tut, als sei an den Unis wirklich mit Geld viel zu retten, als sei das Problem nur, dass halt seit ein paar Jahren „die Kassen leer“ seien (wozu zumindest mal zu erklären wäre, wo denn das ganze Geld hingekom-

men ist). Wäre es ein gültiges Argument, müsste die Gegenseite überdies schließen, „die Studierenden“ als Gruppe hätten jede Menge Geld, das sie gerne für eine „Verbesserung der Lehre“ ausgeben würden. Das ist Quatsch -- siehe auch unten, „erwachsene Menschen“.

*„Es gibt kein Stipendienmodell...“*

Auch hier: Was würde sich ändern, wenn es eins gäbe? Zunächst, dass Menschen mit armen Eltern mit Gebühren unter deutlich stärkerem „Leistungs“druck stünden. Wer Geld hat, könnte weiterhin bis zum Examen studieren, wer kein Geld hat, könnte an einer Zwei in der Orientierungsprüfung schon scheitern. Es ist natürlich nicht schlecht, wenn allerlei Gruppen Stipendienprogramme auflegen (angesichts der Verteilung freier Mittel in der Gesellschaft dürften die damit verbundenen Interessen allerdings in der Regel nicht allzu altruistisch sein), im Zusammenhang mit der Studiengebührendebatte allerdings demontiert diese Sorte Argument alles, was mensch sonst noch vorbringen könnte.



**Gute Argumente**

*Bildung ist Menschenrecht*

...und somit genausowenig Handelsware wie Schutz vor Folter oder die Meinungsfreiheit. Bildung ist tatsächlich Voraussetzung für Demokratie, denn Menschen, die keine Vorstellung von einer Milliarde haben, werden kaum informierte Entscheidungen über politische Prozesse fällen können. Richtig ist, dass es schon jetzt genug Menschen gibt, die so eine Vorstellung nicht haben - wer aber die Prämisse akzeptiert, wird

sich auch auf eine Diskussion über Möglichkeiten der Ausweitung und Verbreiterung von Angeboten zur höheren Bildung einlassen müssen. Und das wäre eine instantane Rettung eines ansonsten reichlich überflüssigen Diskurses.

*Bildung ist keine Ware*

...und ihre Handelbarkeit (bzw. die Handelbarkeit dessen, was dann unter Bildung firmiert) wird Charakter und Inhalt von Hochschulen ganz entscheidend beeinflussen. Die Steuerungswirkung ökonomischen Drucks auf die Studienfachwahl ist allzu offensichtlich -- vom Absterben ganzer Wissenszweige und dem folgenden Verlust an Errungenschaften der Menschheit bis hin zu noch tieferen, für Märkte nun mal charakteristischen „Schweinezyklen“ ist da an Szenarien alles drin -- und in Staaten, in denen Studiengebühren bereits Realität sind, auch recht weitgehend nachzuweisen.

*„Es ist genug Geld da“, Teil I*

Wäre die auf der Gegenseite als für so ungefähr jeden Zug am enger zu schnallenden Gürtel zu hörende Entschuldigung, es sei kein Geld mehr da, nicht nur vorgeschoben, würden Studiengebühren auch nichts helfen -- Geld, das nicht da ist, kann weder Staat noch Studi aufbringen. Tatsächlich ist aber genug Geld da, es ist eben nur, unter anderem dank so genannter „Reformen“ im Sinne marktliberaler Ideologeme, in privater Hand. Ein Staat, der, aus welchen Gründen auch immer (und die waren bei der Öffnung



der Hochschulen in den 60er und 70er Jahren auch nicht so toll), breite Bildungsbeteiligung wünscht, kann sich die zur solidarischen Finanzierung der Hochschulen nötigen Mittel mühelos beschaffen und kann so

gleich noch einen allzu groben Durchgriff privater Interessen auf die Hochschulen vermeiden. So ein Durchgriff nun wäre angesichts der bei Privatmitteln in der Regel völlig fehlenden demokratischen Kontrolle noch schlechter als die staatliche Aufsicht, mit der wir gegenwärtig irgendwie leben müssen. Dass diese auch nicht der Weisheit letzter Schluss ist, ist klar. Aber wer erstmal über gesellschaftliche Kontrolle der Bildungsinstitutionen redet, hat wenigstens ein lohnenderes Thema als ausgerechnet Gebühren.

*„Es ist genug Geld da“, Teil II*

Die an den Unis zweifellos vorhandenen Probleme sind aber mit Geld ohnehin nicht zu lösen. Sie sind durchweg Strukturprobleme, beginnend bei Rektoraten, die Millionen in Biochem-Zentren, Protzbauten, Edelberufungen und goilen Großgeräten versenken. Tatsächlich wäre der wichtigste Schritt zu Unis, die sich tatsächlich als Institutionen der Wissensvermittlung und -vertiefung verstehen, aber eine Umdefinition ihrer gesellschaftlichen Rolle. Solange ein Studium von den meisten Studierenden als Hürde auf dem Weg zum guten Job und der tollen Karriere angesehen wird -- und diese Wahrnehmung überdies auch noch sachlich richtig ist --, wird Lehre weitgehend dysfunktional bleiben.

*„Studis sind erwachsene Menschen“*

...und nicht die Kinder ihrer Eltern. Ohne die finanzielle Unterstützung ihrer Eltern gehören sie aber zu den sozial Schwächsten der Gesellschaft (sofern sie nicht geerbt haben und es etwas zu erben gab). Ihnen und ihren prekären Jobs zwischen Wihi und Kneipenbedienung die Finanzierung der tertiären Bildung (und womöglich noch die der Forschungshobbys der ProfessorInnen) aufzubürden, widerspricht jeder Vorstellung einer Solidargesellschaft und ist wohl auch der Funktion der Uni kaum zuträglich. Setzt mensch aber umgekehrt die finanzielle Unterstützung durch die Eltern voraus, bleiben die Studierenden in eklatanter Abhängigkeit von ihren Eltern. Wer das möchte, soll das wenigstens laut sagen.

**„Der Arzt soll das Studium der Tochter der Aldi-KassiererIn mitfinanzieren“**

Dieser Punkt ist eine Richtigstellung des bei Gebührenfundis so beliebten „Fliesenlegerarguments“, nach dem Studiengebühren die enorme Ungerechtigkeit bereinigen, dass die Aldi-KassiererIn (wahlweise auch die FliesenlegerIn) über ihre Steuern das Studium des Arztsohnes mitfinanziert. Abgesehen davon, dass dieses „Argument“ dreisterweise unterstellt, dass sich an der ungleichen Bildungsbeteiligung von Ober- und Unterklasse nichts ändern wird und soll, ist es natürlich kompletter Unfug, denn (siehe oben) hat der Arztsohn a priori erstmal nicht mehr Geld als die Tochter der Aldi-KassiererIn. Wenn mensch allerdings anfängt, das elterliche Einkommen für die Studiengebühren in Anspruch zu nehmen, wird erst recht klar, dass diese nur dem Arztsohn helfen -- dieser kann sich immerhin vom Papa finanzieren lassen, während die Tochter der KassiererIn selbst mit dem elterlichen Einkommen niemals die Gebühren aufbringen könnte. Eigentlich ist dieser Punkt zu simpel, um ihn überhaupt hinzuschreiben, aber da die Dummheit der Argumente der Gegenseite keine Grenzen kennt, tun wirs doch: Solidarfinanzierung hilft fast immer den wirtschaftlich Schwächeren, und tut sie es nicht, muss das Steuersystem geändert und nicht die Solidarfinanzierung abgebaut werden.

**Halbschlechte Argumente**

**„Studiengebühren destabilisieren die Wirtschaft...“**

Es ist abzusehen, dass bei wirtschaftlich relevanten Studiengebühren zumindest Mittelschichteltern mehr oder weniger nach der Geburt ihrer Kinder anfangen werden, in „College Funds“ einzubezahlen, spezielle Geldanlagen also, aus denen später die Gebühren bezahlt werden. In den USA ist das totale Vermögen in solchen Fonds erstaunlich hoch und trägt massiv bei zu der extremen Volatilität der Kapitalmärkte, während es -- das als kleiner Hinweis an SozialdemokratInnen -- dem privaten Konsum („Inlandsnachfrage“) entzogen wird. Allerdings muss das nicht unbedingt unsere Sorge

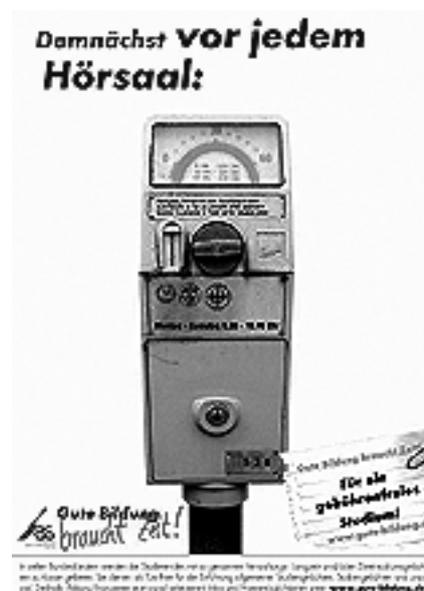
sein, und die Verwendung von Argumenten dieser Art setzt immer eine gewisse Kenntnis politischer Ökonomie voraus, damit sie nicht in (kreuzfalsche) Unterscheidungen zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital abgleitet.

**„Die Gleichartigkeit der Lebensbedingungen in den Ländern...“**

Es ist natürlich klar, dass ein Bundesland, das in einem Meer kommerzieller Bildung keine Studiengebühren nimmt, recht bald hoffnungslos überfüllte Unis hat. Das muss nicht zwingend nur negativ sein, dürfte sich aber bis zu einer Neudefinition der Funktion von Hochschulen und begleitenden Änderungen ihrer Strukturen sicher nicht positiv auf die Studienbedingungen auswirken. In dem Sinn ist klar, dass von Gleichartigkeit der Lebensbedingungen bei landeseigenen Gebührenkonzepten nicht die Rede sein kann. Allerdings würden Gebühren auch nicht besser, wenn die Länder sich jetzt auf einen Staatsvertrag einigen und die Gebühren im Gleichschritt anziehen würden oder sie umgekehrt den Unis selbst die Gebührenhöhe freistellen. Beide Szenarien sind angesichts der auf allen Seiten vorherrschenden Gier ohne weiteres denkbar, solange auch für alle ein wenig abfällt.

Quelle:

[http://www.studis-online.de/HoPo/art-230-schlechte\\_argumente.php](http://www.studis-online.de/HoPo/art-230-schlechte_argumente.php)



## **Seminarreihe für SVen und VerbindungslehrerInnen im Oktober/November 2006**

Im gerade begonnenen Schuljahr 2006/07 veranstaltet die LSV gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, dem Pädagogischen Zentrum und dem Institut für Lehrerfortbildung eine Seminarreihe für aktive SVlerInnen und VerbindungslehrerInnen.

Denn uns ist wichtig, dass VerbindungslehrerInnen über SV-Recht aufgeklärt sind, um der SV beratend zur Seite stehen oder z. B. auch neue SVen einarbeiten zu können. Außerdem werden dort natürlich auch viele hilfreiche AGen für SVen stattfinden. Z.B. SV-Struktur/-Satzung, Beteiligungsmöglichkeiten, Problemlösung, Ideen für SV-Arbeit, SV-Seminare, Ganztagschule und Demokratie in der Schule.

Sprecht eure VerbindungslehrerInnen an und fordert sie auf, gemeinsam mit euch an einer Fortbildung in der Nähe eurer Schule teilzunehmen! (Die Anmeldung erfolgt über das Institut für Lehrerfortbildung - NICHT über die LSV! Eure VerbindungslehrerInnen erhalten im September ein entsprechendes Einladungsschreiben an die Schule zugeschickt, dem ein Anmeldeformular beiliegt, auf dem auch ihr euch eintragen könnt).

Hier schon mal die Termine und ORTE der Veranstaltungen:

- |   |   |
|---|---|
| <b>Dienstag, 24.10.2006</b><br>> NEUSTADT       | <b>im „Herz-Jesu-Kloster“</b><br>Hambacher Höhe<br>Waldstraße 145<br>67434 Neustadt/W.<br>Telefon 06321 / 875 – 0         |
| <b>Mittwoch, 25.10.2006</b><br>> KAISERSLAUTERN | <b>im Heinrich-Heine-Gymnasium</b><br>Im Dunkeltälchen 65<br>67663 Kaiserslautern<br>Telefon 0631 / 201040                |
| <b>Dienstag, 31.10.2006</b><br>> TRIER          | <b>im Jugendgästehaus</b><br>An der Jugendherberge 4<br>54292 Trier<br>Telefon 0651 / 146620                              |
| <b>Donnerstag, 02.11.2006</b><br>> MAINZ        | <b>im „Erbacher Hof“ in Mainz</b><br>Greibenstraße 24-26<br>55124 Mainz<br>Telefon 06131 / 257 – 0                        |
| <b>Dienstag, 07.11.2006</b><br>> KOBLENZ        | <b>im Haus Horchheimer Höhe</b><br>Soldatenfreizeitheim,<br>Von-Galen-Straße 1-5<br>56076 Koblenz<br>Telefon 0261 / 71773 |

Für weitere Rückfragen: [info@lsvrlp.de](mailto:info@lsvrlp.de) oder anrufen: 06131 / 23 86 21

# Anhang



## „Alles nur Formalkram?“

### Über den Sinn von Satzungen/Geschäftsordnungen und deren wortlautgetreue Anwendung

von Johannes Buchner

Wenn Menschen zusammenleben, arbeiten oder Politik machen, dann gibt es oft unterschiedliche Meinungen und Bewertungen von Sachverhalten, was sich schon aus den unterschiedlichen Lebensrealitäten und Hintergründen der Individuen ergibt. Daraus ergeben sich bei zu fällenden Entscheidungen Interessenskonflikte - das ist zunächst einmal eine Feststellung, aus radikaldemokratischer Sicht gilt es nicht, dies in Frage zu stellen, sondern ein faires Verfahren für das Austragen dieser Interessenskonflikte zu fordern. Dieser Artikel soll erläutern, warum das verbindliche Niederlegen von Verfahrensregeln in einer Satzung/Geschäftsordnung in diesem Zusammenhang Sinn macht und darüberhinaus eine exakte Einhaltung dieser Regeln zu fordern ist.

Ein wichtiges Kriterium für die Bewertung eines politischen Verfahrens stellen die Transparenz von Entscheidungsprozessen dar. Jeder sollte beispielsweise nachvollziehen können, warum wer in einer Debatte die Redeleitung besitzt, wann die Debatte beendet wird und zur Abstimmung geschritten wird etc. Wenn Fragen wie diese nicht klar geregelt sind, läuft dies faktisch darauf hinaus, dass sich informelle Machtstrukturen durchsetzen und es besteht die Gefahr, dass Verfahrensfragen undemokratisch im Sinne einzelner politischer Interessen entschieden werden.

Eine Formalisierung dieser Prozesse durch eine für alle einsehbare Satzung/Geschäftsordnung schafft Transparenz und kann so

verhindern, dass sich eine bestimmte Interessensgruppe durch Verfahrensentscheidungen unrechtmäßige Vorteile verschafft. Dafür muss der „erhöhte Aufwand“ eines formalisierten Verfahrens, welches oft gar als „unnötiger Formalismus/Bürokratie“ bezeichnet wird, in Kauf genommen werden. Nur verbindlich festgeschriebene Regeln schaffen gleiche Bedingungen für alle und zudem eine gewisse Verlässlichkeit in Verfahrensfragen.

Auf den ersten Blick mag es vielleicht demokratischer erscheinen, wenn „der Souverän“, also z.B. die Mitglieder einer Konferenz, immer direkt entscheidet, wie verfahren werden soll, statt sich auf einen „Automatismus der Satzung“ zu verlassen. In der Tat ist dieser Automatismus eine Art „Selbstbeschränkung der Macht des Souveräns“, aber dies hat entscheidende Vorteile: In der Frage, was in der Satzung steht, gibt es ein allgemeines Interesse an einem fairen Verfahren, einem gewissen Schutz der Minderheit etc. - schließlich weiß auch die momentane Mehrheit, dass sich die Mehrheitsverhältnisse ändern können und man dann zu eben jener Minderheit gehören kann, deren Rechte in der Satzung garantiert sind. In diesem Zusammenhang erklärt sich auch die Hürde einer 2/3-Mehrheit, die zu einer Satzungsänderung meist notwendig ist, denn so kann verhindert werden, dass eine „knappe Mehrheit“ nach Belieben mit einer „großen Minderheit“ verfährt. Außerdem sind in einer Satzungsdebatte die Fragestellungen von den konkreten politischen Konflikten getrennt, d.h. bestimmte Verfahrensregeln werden allgemein festgelegt und sind daher nicht jedesmal von neuem Teil des politischen Kampfes.

Dass bei den allgemeinen Regelungen in einer Satzung nicht alle Eventualitäten berücksichtigt werden können, ist einsichtig, weshalb sich oft Fragen nach der Auslegung einer Regelung der Satzung ergeben. Diese müssen diskutiert und ebenfalls demokratisch entschieden werden



(es gibt auch das Modell der Schiedsgerichtsbarkeit, wo ein möglichst neutrales Gericht/Schiedsausschuss über diese Fragen entscheidet). Bei grundsätzlicheren Streitigkeiten in Satzungsfragen macht es natürlich Sinn, durch eine Satzungsänderung die Regelung im entsprechenden Punkt expliziter zu machen. Generell sollte jedoch versucht werden, in der Satzung möglichst eindeutige Formulierungen zu finden, um mögliche Konflikte von vornherein zu minimieren, und wo die Satzung keinen Auslegungsspielraum lässt, ist auch auf einer wortlautgetreuen Anwendung zu bestehen !

Denn damit die oben aufgeführten Vorteile des verbindlichen Niederlegens von Verfahrensregelungen in der Praxis wirksam sind, ist eine strikte Einhaltung der Satzung zu fordern, auch wenn man im Einzelfall vielleicht denkt „naja, der Formalkram sollte doch nicht über den Inhalten stehen, es ist doch für alle besser, wenn wir hier (abweichend von der Satzung) so und so verfahren“. Wenn durch solche Überlegungen doch wieder „von Fall zu Fall entscheiden“ wird macht man sich die Vorteile von „gleichen Bedingungen für alle“ und „Verlässlichkeit in Verfahrensfragen“ allerdings gleich selbst wieder zunichte. Letztere fordern nämlich explizit „keine Ausnahmen von den vereinbarten Regeln“, denn sonst ist man im Einzelfall bei der Frage „soll man hier eine Ausnahme von der Satzung machen“ und damit keinen Schritt weiter als ohne Satzung. Konkret ist z.B. eine Antragsfrist genau einzuhalten, denn sonst stellt sich die Frage, wann denn dann die „Grenze für die Ausnahme ist“ und wer dies entscheidet, außerdem hätten andere Menschen vielleicht auch noch gerne eine Antrag verspätet eingebracht, dies aber aufgrund der abgelaufenen Antragsfrist nicht getan. Nur eine strikte, verlässliche Anwendung der Satzung schafft hier gleiche Bedingungen für alle und damit die geforderte Verfahrensgerechtigkeit. Denn in einer Demokratie kommt es eben nicht nur „auf das Ergebnis“ im Einzelfall an, sondern das Verfahren, wie dieses zustande gekommen ist, spielt eine entscheidende Rolle. Nur ein so ist es dauerhaft möglich, Interessenskonflikte unter fairen Bedingungen auszutragen und damit Gerechtigkeit zu schaffen.

## Protokoll der 40. LSK vom 10.-12.03.2006 im Rabanus-Maurus- Gymnasium Mainz

Freitag, 10.03.2006

### TOP 1: Begrüßung

Der Landesvorstand der LSV eröffnet die 40. LandesschülerInnenkonferenz und begrüßt die anwesenden Delegierten und Gäste.

### TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit kann zu diesem Zeitpunkt bei 30-40 anwesenden Schulen nicht festgestellt werden.

### TOP 3: Beschluss der Tagesordnung

Die ggf. geänderte Tagesordnung kann noch nicht beschlossen werden. Der TOP wird auf Samstag vertagt.

### TOP 4: Wahl des Präsidiums

In das Präsidium werden vorläufig gewählt:  
Präsidentin: Esther May  
Technischer Assistent: Stephen Sutton  
Protokollant: Michael Rose

### TOP 5: Beschluss über das Protokoll der 39. LSK

Über das Protokoll kann wegen fehlender Beschlussfähigkeit noch nicht abgestimmt werden. Der TOP wird daher auf Samstag vertagt.

### TOP 6: Vorstellung der Arbeitsgruppen

Folgende AGen werden vorgestellt:

- Bildung in Zeiten der Globalisierung
- Lebensstandard von Jugendlichen
- Jugendbeteiligung
- Partizipation an Schulen
- Lobbyismus in Europa

Die Arbeitsgruppen tagen.

Samstag, 11.03.06

**TOP 7: Einführung der Neulinge in den RAKen und Kennenlernen**

Die Regionalen Arbeitskreise treffen sich.

**TOP 8: Grußworte**

Grußworte werden gehalten von:

- Bildungsministerin Doris Ahnen (daran anschließend: Diskussion)
- LandeschülerInnenvertretung Schleswig-Holstein (Kim Möller)
- LandeschülerInnenvertretung Hessen (Marvin)
- LandeschülerInnenvertretung Bayern e.V.
- Sprecherin der Jusos RLP (Sonja Pellin)
- Sprecher Grüne Jugend RLP (Oliver Buschbaum)

**TOP 9: Film „S.a.L.v.e. ‘05“**

Der Film über das Sommercamp der LSV vom vergangenen Jahr wird vorgeführt.

- *Mittagspause 12.30h – 13.40h* -

**Erneute Eröffnung von TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden. Es sind Delegierte von 56 Schulen anwesend.

**Erneute Eröffnung von TOP 3: Beschluss der Tagesordnung**

Die endgültige Tagesordnung der 40. LSK wird wie folgt beschlossen:

- TOP 1: Begrüßung
- TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 3: Beschluss der Tagesordnung
- TOP 4: Wahl des Präsidiums
- TOP 5: Beschluss über das Protokoll der 39. LSK
- TOP 6: Vorstellung der Arbeitsgruppen
- TOP 7: Einführung der Neulinge in den RAKen und Kennenlernen
- TOP 8: Grußworte
- TOP 9: Film „S.a.L.v.e. ‘05“
- TOP 10: Formale Beschlüsse vom Freitag
- TOP 11: Erste Phase Antragsbehandlung
- TOP 12: Wahl der EinsteigerInnen-LSV
- TOP 13: Erste Phase Rechenschaftsberichte, Entlastung und Nachwahlen
- TOP 14: Zweite Phase Antragsbehandlung
- TOP 15: 2. Phase Rechenschaftsberichte, Entlastung und Nachwahlen
- TOP 16: Sonstiges

**TOP 10: Formale Beschlüsse vom Freitag**

Bei 44 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wird die Wahl des Präsidiums vom Vortag bestätigt.

Bei 48 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen wird das Protokoll der 39. LSK angenommen.

GO-Antrag auf Rederecht für Gäste wird ohne Gegenrede angenommen.

GO-Antrag auf quotierte Redeliste wird bei 45 Nein-Stimmen, 6 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt.

**TOP 11: Erste Phase Antragsbehandlung**

Antrag A 4: Software

Antragsteller: LA

- von der 39. LSK vertagt (mangels Zeit) -

Antragstext: Die 40. LSK möge beschließen, dass die Entwicklung und Anwendung freier Software an Schulen ausdrücklich unterstützt wird. Als Zeichen hierfür soll die LSV-eigene IT auf freie Software umgerüstet werden.

Tobias Heil übernimmt für die Beratung zu A 4 das Protokoll, während Michael Rose aus dem Präsidium zurücktritt.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste wird bei 53 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

Änderungsantrag Ä 1:

Antragsteller: Eric von Dömming

Antragstext: „soll die LSV-eigene IT... innerhalb von 2 Jahren auf freie Software umgerüstet werden...“

GO-Antrag auf Begrenzung der Redezeitbeschränkung auf 5 Minuten wird ohne Gegenrede angenommen.

Der Änderungsantrag wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Endergebnis: Der Antrag A 4 wird bei Ja: 40, Nein: 4, Enthaltungen: 18 angenommen.

Antrag A 5: §46 SchuO, Hausaufgaben [Hausaufgabenregelung in RLP]

Antragsteller: Gregor Dschung

- von der 39. LSK vertagt (mangels Zeit) -

Antragstext: Der Landesvorstand der LSV/GG soll sich dafür einsetzen, dass im „Hausaufgabenparagraph“ §46 SchuO eine Definition von Hausaufgaben erfolgt und zwischen unterrichtsvorbereitenden Hausaufgaben und Übungs-Hausaufgaben unterscheidet. Übungs-Hausaufgaben sollen nicht zur Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung herangezogen werden dürfen (§45 SchuO, Abs. 2). Die Nichtausführung von unterrichtsvorbereitenden Hausaufgaben soll in §49 SchuO „Nicht

erbrachte Leistungen“ aufgenommen werden. Eine für den/die Pädagogen/In sinnvolle Sanktion soll gestattet werden.

GO-Antrag auf Redezeitbeschränkung für A5 auf 5 Minuten wird bei 50 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste wird bei 41 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

#### Änderungsantrag Ä 1:

Antragsteller: Franz Wehrheim

Zusatz: Diese Definition gilt nur für die Oberstufe.

GO-Antrag auf Abstimmung nach je einer Für- und Gegenrede wird zurückgezogen.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste wird mit 24 Ja-Stimmen, bei 20 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Ä1: Ja: 33, Nein: 34, Enthaltungen: 5: Ä1 abgelehnt

#### Änderungsantrag Ä 2:

Antragsteller: Patrick Zwiernik, Simon Faller  
Vorletzter Satz wird gestrichen.

Letzter Satz: Sanktionen werden nicht in Form von Noten gegeben, sondern mit pädagogischen Maßnahmen, deren Höchstmaß im Einvernehmen mit dem Klassenrat festgelegt ist.

Abstimmung Ä2: Ja: 33, Nein: 22, Enthaltungen: 17: Ä2 angenommen

#### Änderungsantrag 3:

Antragsteller: Oscar Werner

Zusatz: Es soll ein bestimmter Prozentsatz der Hausaufgaben explizit zur Übung sein.

Anstimmung Ä3: Ja: 9, Nein: 39, Enthaltungen: 20: Ä3 abgelehnt

#### Änderungsantrag 4:

Antragsteller: Tobias Heil

Zusatz: Übungsaufgaben sollen prinzipiell freiwillig sein, aber vorher als solche angekündigt werden.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung wird ohne Gegenrede angenommen.

Abstimmung Ä4: Ja: 43, Nein: 12, Enthaltungen: 15: Ä4 angenommen

#### Endfassung A 5 inkl. Änderungsanträge:

Der Landesvorstand der LSV/GG soll sich dafür einsetzen, dass im „Hausaufgabenparagraph“ §46 SchuO eine Definition von Hausaufgaben erfolgt und zwischen unterrichtsvorbereitenden Hausaufgaben und Übungs-Hausaufgaben unterscheidet. Übungs-Hausaufgaben sollen nicht zur Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung herangezogen werden dürfen (§45 SchuO, Abs. 2). Sanktionen werden nicht in Form von Noten gegeben, sondern mit pädagogischen Maßnahmen, deren Höchstmaß im Einvernehmen mit dem Klassenrat festgelegt ist. Übungsaufgaben sollen prinzipiell freiwillig sein, aber vorher als solche angekündigt werden.

GO-Antrag auf Pause wird bei 56 Nein-Stimmen, 7 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Endergebnis: Der Antrag A 5 wird bei Ja: 41, Nein: 27, Enthaltungen: 3 angenommen.

#### **TOP 12: Wahl der EinsteigerInnen-LSV**

Für die EinsteigerInnen-LSV kandidieren:

Florian Müllerheim

Pauline Baumberger

Nadine Brussmann

Christian Heß

Moritz Mährlein

Jonas Hunsicker

GO-Antrag auf Blockwahl wird angenommen. (48 Ja : 11 Nein : 8 Enthaltungen)

Alle 6 KandidatInnen werden bei 57 Ja-Stim-

men, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen für die EinsteigerInnen-LSV gewählt.

**TOP 13: Erste Phase Rechenschaftsberichte, Entlastung und Nachwahlen**

GO-Antrag über Lesepause wird bei 31 Nein-Stimmen, 19 Ja-Stimmen und 14 Enthaltungen abgelehnt.

Es folgt der Rechenschaftsbericht von Maximilian Pichl.

Maximilian Pichl (Landesvorstand) wird mit 65 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung entlastet.

Es folgt der Rechenschaftsbericht von Sophie Groß.

Sophie Groß (stellv. Bundesdelegierte) wird mit 64 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung entlastet.

Für Maximilians Nachfolge kandidiert: David Reichert

GO-Antrag auf geheime Wahl.

Erste Ermahnung von Tobias Heil durch die Präsidentin.

45-minütige Pause zwecks Erstellung der Stimmzettel.

Es folgt eine geheime Wahl.

David Reichert wird mit 57 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 3 Enthaltungen gewählt.

Es folgt der Rechenschaftsbericht von Nico Klein.

Nico Klein (stellv. Bundesdelegierte) wird mit 43 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und sechs Enthaltungen entlastet.

Für die Nachfolge von Sophie Groß und Nico Klein als stellvertretende Bundesdelegierte kandidieren:

Simon Faller

Hannah Zimmermann

GO-Antrag auf Blockabstimmung wird mit 48 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Es folgt eine offene Wahl.

Die KandidatInnen werden mit 43 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und vier Enthaltungen gewählt.

Es folgt der Rechenschaftsbericht von Laura

Klink (vertagt von der 39. LSK wegen Abwesenheit), der aufgrund von erneuter Abwesenheit durch Lisa Deipenbrock gehalten wird.

Laura Klink wird bei 32 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 29 Enthaltungen entlastet.

**TOP 14: Zweite Phase Antragsbehandlung**

Antrag A 6: Sprachfreiheit an rheinland-pfälzischen Schulen

Antragsteller: RAK 5

Antragstext: Die LSV RLP möge sich gegen eine Deutschpflicht an rheinland-pfälzischen Schulhöfen stellen. Stattdessen soll ein zusätzlicher Deutschunterricht im Kontext der Forderungen des Grundsatzprogramms stattfinden.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste wird bei 13 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag Ä 1:

Antragsteller: Tobias Heck

Zusatz: Stattdessen soll ein zusätzlicher freiwilliger Deutsch-Unterricht eingeführt werden.

Änderungsantrag wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Änderungsantrag Ä 2:

Antragstellerin: Pauline Baumberger

Zusatz: Alle SchülerInnen sollen schulspezifisch selbst in einer demokratischen Mehrheitswahl entscheiden.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste wird mit 35 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Abstimmung Ä2: Ja: 20, Nein: 17, Enthaltungen: 9: Ä2 angenommen

Endfassung Antrag A 6 (inkl. aller Änderungsanträge):

Die LSV RLP möge sich gegen eine Deutschpflicht an rheinland-pfälzischen Schulhöfen stellen. Stattdessen soll ein zusätzlicher Deutschunterricht im Kontext der Forderungen des Grundsatzprogramms stattfinden. Alle SchülerInnen sollen schulspezifisch selbst in einer demokratischen Mehrheits-

wahl entscheiden.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste wird mit 35 Ja- Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung wird mit 28 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen.

#### Antrag A 7: Strafen für SchulschwänzerInnen

Antragsteller: LaVo

Antragstext: Der Landesvorstand soll sich für individuelle Maßnahmen im Umgang mit SchulschwänzerInnen einsetzen. Maßnahmen wie elektronische Fußfesseln, Nachsitzen, etc. lehnen wir ab. Schule soll

Hilfen zur Lebensbewältigung speziell für sozial Benachteiligte parat haben und SchulschwänzerInnen soll von Jugend- bzw. (Schul-)SozialarbeiterInnen Beratung angeboten werden.

Maria Vardabetian übernimmt für A 7 das Amt der technischen Assistentin, während Stephen Sutton aus dem Präsidium zurücktritt.

#### Änderungsantrag A 1:

Antragsteller: Tobias Heck

Änderung im ersten Satz: „...SchulschwänzerInnen ab der neunten Klassenstufe einsetzen...“

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste wird mit 15 Ja-Stimmen, 16 Nein- Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung wird mit 25 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung Ä1: Ja: 10, Nein: 16, Enthaltung: 16: Ä1 abgelehnt

GO-Antrag auf Vertagung des A 7 wird mit 7 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

#### Änderungsantrag Ä 2:

Antragsteller: Christian Heß

Zusatz: Dieses Recht gilt für alle SchülerInnen.

nen.

Änderungsantrag wird zurückgezogen

GO-Antrag auf eine Pause für die Länge des Mittagessen ohne Gegenrede angenommen.

Endergebnis:

Der Antrag A7 wird bei 38 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

#### Antrag A 8: Später Schule!

Antragsteller: LaVo

Antragstext: Die LSK möge beschließen:

Die LSV setzt sich grundsätzlich für einen späteren Schulbeginn ein. Die SchülerInnen sollten selbst bestimmen können, wann sie in die Schule kommen, ein geeignetes Mittel hierfür wäre beispielsweise eine Art „Gleitzeit“, d.h. ein Zeitraum, in dem es den Schülerinnen und Schülern freigestellt ist selbst zu entscheiden, wann sie kommen. Simultan zu dieser Zeitverschiebung muss natürlich auch eine dementsprechende Verschiebung der Fahrtzeiten des ÖPNV erfolgen.

#### Änderungsantrag Ä 1:

Antragsteller: Michel Antes

Antragstext: Der LaVo soll sich dafür einsetzen, dass mit der von der LSV RLP geforderten Schulreform hin zu selbstbestimmtem Lernen auch ein flexibler Schulbeginn entsteht. Hierdurch sollen die SchülerInnen die Möglichkeit bekommen, die Unterrichtszeiten selbst festlegen zu können.

GO-Antrag auf Ende der Debatte wird mit 8 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste wird ohne Gegenrede angenommen.

Abstimmung Ä1: Ja: 36, Nein: 9, Enthaltung: 4: Ä1 angenommen

#### Endfassung Antrag A 8:

Der LaVo soll sich dafür einsetzen, dass mit der von der LSV RLP geforderten Schulreform hin zu selbstbestimmtem Lernen auch ein flexibler Schulbeginn entsteht. Hierdurch sollen die SchülerInnen die Möglichkeit bekommen, die Unterrichtszeiten selbst festlegen zu können.

Endergebnis:

Der geänderte Antrag A 8 wird bei 23 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

GO-Antrag auf Vertagung aller Initiativ-Anträge auf die 41. LSK wird mit 7 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

GO-Antrag auf 7 Minuten und 29 Sekunden Pause wird mit 24 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

#### Initiativ-Antrag IA 1: „Initiative länger gemeinsam lernen“

Antragsteller: Maximilian Pichl

Antragstext: Die LandesschülerInnenvertretung RLP tritt mit Beschluss der 40. LSK in Mainz der verbandsübergreifenden „Initiative länger gemeinsam lernen“ bei und engagiert sich in dieser Form von Mitgestaltung von Projekten und Veröffentlichungen. Des Weiteren besucht der LaVo die Treffen und Arbeitssitzungen der Initiative. Er wird mit der Abwicklung des Beitrittes beauftragt. Die LSV RLP geht mit dem Beitritt keine finanziellen Verpflichtungen ein.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung wird ohne Gegenrede angenommen.

Der Antrag IA 1 wird mit 43 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 4 Enthaltungen angenommen.

#### Initiativ-Antrag IA 2: LehrerInnenbewertung und Leistungskontrolle

Antragsteller: David Simmet, Marcus Wienhold

Antragstext: Die LSV soll sich mit Beschluss der 40. LSK in Mainz für eine anonyme Bewertung ihrer Lehrkörper einsetzen. Diese soll in etwa so ablaufen, dass die SchülerInnen halbjährlich oder auf Antrag durch die KlassensprecherInnen einen Bewertungsbogen z.B. mit der Aspektsetzung auf Unterrichtsgestaltung, Lerneffekt, etc. ausfüllen. Dieser soll von der jeweiligen SV ausgewertet und - besonders bei negativen Ergebnissen - mit dem/der Lehrer/in besprochen werden. Bleiben Probleme jedoch dauerhaft und klassenübergreifend bestehen, sollte es die Möglichkeit geben, den/die Lehrer/in zu einer Fortbildung zu verpflichten.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung wird

ohne Gegenrede angenommen.

Der Antrag IA 2 wird mit 51 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen.

#### Initiativ-Antrag IA 3: Einrichtung eines Landesarbeitskreises (LAK) Rechtsvereinfachung

Antragsteller: Eric von Dömming

Antragstext: Die 40. LSK möge beschließen, dass ein LAK „Rechtsvereinfachung“ eingerichtet wird, welcher eine jugendgerechte „Übersetzung“ der wichtigsten gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen erstellt. Der LAK bestimmt die Form der Texterläuterungen selbst. Es müssen vom LAK bis Ende der ersten Amtszeit mindestens Satzung, Geschäftsordnung (GO) und die Verwaltungsvorschrift für die SchülerInnenvertretungen (VV) erläutert werden.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung wird mit 34 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Der Antrag IA 3 wird mit 35 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

#### Initiativ-Antrag IA 4: Bionahrung

Antragsteller: Nico Klein und Michel Antes

Antragstext: Die LSV RLP soll sich für Bionahrung sowie vegetarische und vegane Alternativen an allen Schulen einsetzen.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste wird zurückgezogen.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung wird mit 35 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Der Antrag IA 4 wird mit 37 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

#### Initiativ-Antrag IA 5: VerbindungslehrerInnen-Seminar

Antragstellerin: Marie Preis

Antragstext: Das VerbindungslehrerInnen-Seminar, das im Arbeitsprogramm 05/06 als zentraler Punkt vorgesehen ist, soll als Reihe von regionalen Seminaren stattfinden.

Der Antrag IA 5 wird mit 43 Ja-Stimmen, 2

Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Beendigung der Sitzung um 22.00h

*Sonntag, 12.03.2006*

### **TOP 15: Zweite Phase Rechenschaftsberichte, Entlastung und Nachwahlen**

Stephen Sutton erklärt seinen Rücktritt aus dem Landesvorstand der LSV.

Es folgt sein Rechenschaftsbericht.

Stephen Sutton wird bei 20 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 5 Enthaltungen entlastet.

Kandidat für Stephens Nachfolge:  
Patrick Zwiernik

Es folgt eine offene Wahl. Patrick Zwiernik wird mit 24 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 5 Enthaltungen zum Landesvorstandsmitglied gewählt.

### **TOP 16: Sonstiges**

Maximilian Pichl wirbt für den geplanten SchülerInnen-Kongress vom 26.-28. Mai 06.

Anke Loser hält das Schlusswort für den Landesvorstand.

Nico Klein bedankt sich beim Präsidium für die tolle Arbeit.

Esther May erklärt die 40. LSK unter tosendem Beifall für beendet.

Für die Richtigkeit:

Esther May (Präsidentin)

Michael Rose (Protokollant)

Stephen Sutton (Techn. Assistent)

## **Satzung der Landes- schülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz**

1. Die LandesschülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen (im folgenden kurz: LSV/GG) vertritt die Interessen der SchülerInnen der Gymnasien und Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz. Sofern für andere Schularten keine landesweite Interessenvertretung besteht, nimmt die LSV/GG die Interessenvertretung der SchülerInnen dieser Schularten wahr.

2. Grundlage der Arbeit der LSV/GG ist die Arbeit der SchülerInnenvertretungen der Gymnasien und Gesamtschulen sowie der Regionalen Arbeitskreise in Rheinland-Pfalz. Diese geben sich in Eigenverantwortung eine Satzung, die der Satzung der LSV/GG nicht widersprechen darf.

3. Die LSV/GG ist die alleinige Vertretung der SchülerInnen dieser Schularten und wird in ausreichendem Maß aus öffentlichen Mitteln finanziert. Sie ist keinen besonderen Beschränkungen unterworfen.

4. Die LSV/GG unterstützt den Aufbau von Interessenvertretungsstrukturen anderer

Schularten. Diese Unterstützung wird vor allem in den Regionalen Arbeitskreisen wahrgenommen. Näheres zur Frage einer GesamtschülerInnenvertretung regelt ein Grundsatzbeschluss der LandesschülerInnenkonferenz.

I. Die Organe der LandesschülerInnenvertretung/GG

5. Die LSV/GG besteht aus folgenden Organen:

- a) die LandesschülerInnenkonferenz (LSK)
- b) der Landesausschuß (LA)
- c) der Landesvorstand (LaVo)
- d) die Regionalen Arbeitskreise (RAKe)

II. Die LandesschülerInnenkonferenz

6. Die LandesschülerInnenkonferenz (LSK) ist das oberste beschlussfassende Gremium der LSV/GG. Zur Zuständigkeit der LSK gehören:

- a) Entscheidungen über grundsätzliche, die SchülerInnen betreffende, politische und organisatorische Fragen;
- b) Entlastung und Neuwahl des Vorstandes sowie ggf. Abwahl eines oder mehrerer Mitglieder des Landesvorstandes, sofern dazu gesondert eingeladen wurde;
- c) Wahl der Delegierten zum Länderrat der BundesschülerInnenvertretung;
- d) Satzungsänderung, sofern dazu gesondert eingeladen wurde.

7. Die LSK setzt sich aus zwei Delegierten pro Schule zusammen. Delegierte/r kann nur sein, wer zum Zeitpunkt der LSK Schüler/in an der Schule ist, die ihn/sie delegiert hat. Der amtierende Landesvorstand prüft vor Beginn der LSK die Stimmberechtigung der Delegierten; er kann eine Schulbescheinigung verlangen.

8. Die Einladung zur LSK ist schriftlich unter Angabe von Ort und Zeit sowie vorläufiger Tagesordnung mindestens vier Wochen außerhalb der Ferien vor der LSK an die SchülerInnenvertretungen sowie an die Regionalen Arbeitskreise zu verschicken.

9. Die LSK ist beschlußfähig, wenn mindestens ein Drittel der delegationsberechtigten Schulen mit mindestens einem Delegierten auf der LSK repräsentiert sind und ordnungsgemäß eingeladen wurde.

10. Die LSK tagt mindestens einmal im Schulhalbjahr, jeweils die erste im Schuljahr wählt den Landesvorstand. Die LSK muß innerhalb von 30 Tagen durch den Landesvorstand einberufen werden, wenn der Landesausschuß, die Hälfte der Regionalen Arbeitskreise oder ein Drittel der Schulen dies verlangen.

11. Die LSK wählt zu Beginn aus ihrer Mitte ein dreiköpfiges Präsidium, dem die Leitung der LSK obliegt. Das Präsidium fertigt ein Protokoll der Sitzung an, das

- a) Ort und Zeit der Konferenz
- b) die gestellten Anträge und die Namen der KandidatInnen,
- c) die Ergebnisse von Abstimmungen und Wahlen,
- d) die Anwesenheit der Delegierten und
- e) den Wortlaut der gefaßten Beschlüsse enthält.

Das Protokoll ist innerhalb eines Monats an die SchülerInnenvertretungen und Regionalen Arbeitskreise zu verschicken. Das Protokoll muß von der folgenden LSK genehmigt werden.

Das Präsidium schlichtet in Streitfragen des Verfahrens (vorbehaltlich anderer Beschlüsse der LSK) und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Der Ablauf der LSK richtet sich nach einer von der LSK beschlossenen Geschäftsordnung der LSV/GG. Diese geht der Satzung nach.

12. Anträge können von allen SchülerInnen in Rheinland-Pfalz sowie von allen rheinland-pfälzischen SchülerInnenvertreterInnen gestellt werden. Alle Anträge müssen schriftlich beim Präsidium eingereicht werden. Sie müssen den Namen des/der Antragstellers/in tragen. Alle Anträge, die den Delegierten nicht mindestens drei Tage vor der Versammlung vorliegen, gelten als Initiativanträge. Diese müssen von mindestens fünf Delegierten unterstützt werden. Über

die Befassung der Initiativanträge muß abgestimmt werden.  
Satzungsändernde Anträge oder Anträge auf Abwahl einzelner oder mehrerer Landesvorstandsmitglieder können keine Initiativanträge sein.

13. Anträge werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen entschieden, sofern Satzung, Geschäftsordnung oder Wahlordnung nichts anderes vorsehen. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen werden nicht berechnet.

14. Wahlen müssen in der Einladung gesondert angekündigt werden. Die LSK wählt dazu vor Beginn der Wahlgänge eine dreiköpfige Wahlleitung aus ihrer Mitte und beschließt eine Wahlordnung. Auf Antrag eines Stimmberechtigten haben Personenvahlen geheim zu erfolgen. Listenwahl für den Vorstand ist nicht möglich.

15. Die LSK kann eine Urabstimmung der SchülerInnen der Gymnasien und Gesamtschulen beschließen, wenn:

- a) zu diesem Punkt gesondert eingeladen wurde,
  - b) die Beschlußfähigkeit gewahrt ist,
  - c) mindestens ein Drittel der möglichen Delegierten anwesend ist,
  - d) der Beschluß über Durchführung und die Formulierung der Frage(n) mit 2/3-Mehrheit gefaßt wird und
  - e) es sich um (eine) grundsätzliche, die SchülerInnen betreffende politische und organisatorische Frage(n) handelt.
- Eine Urabstimmung wird von den SchülerInnenvertretungen in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand durchgeführt.

### III. Der Landesausschuß

16. Der Landesausschuß (LA) ist das höchste beschlussfassende Organ zwischen den LandesschülerInnenkonferenzen. Die Zuständigkeiten des Landesausschusses sind:

- a) Entscheidungen über politische und organisatorische Fragen im Rahmen der Beschlüsse der LandesschülerInnenkonferenz,

- b) Beratung und Unterstützung des Landesvorstandes,
- c) die Kontrolle des Landesvorstandes,
- d) Nachwahlen für ausgeschiedenen Landesvorstandsmitglieder.

17. Die Regionalen Arbeitskreise entsenden je zwei Delegierte, die Schulen der Region angehören.

Stimmberechtigt sind die entsandten Delegierten, die die Regionalen Arbeitskreise im Rahmen ihrer Satzung entsenden. Der Landesvorstand nimmt mit beratender Stimme teil und gibt Bericht über seine Arbeit und die Erfüllung von Anträgen.

Jeder Stimmberechtigte hat eine Stimme; Stimmhäufungen oder Übertragungen sind unzulässig.

Der LA ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist. Stimmberechtigung ist durch ein Wahlprotokoll nachzuweisen.

18. Der LA muß einberufen werden, wenn mindestens 25% der Regionalen Arbeitskreise oder der Landesvorstand dies verlangen.

19. Auf der ersten Sitzung im Schuljahr wählt der LA aus seiner Mitte eineN SprecherIn und eineN StellvertreterIn, die für die Einladung und Koordination der Sitzungen des LA verantwortlich sind. Die LandesausschussprecherInnen nehmen mit beratender Stimme an den Landesvorstandssitzungen teil. Beide LandesausschussprecherInnen müssen zum Zeitpunkt ihrer Wahl SchülerIn in Rheinland-Pfalz sein. Die Amtszeit endet durch die Wahl von NachfolgerInnen.

### IV. Der Landesvorstand

20. Der Landesvorstand (LaVo) gestaltet die Arbeit der LandesschülerInnenvertretung gemäß der Beschlußlage der LSK und des LA. Er ist für die Umsetzung der Beschlüsse verantwortlich. Er besteht aus fünf bis zehn gleichberechtigten Mitgliedern, die auf der ersten LSK im neuen Schuljahr neu zu wählen sind. Er bleibt bis zur Neuwahl im Amt.

21. Der LaVo besteht aus folgenden festgelegten Referaten:

1. Der/die Außenreferent/in vertritt die LSV/GG gegenüber dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, Parteien, Verbänden und der übrigen Öffentlichkeit. Er/sie kann sich durch die übrigen Mitglieder des Vorstandes vertreten lassen.

2. Der/die Innenreferent/in ist für die Koordination des Landesvorstandes, die Zusammenarbeit mit dem LA sowie für den Kontakt zu den SchülerInnenvertretungen und den Regionalen Arbeitskreisen verantwortlich.

3. Der/die Finanzreferent/in führt die Finanzen der LSV/GG. Er/sie ist für den Nachweis der Verwendung öffentlicher Mittel der jeweiligen öffentlichen Instanz gegenüber verantwortlich.

4. Der/die Pressereferent/in leistet die Pressarbeit gegenüber den Medien in Rheinland-Pfalz und vertritt den LaVo als Pressesprecher vor der sonstigen Öffentlichkeit. Die übrigen Referate werden von der LSK vor der Wahl der ReferentInnen eingerichtet. Mitglied im LaVo kann nur werden, wer zum Zeitpunkt seiner Wahl SchülerIn in Rheinland-Pfalz ist. In Fragen, die in sein/ihr Referat fallen, hat der/die Referent/in gleiche Außenvertretungsrechte wie der/die Außenreferent/in. Dem LaVo gehört aus jedem Regierungsbezirk mindestens eine Schülerin oder ein Schüler an. Der LaVo kann Personen berufen, die jeweils bei der Beratung des von ihnen übernommenen Sachgebietes hinzuzuziehen sind. Sie besitzen kein Stimmrecht durch dieses Amt.

22. Der LaVo tritt mindestens einmal in zwei Monaten zusammen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe von Ort und Zeit sowie der vorläufigen Tagesordnung mindestens acht Tage vor Beginn der Sitzung zu erfolgen. Auf schriftlichen Antrag von mindestens zwei Mitgliedern des LaVo oder auf Beschluß des LA muß der Vorstand innerhalb von acht Tagen nach Eingang des Schreibens einberufen werden. Für die Einladung zu Sitzungen des LaVo ist der/die Innenreferent/in verantwortlich.

Zu den Sitzungen des LaVo sollen eingeladen werden:

1. die gewählten LaVo-Mitglieder,
2. der/die Landesgeschäftsführer/in,
3. die SprecherInnen des Landesausschusses,
4. Mitglieder des Bundesvorstandes der BundesschülerInnenvertretung, sofern sie zum Zeitpunkt ihrer Wahl SchülerInnen in Rheinland-Pfalz waren.

Der LaVo ist beschlußfähig bei Anwesenheit mindestens der Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder nach ordnungsgemäßer Einladung. Kommt keine Beschlußfähigkeit zustande, so ist unverzüglich eine zweite Sitzung mit derselben Tagesordnung frühestens acht Tage später einzuberufen; die Beschlußfähigkeit ist dann unabhängig von der Zahl der anwesenden Stimmberechtigten. Die Sitzung findet öffentlich statt, alle Anwesenden haben Rederecht.

23. Der LaVo legt zu Beginn jeden Geschäftsjahres einen Haushaltsplan vor, der vom LA bestätigt werden muß. Haushaltsänderungen im laufenden Geschäftsjahr sind auf jedem LA möglich. Der LaVo ist verpflichtet, über seine Tätigkeiten am Ende seiner Amtszeit auf der konstituierenden LSK zu berichten.

24. Der LaVo wählt auf der ersten Sitzung des Kalenderjahres für die Dauer eines Jahres eineN GeschäftsführerIn. DieseR darf nicht Mitglied im LaVo oder LandesausschussprecherIn sein. Er/sie nimmt an den Sitzungen des LaVo mit beratender Stimme teil.

25. Anträge auf Abwahl einzelner oder mehrerer Mitglieder des LaVo auf einer LSK bedürfen der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen werden in diesem Fall mitberechnet. Die Neuwahl muß unverzüglich durchgeführt werden.

26. Für den Fall des Ausscheidens einzelner Mitglieder aus dem LaVo können die LSK und der LA Nachwahlen vornehmen, sofern zu diesem Punkt gesondert eingeladen wurde. Für den Fall des Rücktrittes der Mehrheit des LaVo ist innerhalb von sechs Wochen eine LSK einzuberufen, auf der ein neuer

LaVo gewählt wird. Für die Übergangszeit führt der alte LaVo die Geschäfte weiter.

#### V. Die Regionalen Arbeitskreise

27. Die Regionalen Arbeitskreise (RAKe) sind Zusammenschlüsse von SchülerInnenvertretungen auf regionaler Ebene. Diese können sich in Eigenverantwortung eine Satzung geben; diese darf jedoch der Satzung der LSV/GG nicht widersprechen. Die RAKe sollen eine SchülerInnenvertretung oder eine StadtschülerInnenvertretung zum Regionalbüro zum Zweck der Koordination und des Kontaktes zum LaVo wählen.

28. Die LSK legt einmalig die RAKe fest, die ganz Rheinland-Pfalz abdecken. Jede SchülerInnenvertretung kann am Anfang des Schuljahres mit sofortiger Wirkung einem benachbarten RAK angehören, was sie dem LaVo und dem LA mitteilen muß.

29. Erliegt die Arbeit eines RAKes über mehr als ein Jahr, kann der LaVo eineN SchülerIn ernennen, der die dem RAK zugehörigen SchülerInnenvertretungen zu einem Treffen einlädt. Der RAK kann bis zur Neuwahl der Landesausschuss-Delegierten nach dieser Einladung nicht vertreten werden.

30. Die Anzahl der Delegierten pro RAK hängt von den SchülerInnenzahlen pro RAK ab. Das Konzept liegt der LSK vor. Die RAKe wählen für die Dauer eines Jahres je einen Delegierten zur Bundesdelegiertenkonferenz der BundesschülerInnenvertretung.

#### VI. KassenprüferInnen

31. Die LSK wählt zwei KassenprüferInnen aus ihrer Mitte; diese sind jährlich zu wählen. Wiederwahl ist möglich. Diese legen jeweils in der ersten LSK, in dem auf ihre Wahl folgenden Schuljahr, einen Bericht vor. Die LSK kann eine Finanzordnung beschließen.

#### VII. Schlußbestimmungen

32. Die Satzung der LSV/GG kann durch eine LSK mit Zustimmung einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Delegierten (Stimmhaltungen werden berechnet) geändert werden, sofern die Hälfte der delegationsberechtigten Schulen auf der LSK repräsentiert ist. Satzungsändernde Anträge müssen mit der Einladung verschickt werden.

33. Die Geschäftsordnung der LSV/GG kann durch eine LSK mit  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit der abgegebenen Stimmen geändert werden.

34. Diese Satzung tritt mit ihrer Annahme durch die II. LSK in Bad Dürkheim am 19.12.1989 in Kraft.

Geändert auf der 25. LSK vom 02.-04.10.1998 in Mainz.



## Geschäftsordnung der LSK der LSV GG

### 1. Regularien

Ein Mitglied des Landesvorstandes eröffnet die LandeschülerInnenkonferenz unter Einhaltung folgender Ordnung:

- a) Feststellung der Beschlussfähigkeit
- b) Feststellung der stimmberechtigten Anwesenden
- c) Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. § 9 der Satzung
- d) Wahl des Tagungspräsidiums

### 2. Präsidium

Die LSK wählt aus ihrer Mitte ein Präsidium. Das Präsidium besteht aus der/dem Präsidentin/en und zwei gleichberechtigten StellvertreterInnen, von denen eineR Protokollant In und die/der andere für die technische Assistenz (Führung der RednerInnenlisten, Ermittlung der Abstimmungsergebnisse etc.) zuständig ist. Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit aller anwesenden Stimmberechtigten auf sich vereinigen kann. Die Wahl der/des Präsidentin/en erfolgt ohne Aussprache. Die/der PräsidentIn, oder im Verhinderungsfalle die-/derjenige ihrer/seiner StellvertreterInnen, die/der nicht das Amt der/des Protokollanten ausübt, leitet die LSK nach Satzung und Geschäftsordnung. In Zweifelsfällen über Satzung und Geschäftsordnung entscheidet die/der PräsidentIn, in grundsätzlichen Fragen entscheidet das Präsidium.

### 3. Tagesordnung

Der Landesausschuss schlägt der LSK eine vorläufige Tagesordnung vor, die zu Beginn der Versammlung den Delegierten vorzuliegen hat. Die/der PräsidentIn lässt die Tagesordnung als ersten Punkt beraten. Die

Beschlussfassung über die endgültige Tagesordnung bedarf der einfachen Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten.

### Rede- und Verhandlungsordnung

#### 4. Anträge zur Sache

Anträge zur Sache müssen fristgerecht und schriftlich eingereicht werden. Zusatz- und Änderungsanträge können jederzeit gestellt werden. Dringlichkeitsanträge müssen dem Präsidium schriftlich vorgelegt werden und gelangen auf Antrag mit 2/3- Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten auf die Tagesordnung. Auf Wunsch wird der/dem AntragstellerIn eines Sachantrages das Einführungswort erteilt. Anträge werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten verabschiedet. Bei Stirnmen- gleichheit ist ein Antrag abgelehnt.

#### 5. RednerIn

Will einE RedeberechtigteR zur Sache sprechen, so reicht sie/er ihre/seine Wortmel- dung schriftlich beim Präsidium ein. Die LSK kann mit Mehrheit verlangen, dass ein von ihr benanntes Mitglied des geschäfts- führenden Vorstandes zu einem anstehen- den Tagesordnungspunkt Stellung nimmt.

#### 6. Redezeit

JedeR DelegierteR, die/der selbst noch nicht zu der in Frage stehenden Sache gesprochen hat, kann einen Antrag auf Beschränkung der Redezeit stellen. Ein solcher Antrag gilt als Antrag zur Geschäftsordnung. Die Re- dezeitbeschränkung wird durch einfache Mehrheit der anwesenden Stimmberechtig- ten beschlossen und gilt bis zu einem gegen- teiligen Antrag mit neuer Beschlussfassung. Die Redezeit kann auch auf bestimmte Zeit beschlossen werden.

#### 7. Schluss der Debatte

Ein Antrag auf Schluss der Debatte oder auf Schluss der RednerInnenliste kann nur von einer/einem Delegierten, die/der zur Sache noch nicht gesprochen hat, gestellt werden, wenn zuvor zum Hauptantrag je eine Für- und Gegenrede geführt worden ist. Wird ein Antrag auf Schluss der Debatte oder auf Schluss der RednerInnenliste gestellt, so ist

nach Anhörung einer/eines Gegenrednerin/Gegenredners s sofort über ihn abzustimmen. Nach Schluss der Debatte stehen der/dem AntragstellerIn des Sachantrages auf Verlangen das Schlusswort zu. Entsprechendes gilt für die Beratung über einen Nichtbefassungsantrag. Beide diese Anträge gelten als Anträge zur Geschäftsordnung.

### 8. Persönliche Erklärung

Wünscht einE DelegierteR das Wort zu einer persönlichen Erklärung, so muss ihr/ihm nach Abschluss der Beratung des Tagesordnungspunktes das Wort erteilt werden. Die/der RednerIn darf nicht zur Sache sprechen, sondern nur Angriffe, die gegen sie/ihn gerichtet sind, zurückweisen oder missverständliche eigene Ausführungen richtig stellen.

### 9. Wortmeldungen und Anträge zur Geschäftsordnung

Geschäftsordnungsanträge (GO-Anträge) werden mit 2 gehobenen Händen angezeigt. Delegierte, die zur Geschäftsordnung sprechen wollen, erhalten das Wort außer der Reihe. Ihre Bemerkungen dürfen sich nicht auf die Sache beziehen und 3 Minuten nicht überschreiten.

Anträge zur Geschäftsordnung werden sofort behandelt. Nach Anhörung einer Für- und Gegenrede ist über den Antrag sofort abzustimmen; spricht niemand gegen den Antrag, ist dieser ohne Abstimmung angenommen. Die Aufhebung eines angenommenen Geschäftsordnungsantrages ist nur durch eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten möglich. Anträge zur Tagesordnung werden wie Geschäftsordnungsanträge behandelt.

### 10. Teilnahme- und Redeberechtigung

Teilnahme- und redeberechtigt sind grundsätzlich alle SchülerInnen. Anderen, vom LaVo eingeladenen Gästen kann mit Zustimmung der/des Präsidentin/en, aber nicht gegen Mehrheitsbeschluss der LSK, Redeerlaubnis erteilt werden. Sonstige Gäste können nur mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten an den Beratungen teilnehmen.

Rechte und Pflichten der Präsidentin / des Präsidenten

### 11. Ordnungsgewalt der/des Präsidentin/en

Die/der PräsidentIn übt während der Versammlung das Hausrecht aus. Die/der PräsidentIn kann zur Ordnung und zur Sache rufen und nach zweimaliger Verwarnung das Wort entziehen, solange über den fraglichen Punkt verhandelt wird. Bei ungebührlichem Benehmen eines Mitgliedes oder Gastes ist die/der PräsidentIn berechtigt, diese aus dem Raum zu verweisen; handelt es sich um eineN stimmberechtigteN DelegierteN oder ein Mitglied des LaVos, so kann die LSK eine solche Maßnahme durch einfachen Mehrheitsbeschluss rückgängig machen. Hierbei ist die/der Betroffene weder antrags- noch stimmberechtigt. Die/der PräsidentIn kann eineN RednerIn, die/der die Redezeit gemäß §6 der Geschäftsordnung überschreitet, nach einmaliger Ermahnung das Wort entziehen. Die/der PräsidentIn kann betrunkene Personen unter Umständen nach mehrmaliger Ermahnung und nach Befragung der LSK das Wort entziehen oder in einem besonders gravierenden Fall des Saales verweisen.

### 12. Antrag auf Überprüfung der Beschlussfähigkeit

Ein Antrag auf Überprüfung der Beschlussfähigkeit kann jederzeit gestellt werden. Die Überprüfung derselben wird nach Abschluss aller laufenden Anträge zur Sache und nach Abschluss der Sache überprüft. Ist sie nicht mehr gegeben, ist die Sitzung sofort beendet.

### 13. Verbot der Beteiligung der/des Präsidentin/en an der Diskussion

Die/der PräsidentIn und deren/dessen StellvertreterInnen dürfen sich nur in Angelegenheiten der Geschäftsordnung an der Diskussion beteiligen. Wollen sie sich zur Sache äußern, müssen sie sich untereinander vertreten. Hat sich ein Mitglied des Präsidiums einmal zur Sache geäußert, so kann es sein Amt bis zum Ende der Beratung über diese Sache nicht mehr übernehmen.

#### **14. Misstrauensanträge gegen das Präsidium**

Misstrauensanträge gegen das Präsidium oder eines seiner Mitglieder werden sofort behandelt. In diesem Falle leitet die/der LA-SprecherIn die Versammlung bis zur Abstimmung. Bei deren/dessen Verhinderung leitet ein Mitglied des LaVos die Verhandlung bis zur Abstimmung. Das Präsidium oder eines seiner Mitglieder kann mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten seines Amtes enthoben werden.

### **Wahlen und Abstimmungen**

#### **15. Wahlen**

Für die Teilnahme an Wahlen ist die in der Eröffnungssitzung festgestellte Stimmberechtigung maßgebend. Die Wahlen erfolgen, soweit Satzung und Geschäftsordnung nichts anderes vorsehen, mit einfacher Mehrheit. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes müssen mit absoluter Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gewählt werden. Wird im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, erfolgt ein zweiter Wahlgang, zu dem die KandidatInnenliste neu eröffnet wird. Wird auch dann die absolute Mehrheit nicht erreicht, entscheidet unter Neueröffnung der KandidatInnenliste im dritten Wahlgang die einfache Mehrheit. Auf Antrag einer/s Delegierten hat die Wahl geheim zu erfolgen. Ausnahme siehe §2. Namentliche Wahl ist unzulässig.

#### **16. Abstimmungen**

Zur Abstimmung ist jedeR anwesende Delegierte berechtigt. Die Abstimmungen erfolgen, soweit Satzung und Geschäftsordnung nichts anderes vorsehen, mit einfacher Mehrheit. Die Delegierten haben für die Abstimmung ihre Stimmblöcke bzw. Stimmkarten emporzuhalten, vorbehaltlich einer anderen Regelung durch das Präsidium. Die Beschlussfähigkeit richtet sich nach §9 der Satzung. Stellt sich die Beschlussunfähigkeit heraus, so hat die/der PräsidentIn die Sitzung so lange zu vertagen, bis die Beschlussfähigkeit festgestellt bzw. wiederhergestellt ist. Alle Beschlüsse, die vor Feststellung der Beschlussunfähigkeit gefasst wurden,

bleiben gültig. Vor jeder Abstimmung hat die/der PräsidentIn die zur Abstimmung stehende Frage so zu formulieren, dass sie mit ja oder nein beantwortet werden kann. JedeR Delegierte hat das Recht, die Teilung einer Abstimmungsfrage zu beantragen. Ist die/der AntragstellerIn nicht damit einverstanden, so entscheidet die Mehrheit der LSK. Ein solcher Antrag gilt als GO-Antrag.

#### **17. Geheime und namentliche Abstimmung**

Auf Antrag von 1/4 der anwesenden Delegierten findet geheime oder namentliche Abstimmung statt, wobei der Antrag auf namentliche Abstimmung der weitergehende ist. Geheime und namentliche Abstimmungen sind unzulässig bei Anträgen zur Tagesordnung, zur Geschäftsordnung und über die Vertagung der Sitzung. Geheime Abstimmungen werden mit vorbereiteten, unnummierten Stimmzetteln durchgeführt. Namentliche Abstimmung erfolgt durch Aufruf der Delegierten durch die/den Protokollantin/en, die/der auf der Namensliste der LSK „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ einträgt und die Zahl der Stimmen auszählt.

#### **18. Stimmenthaltung**

Stimmenthaltungen bleiben bei der Berechnung der Mehrheit grundsätzlich außer Ansatz.

#### **19. Wahlausschuss**

Zur Durchführung von Personalwahlen fungiert das Präsidium grundsätzlich auch als Wahlausschuss, es sei denn, das Präsidium bittet selbst um Ablösung. Wird ein Präsidiumsmitglied zur Wahl vorgeschlagen, muss es sich für die Dauer dieses Wahlganges vertreten lassen.

#### **20. Personaldebatte und Personalbefragung**

JedeR KandidatIn für ein Amt hat das Recht auf persönliche Vorstellung. Auf Antrag von 10% der anwesenden Stimmberechtigten findet eine Personalbefragung statt. Eine Personaldebatte findet bei freiwilliger Anwesenheit der/des Kandidatin/en auf Antrag von 25% der anwesenden Stimmberechtigten statt. Die/der AntragstellerIn hat Rederecht.

## Schlussbestimmungen

### 21. Protokoll

Das Protokoll der LSK wird vom Präsidium geführt und unterzeichnet. Es muss Tagesordnung, Beginn, Unterbrechungen und Schluss der LSK sowie alle Beschlüsse und Abstimmungsergebnisse enthalten und den wesentlichen Gang der Verhandlungen wiedergeben. Das Präsidium stellt das Protokoll spätestens 1 Monat nach der LSK den Vorstandsmitgliedern und dem LA zu.

### 22. Gültigkeit und Inkrafttreten

Die Bestimmungen der Geschäftsordnung gehen der Satzung der LSV nach.

Für eine Abweichung von der Geschäftsordnung in einem einzelnen Falle ist eine Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  der anwesenden Stimmberechtigten erforderlich, für eine dauernde Änderung genügt die absolute Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten.

Die Geschäftsordnung tritt mit ihrer Verabschiedung durch die absolute Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten in Kraft.

Beschlossen auf der 2. LSK  
in Bad Dürkheim, 19.12.1989

Geändert auf der 11. LSK  
in Mainz, 21.-23.5.1993

Geändert auf der 17. LSK  
in Kaiserslautern, 27-29.10.1995



# Struktur der LSV/GG

## LandesschülerInnenkonferenz (LSK)

- maximal ca. 320 Delegierte tagen mindestens 2x im Jahr
- höchstes beschlussfassendes Gremium der LSV
- fällt Entscheidungen über grundsätzliche, die SchülerInnen betreffende politische und organisatorische Fragen
- LSK-Beschlüsse sind für den LaVo bindend
- wählt zu Beginn des Schuljahrs den LaVo

wählt



## Landesvorstand (LaVo)

- 5-10 gleichberechtigte ReferentInnen
- Umsetzung der LSK-Beschlusslage
- Außenvertretung der LSV gegenüber Öffentlichkeit und Ministerium
- organisatorische Arbeiten der LSV

kontrolliert



## Landesausschuss (LA)

- 20 Delegierte tagen alle 1-2 Monate
- höchstes beschlussfassendes Gremium zwischen den LSKen
- Entscheidungen im Rahmen der LSK-Beschlüsse
- Kontrolle des LaVos
- Nachwahl ausgeschiedener LaVo-Mitglieder

2 Delegierte



## 10 Regionale Arbeitskreise (RAKe) aufgeteilt nach LSK-Beschluss

- tagen 1x im Monat
- regionale SV-Arbeit
- Austausch der Schulen
- wählen 2 Delegierte für den LA

2 Delegierte



2 Delegierte



## ca. 160 Schulen (Gymnasien und Gesamtschulen)

- KlassensprecherInnenversammlung oder SchülerInnenvollversammlung wählt:
- 2 Delegierte für den regionalen Arbeitskreis (RAK)
  - 2 Delegierte für die LandesschülerInnenkonferenz (LSK)



## Die RAKe

Die Regionalen Arbeitskreise (RAKe) sind der Zusammenschluß der einzelnen SVen von Schulen (zur Zeit leider nur Gymnasien und Gesamtschulen) einer bestimmten Region in Rheinland-Pfalz. Hier treffen sich VertreterInnen der einzelnen SVen, tauschen Erfahrungen über SV-Arbeit aus, unterstützen sich gegenseitig, bauen "tote" SVen auf und planen konkrete politische Aktionen zur Verbesserung der bildungspolitischen Lage und der Rechte von Lernenden an den Schulen vor Ort. In Rheinland-Pfalz existieren zur Zeit 10 Regionale Arbeitskreise. In welchem RAK eure Schule liegt, erseht Ihr aus der Auflistung der Schulstandorte.

**RAK 1 (10 Schulen):** Altenkirchen | Bad Marienberg | Betzdorf | Dierdorf | Hamm | Horhausen | Marienstatt | Neustadt (Wied) | Westerburg | Wissen

**RAK 2 (13 Schulen):** Adenau | Andernach | Bad Neuenahr-Ahrweiler | Linz am Rhein | Mayen | Münstermaifeld | Neuwied | Remagen | Sinzig

**RAK 3 (19 Schulen):** Bad Ems | Bendorf | Boppard | Diez | Höhr-Grenzhausen | Koblenz | Lahnstein | Montabaur | St. Goarshausen | Vallendar

**RAK 4 (10 Schulen):** Bernkastel-Kues | Cochem | Daun | Gerolstein | Prüm | Traben-Trarbach | Wittlich

**RAK 5 (20 Schulen):** Alzey | Bingen | Ingelheim | Mainz | Nieder-Olm | Oppenheim | Wörrstadt

**RAK 6 (14 Schulen):** Bad Kreuznach | Bad Sobernheim | Birkenfeld | Hargesheim | Idar-Oberstein | Kastellauen | Kirn | Lauterecken | Meisenheim | Simmern | Stromberg

**RAK 7 (13 Schulen):** Biesdorf | Bitburg | Hermeskeil | Konz | Neuerburg | Saarburg | Schweich | Trier

**RAK 8 (19 Schulen):** Bad Dürkheim | Bolanden | Frankenthal | Grünstadt | Kirchheimbolanden | Ludwigshafen | Mutterstadt | Schifferstadt | Worms

**RAK 9 (20 Schulen):** Annweiler a. Trifels | Bad Bergzabern | Edenkoben | Germersheim | Haßloch | Herxheim bei Landau | Kandel | Landau (Pfalz) | Neustadt a. d. Weinstraße | Speyer | Wörth a. Rh.

**RAK 10 (22 Schulen):** Dahn | Enkenbach-Alsenborn | Kaiserslautern | Kusel | Landstuhl | Miesbach | Otterberg | Pirmasens | Ramstein | Rockenhausen | Thaleischweiler-Fröschen | Winnweiler | Zweibrücken

## Abkürzungen:

- ABC:** Abkürzung fürs Alphabet
- ABI:** Krönendes Sahnehäubchen nach 12,5 Jahren ~ 15.000 Stunden Schulkarriere
- AStA:** Allgemeiner Studierenden-Ausschuss, Interessensvertretung der Studis
- BBS:** Berufsbildende Schulen
- BDK:** Bundesdelegiertenkonferenz, das höchste beschlussfassende Gremium der BundeschülerInnenvertretung
- BER:** Bundeselternrat, Vertretung unserer Mamis und Papis auf Bundesebene
- BiPo:** Abkürzung für das, was uns hier beschäftigt: Bildungspolitik
- BSV:** BundeschülerInnenvertretung; seltener für die BezirksSVen in NRW
- BuVo:** Bundesvorstand (der BSV)
- DGB:** Deutscher Gewerkschaftsbund
- DJP:** Deutsche Junge Presse
- FaKo:** Fahrtkostenantrag, Intelligenztest mit tollen Preisen: Wenn Du ihn richtig ausfüllst, bekommst Du Deine Fahrtkosten zu LSKen u. ä. zurück
- GJ:** Grüne Jugend
- GEW:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- GG:** nicht etwa die LSV der Guten und Gerechten, sondern banaler und richtiger: der Gymnasien und Gesamtschulen
- GGG:** Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule, die Gesamtschulen gemeinnützig finden und sie deswegen fordern und fördern.
- GO:** Geschäftsordnung, lästiges Mittel zum Strukturieren chaotischer Diskussionen
- GSV:** GesamtschülerInnenvertretung, in Bundesländern mit einer LSV für alle Schularten
- IGS:** Integrierte Gesamtschule, in Rheinland-Pfalz trotz SPD-Regierung wenig gebraucht
- JU:** Junge Union, CDU-naher Jugendverband
- JD/JL:** JungdemokratInnen/ Junge Linke, radikaldemokratischer, parteiunabhängiger Jugendverband
- Julis:** Junge Liberale, der Nachwuchs der FDP
- JuPa:** Jugendparlament, Parlamente mit Jugendlichen auf kommunaler Ebene, die allerdings nix entscheiden dürfen
- Jusos:** JungsozialistInnen, die jungen SPDlerInnen
- KMK:** Kultusministerkonferenz, Treffen aller Kultus- oder BildungsministerInnen der Bundesländer
- KRÄTZÄ:** Kinderrächtszänker aus Berlin, die meinen, dass auch Kinder viele Rechte haben sollten!
- LA:** Landesausschuss, Kontrollorgan des LaVo, fasst Beschlüsse im Rahmen der Vorgaben der LSK und feiert auf seinen Sitzungen einmal im Monat mit 2 HeldInnen eines jeden RAKs
- LaVo:** auf LSKen gewählter Vorstand der LSV, aus 5-10 ReferentInnen, die die Forderungen der LSKen in die weite Welt der Politik tragen
- LaVoMi:** Landesvorstandsmitglied
- LaVoSi:** Landesvorstandssitzung
- LAK:** Landesarbeitskreis: AGen für jedeN zum mitmachen, die das Jahr über zu bestimmten Themen arbeiten wollen
- LäRa:** Diskussionshaufen mit zwei Menschen einer jeden LSV, Organ der BSV
- LEB:** Landeselternbeirat, die Mamis und Papis auf Landesebene
- LER:** Lebenskunde-Ethik-Religion, eine Alternative zum konfessionellen Reliunterricht u.a. zwecks Trennung von Kirche und Staat, z. Zt. existent in Brandenburg

- LGF:** LandesgeschäftsführerInnen, unsere hochgeschätzten, heißgeliebten und unterbezahlten Angestellten
- LGS:** Landesgeschäftsstelle, auch einfach „Büro“, zwei Zimmer in Mainz, wo die LSV zu erreichen ist
- Libli:** Lichtblick, die landesweite unparteiliche, für SchülerInnen parteiische Zeitung der LSV
- LSK:** höchstes beschlussfassendes Gremium der LSV mit zwei Menschen pro Schule, das mindestens zweimal im Jahr tagt. Das, wo ihr gerade seid!
- LSV:** LandeschülerInnenvertretung, die die Schülers auf Landesebene vertritt
- MBFJ:** Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, die Verantwortlichen für alles Böse und Gute im Schulsystem
- MdB:** Mitglied des Bundestags, also quasi die Anrede aller Bundestagsabgeordneten
- MdL:** Mitglied des Landtags, also quasi die Anrede aller Landtagsabgeordneten
- MSS:** Mainzer Studienstufe, das Kurssystem der Oberstufe, in der neusten Variante wieder mit Kurssystem, dafür eine verkürzte 13. Klasse
- Philologen-Verband:** Gewerkschaft der GymnasiallehrerInnen
- PIC:** Political InCorrect, das was man weder sagen noch denken soll (Gegenteil zu PC, Political correctness)
- QM:** Qualitätsmanagement, aus der Wirtschaft stammender Begriff, der Anstrengungen zur Schulentwicklung bezeichnet
- RAK:** Regionaler Arbeitskreis, einer der zehn in RLP, auf denen sich SVen auf regionaler Ebene treffen, austauschen, Aktionen planen...
- RLP:** Abkürzung fürs Bundesland, in dem Du zur Schule gehst
- SSV:** StadtschülerInnenvertretung (gibt's in Mainz, Ludwigshafen, Trier und Bad Kreuznach)
- StuPa:** Studierenden Parlament, Vertretung der Studis
- SU:** Schülerunion, CDU naher Schülerverband
- SV:** SchülerInnenvertretung, die Zelle der Veränderung zu einer besseren Schule!
- TO:** Tagesordnung, der Schlachtplan einer jeden Sitzung und Konferenz, die Reihenfolge des Programms
- TOP:** Tagesordnungspunkt, Teil der obigen TO
- VBE:** Verband Bildung und Erziehung, ein weiterer LehrerInnenverein
- VV:** Verwaltungsvorschrift, verwaltet aktive SchülerInnen und schreibt ihnen die Formen ihres Aktivseins vor

## Glossar:

- Adoleszenz:** Alter während/nach der Pubertät, wenn mensch so langsam erwachsen wird
- alternativ:** anders, unüblich, nicht Mainstream...
- Antisemitismus:** Antijüdische Ideologie, Judenfeindlichkeit, auch wahnhaftige Verschwörungstheorie
- Autonomie:** Eigenständigkeit, Unabhängigkeit (von Staat, Gesellschaft...)
- Autorität:** Person mit viel Einfluss, Ansehen (oft aufgrund von Zwang)
- Binnen-I:** z.B. BundeskanzlerIn, meint Frau und Mann, ist gerechter.
- Biologismus:** erklärt persönliche Eigenschaften und Fähigkeiten mit Genen, Hormonen...
- Defizit:** Fehlen, Mangel, zu wenig
- Dekonstruktion:** etwas Kreiertes entlarven, widerlegen (z.B. die als selbstverständlich empfundene Zweigeschlechtlichkeit)
- Delegation:** gewählte, entsendete Gruppe
- Desinteresse:** Gegenteil von Interesse
- Diktatur:** Alleinherrschaft
- Diskriminierung:** Benachteiligung

- Disziplin:** Unterordnung, Selbstzucht (oft auf Grund von Druck, Angst)
- Dominanz:** (Vor-)Herrschaft
- Elite:** „Auslese der Besten“, kleine Gruppe Bevorteilgter
- Emanzipation:** sich selbständig, unabhängig machen, aus einer Abhängigkeit befreien
- Evaluation:** Bewertung, Beurteilung
- gender:** engl.: soziales Geschlecht, nicht natürliche, sondern anerzogene (sozialisierte) Eigenschaften von Frau und Mann
- Gremium:** Ausschuss, Körperschaft
- Hierarchie:** Rangordnung (je weiter oben, desto mächtiger, „besser“...)
- Institution:** öffentliche Einrichtung
- Integration:** Einbeziehung (von Ausgeschlossenen) in das Ganze (Gesellschaft)
- Koedukation:** Unterricht, Bildung von Mädchen und Jungen zusammen
- Kommunikation:** jede Form von Sprache, Verständigung von Menschen untereinander
- Kompetenz:** Fähigkeit, Eignung, was gut zu machen
- konstruktiv:** brauchbar, hilfreich zur Stärkung, Erweiterung (z.B. weiterbringende Kritik)
- Mandat:** Auftrag, politisches Amt
- Matriarchat:** Gesellschaftsordnung, in der Frauen herrschen, bevorzugt sind
- Motivation:** Beweggrund, Lust, Begeisterung, etwas zu tun (z.B. ganz viel für die LSV zu arbeiten!!!)
- nonverbal:** ohne Worte, z.B. Mimik, Zeichen
- Normen:** gesellschaftliche Regeln (ungeschriebene Gesetze)
- Offensive:** „Angriff“, etwas entschlossen in Angriff nehmen
- Ökonomisierung:** „Verwirtschaftlichung“, etwas, das eigentlich nichts mit Wirtschaft zu tun hat (Bildung), damit verknüpfen
- Pamphlet:** sehr kritischer (übertreibender) Text gegen etwas oder jemand
- paritätisch:** gleichberechtigt, zu gleichen Teilen
- Patriarchat:** das, worin wir leben (Gesellschaftsordnung, in der Männer herrschen, bevorzugt werden)
- Plenum:** „Ende der RaucherInnenpause, zurück zur Arbeit!“ (=Vollversammlung)
- Podium:** RednerInnenpult, -bühne
- Präsidium:** Vorsitz, Leitung (der LSK)
- Prävention:** Vorbeugung, Verhütung (nehmt Kondome!!)
- progressiv:** fortschrittlich, sich weiter entwickelnd
- Publikation:** Veröffentlichung (eines Textes, einer Zeitung...)
- Quote:** Anteil, bestimmter Prozentsatz; als Frauenquote (mindestens 50%), ein Mittel, um Benachteiligungen auszugleichen
- radikal:** „konsequent“ an die Wurzel gehend, grundlegend, hat nix mit Gewalt zu tun!
- Ranking:** Rangliste, Bewertung (in gute und schlechte Schulen,...)
- Rassismus:** Ideologie, nach der verschiedene Menschheitsrassen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Qualitäten existieren
- Reproduktion:** Fortpflanzung, Erhaltung
- Rhetorik:** Redekunst, etwas wirkungsvoll, erfolgreich überbringen
- Selektion:** Aussonderung, Trennung (die „Guten“ dürfen studieren, die „Schlechten“ nicht)
- sex:** 1. Geschlechtsverkehr  
2. engl: biologisches Geschlecht (Vagina oder Penis, XX oder Xy,...)
- Sexismus:** Benachteiligung von Menschen (besonders Frauen) aufgrund des Geschlechts
- Solidariät:** Zusammenhalten, andere Gemeinschaftsmitglieder untertützen
- Sozialisation:** Prägung durch / Anpassung an die Gesellschaft, (unbewusste) Übernahme gesellschaftlicher Werte
- Symptom:** Anzeichen, Verbote, Warnzeichen
- These:** aufgestellte Behauptung, die mensch mit Argumenten belegt
- Toleranz:** Duldung von etwas

## Folgende Bahnverbindungen könnt ihr zur Anreise nach Bad Kreuznach nutzen:

Mainz ab: 15:55 h  
Bad Kreuznach an: 16:23 h

Koblenz ab: 15:02 h  
Bad Kreuznach an: 16:16 h

Trier ab: 13:12 h  
Bad Kreuznach an: 16:16 h

Ludwigshafen ab: 15:04 h  
Bad Kreuznach an: 16:23 h

Kaiserslautern ab: 15:24 h  
Bad Kreuznach an: 16:31 h

weitere Verbindungen unter: [www.bahn.de](http://www.bahn.de)



unser Tagungsort  
Bad Kreuznach



**auf zur LSK!!!**

„Ich mach  
mir die Welt,  
wie sie mir  
gefällt!“

**RiSiKo '07**

**Rheinland-pfälzischer  
SchülerInnen-Kongress**

**09.-11. März 2007**

bald:  
[www.risiko07.de](http://www.risiko07.de)



Wenn man uns SchülerInnen danach fragt, was wir positiv an Schule finden, dann sagen die meisten folgendes: „Ich finde es toll, dass meine Freunde alle in der Schule sind.“, „Ich finde dieses oder jenes Schulfach ganz toll.“, „Is immer noch besser als zuhause rumzusitzen.“

Insgesamt finden die meisten SchülerInnen Schule jedoch auch ziemlich uncool. Lehrer geben unfaire Noten, Schulleiter verbieten von den SchülerInnen organisierte Partys oder im Unterricht werden nicht die Themen behandelt, die man gerne machen würde. Selten werden wir SchülerInnen von den Erwachsenen angehört, Probleme werden von den Politikern und Lehrern meistens nicht ernst genommen und wir können nicht über die Dinge entscheiden, die uns direkt betreffen.

Jetzt sagst du vielleicht, dass das alles richtig ist, wir aber sowieso nichts daran ändern können. Dann hast du wohl noch nichts von Risiko '07 gehört!

Risiko ist die Abkürzung für den rheinland-pfälzischen SchülerInnenkongress. Vom 09.03 bis 11.03 werden sich über 400 SchülerInnen zu dem größ-

ten SchülerInnenkongress in der Geschichte von Rheinland-Pfalz treffen und Schule verändern.

Du kannst dabei nicht nur dein Wissen in interessanten Workshops erweitern (bspw. wie mach ich eine Schülerzeitung), sondern du triffst auch auf viele andere Jugendliche aus Rheinland-Pfalz, die mit dir gemeinsam nicht mehr schweigen wollen, sondern ihre Stimme gegen Bildungsungerechtigkeiten erheben. Jeden Abend wird es ein pralles Kulturangebot geben, von Diskos, Live-Konzerten und Filmabenden bis Improvisationstheater.

Zudem werden auf dem Kongress viele Experten aus der Bildungspolitik und Landtagsabgeordnete sein, denen ihr eure Probleme und Wünsche direkt vortragen könnt.

Und: Dich kostet das ganze nur 10 Euro! Wir bezahlen dir die Fahrtkosten, die Unterbringung und Verpflegung für das ganze Wochenende.

Mit vielen anderen gemeinsam haben wir zum ersten Mal die Chance Schule wirklich zu verändern! Willst du dabei sein? Dann meld dich an: unter [www.lsv-rlp.de](http://www.lsv-rlp.de)

**Bildet Banden!**